

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



30. November 1985
Jg. 6 Nr. 24

G 7756 D

Preis:
2,50

BGH-PRÄSIDENT PFEIFFER IN BEGLEITUNG DES BDI IN SÜDAFRIKA:



12. Frauenkonferenz der IG Metall:
Beschlüsse gegen die Regierungspoli-
tik Seite 10



CSU-Politik: Für verschärfte na-
tionale Gangart gegen die Lohn-
abhängigen Seite 19



Antisemitismus und das Theater-
stück von R. W. Faßbinder:
Der Zweck der Übung gegen die
Juden Seite 34

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK • 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

- Bundeswehr:** "Wir haben neuen Raum gewonnen für ... unsere auswärtige Politik" (Kohl) 4
- BND:** Kopfgeldjagd mit BND-Unterstützung ist legal 7
- Öffentlicher Dienst:** Niedriglohnzone soll zementiert werden. . 7
- Thälmann-Mord-Prozeß:** Ein treuer Diener seines Staates darf auf milde Richter hoffen 8
- SS-Mörder:** Schutz vor Strafverfolgung 9
- IGM-Frauenkonferenz:** Beschlüsse gegen die Regierungspolitik 10
- Beschlüsse der Konferenz 10

Auslandsberichterstattung

- Chile:** Bürgerliche Opposition bietet sich zur Nachfolge an. 12
- "Nationale Übereinkunft..." 13
- Irland:** Abkommen zum Ausbau der britischen Herrschaft. 13
- Türkei:** Neue Waffen für die "NATO-Südflanke" 14
- Griechenland:** EG-Staaten erpressen Lohnsenkung. 14
- Zinn:** Imperialisten setzen Preis-senkung durch 15
- Ostasien:** Südkorea und Taiwan in Schwierigkeiten. 15
- Internationale Meldungen. 16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen

- Glottz (SPD): Europa ist ein Geschäft! 18
- Textverarbeitung— Praxiswissen . 18
- CDU über grüne Kommunalpolitik. 18
- Argumente gegen Bundesregierung 19
- CSU:** Für verschärfte Gangart gegen die Lohnabhängigen 19

Reportagen und Berichte regional

- Regionale Nachrichten. 21
- Lufthansa:** Die Chronik eines Streiks 22
- HDW:** Rationalisierung und Senkung der Kosten. 22

informationen informationen informationen November 1985

In Südafrika können Polizeibeamte und Soldaten für Gewalttaten gegen Azanier nicht mehr gerichtlich belangt werden. Ferner ist, solange der Kriegszustand andauert, der ausländischen Presse verboten, sich ohne Polizeiaufsicht im Lande zu bewegen. Das hat die südafrikanische Regierung Ende Oktober verfügt, und die westlichen Länder nahmen dies nicht zum Anlaß, ihre Haltung zum Apartheid-Regime zu überprüfen. Warum auch? Wenn zum Beispiel Daimler, wie jetzt beschlossen, seine Direktinvestitionen in Südafrika verdoppeln will, dann braucht die Firma eine beruhigte Öffentlichkeit. Die Desinformation ermöglicht es Staaten und Regierungen des freien Westens, die Früchte des rassistischen Terrors zu ernten und ihre Hände in Unschuld zu waschen, ja sogar sich als Gegner der Apartheid aufzuspielen.

Vom 10. bis 15. Februar 1986 wird Johnson Mlambo, der Vorsitzende des PAN AFRICANIST CONGRESS (PAC), zu einer Informationsreise in die BRD kommen. Der PAC ist eine Organisation der azanischen Befreiungsbewegung, die auch von der UNO und der Organisation der Afrikanischen Einheit OAU anerkannt wird. Der PAC vertritt die Ansicht, daß das azanische Volk sein eigener Befreier ist. Zur sogenannten Rassenfrage heißt es im Manifest des PAC, daß es nur eine Rasse gibt: die menschliche Rasse. Die Rundreise des PAC wird von den unterzeichnenden Organisationen unterstützt.

Für die Zukunft plant der PAC die Verstärkung seiner Informationsarbeit u.a. in der BRD. Die Rundreise soll mit einer Sammlung verbunden werden, die die Anschaffung notwendiger Büroeinrichtungen ermöglicht, um eine regelmäßige, unzensurierte, allein vom Wunsch des azanischen Volkes nach Befreiung bestimmte Informationsverbindung zwischen dem südlichen Afrika und der BRD zu schaffen. Zur Unterstützung dieses Projekts sollen bis zum Abschluß der Rundreise 20000 DM gesammelt werden.

Weitere Informationen sind über die Arbeitsgruppe zu erhalten, die von der gemeinsamen Vollversammlung der Leitungen bzw. Vertreter von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD und PA zur Unterstützung der Rundreise gebildet wurde. Die Arbeitsgruppe ist zu erreichen über BWK, Kamekestr. 19, 5000 Köln 1, Tel. 0221/517376, KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Tel. 0231/433691— **Spendenkonto: R. Lötzer, BfG Köln, Kt.-Nr. 21 54424600 (BLZ 37010111)**

Anzeige

Diskussionsergebnisse zum

Thema:

"Revisionistische Länder / Sozialismus"

Herausgeber: Arbeitsgruppen der gemeinsamen Vollversammlung der Leitungen bzw. Vertreter von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD, PA zum Thema: "Revisionistische Länder / Sozialismus"

Inhalt: Ergebnisse der Arbeitsgruppen DDR / CSSR und Ungarn / Jugoslawien.

Erhältlich bei: GNN Verlagsgesellschaft Politische Bericht m.b.H.
Preis: 2,00 DM

Ergebnisse des Frankfurter Appell

Am 23./24. November 1985 hat die Ausländerpolitische Konferenz des Frankfurter Appell stattgefunden. In den Arbeitsgruppen Kommunales Wahlrecht, Asyl, Niederlassungsrecht, Doppelte Staatsbürgerschaft, Ausländerbeiräte, Frauen und Ausländerpolitik und Gewerkschaften arbeiteten ca. 150 Teilnehmer Stellungnahmen aus. Auf der Veranstaltung zur Asylpolitik der Bundesregierung sprachen Rechtsanwalt Becker und ein Vertreter von C.E.D.R.I. (Europäisches Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter), Basel. Der Vertreter von C.E.D.R.I. erklärte, daß die Schweizer Regierung sich

bei der Verschärfung der Asylpolitik auf die BRD-Regierung und ihre "Erfolge" berufe. Am Sonntag waren zum Abschlußplenum ca. 100 Leute gekommen. In der Diskussion besprachen die Teilnehmer die Lage in der Ausländerpolitik und auch die Lage des Frankfurter Appells. Ein Antrag auf Auflösung des Frankfurter Appells und stattdessen Konzentration auf örtliche Arbeit wurde mit großer Mehrheit niedergestimmt. Die Konferenz verabschiedete einen Aktionsvorschlag, der festhält, daß zur Vorbereitung der Bundestagswahlen 1987 Aktionen zu einem Niederlassungsrecht durchgeführt werden sollen. Die Ergebnisse der Konferenz werden in einem Reader veröffentlicht. Im Februar findet eine Koordinationssitzung aller im Frankfurter Appell arbeitenden Initiativen und Organisationen statt, auf der die Aktivitäten vorbereitet werden. — (eve)

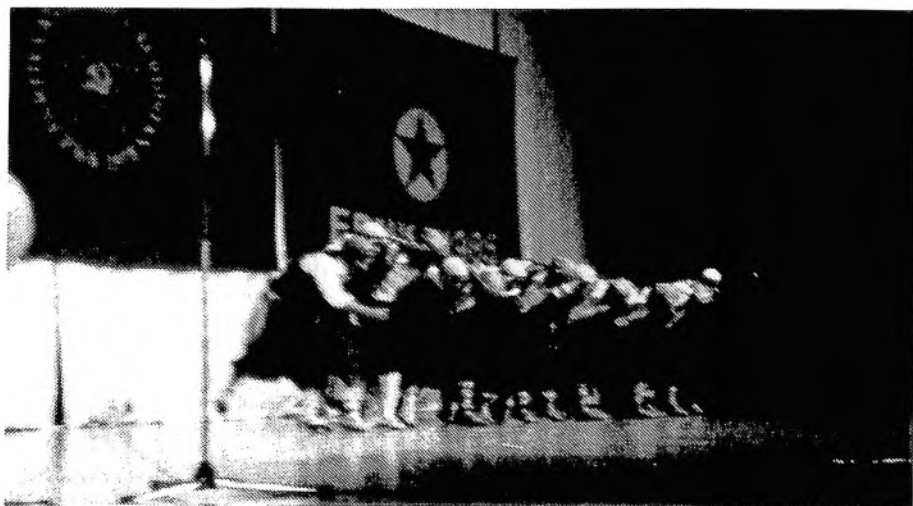
DGB-Kampagne gegen Änderung des AFG 116

Wenige Wochen nach den "Herbstaktionen" stürzt sich der DGB in eine neue Kampagne: "Verteidigt das Streikrecht!" Laut IGM-Vorsitzendem Mayr handle es sich um "die größte Herausforderung der Arbeitnehmer seit Gründung der Bundesrepublik." — Was ist geschehen? Die Pläne der Reaktion, Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit an mittelbar von Streiks Betroffene bzw. an Ausgesperrte gesetzlich auszuschließen, stehen schon länger fest. Die Hoffnungen des DGB, nach den erfolglosen Herbstaktionen die Regierung mit Hilfe der Sozialausschüsse von einer Verschärfung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) abzubringen, sind geplatzt. Der Kanzler, den der DGB gern als neutralen Mann in dieser Angelegenheit betrachten wollte, hat noch für Dezem-

ber eine Gesetzesvorlage im Bundestag angekündigt, falls der DGB nicht freiwillig zurückstecke.

Der hartnäckige Versuch des DGB, trotz allem bei CDU/CSU Bundesgenossen zu sichten, ist verzweifelt und widerlich. Die IGM klammert sich in ihrem metall extra vom 14.11. an einen CDA-Beschluß vom Oktober: "Eine Änderung des Paragraphen 116 AFG, die darauf abzielt, die Koalitionsfreiheit und die Tarifautonomie zu untergraben und die Streikfähigkeit der Gewerkschaften zu beeinträchtigen, wird abgelehnt." — Vorsicht! Heißt der CDA-Vorsitzende nicht Blüm? Hat Blüm nicht das Müller-Gutachten angefordert? Findet sich die richtige Auslegung des CDA-Beschlusses nicht im Müller-Gutachten? Um die "Tarifautonomie" und die "Koalitionsfreiheit" wiederherzustellen, müsse das AFG geändert werden. Nur so könne auch das "Streikrecht" erhalten bleiben.

Offensichtlich sehen Regierung und Kapitalisten die Zeit für gekommen, die Streiktaktik der IGM ("Minimax-Taktik"), die auf Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit aufbaut, aufzulegen zu lassen. Sie zielen dabei auf den Tarifkampf. Die IGM gerät in Panik: "Nur aufgrund dieser Regelungen konnten Gewerkschaften Tarifergebnisse überhaupt erstreiken." (IGM-Vorstand 11.11. 1985) Wenn der AFG 116 geändert werde, sei man "für immer" handlungsunfähig und bräuchte über Lohnforderungen nicht mehr reden. Die IGM ist drauf und dran, in einer Kampagne zur Rettung des "Streikrechts" die dringende Lohnfrage unter den Tisch zu kehren. Das dürfte nicht gerade mobilisierend wirken auf die Mitglieder, die sich Breit für— bestenfalls faule— Kompromisse mit dem Kanzler als Fußvolk wünscht. — (poj)



Zu ihrem 8. Gründungstag führte die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) mit ca. 5000 Teilnehmern in der Kölner Sporthalle eine Veranstaltung durch. Unter anderem wurde auch ein Film über militärische Widerstandsaktionen der HRK (Befreiungseinheit Kurdistan), der Armee der Frontorganisation ERNK, gegen das türkische Militär gezeigt. — (jöd)

"Marktgerecht": Commodore reduziert Stammebelegschaft..... 23

Karstadt: Heimwerkerlager Billbrock vor Schließung..... 23

Personalvertretung: CSU-Novelle: Weiter Richtung "Betriebsgemeinschaft"..... 24

Volkstrauertag: HIAG-Waffen-SS-Treffen wurde verhindert..... 25

Volkstrauertag: Kranzniederlegung der NPD verhindert..... 25

Hafenstraße Hamburg: "Es geht ihnen längst nicht mehr um die Häuser, sie wollen unsere Lebensweise zerschlagen" 26
RAF als Räumungsvorwand von "Bild" bis "taz"..... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

Berufsverbote Ba-Wü: Landesregierung will "Zeugen vom Hörensagen"..... 29

Kultur und Wissenschaft—Diskussionsbeiträge

Taschenbücher: Sozialpolitische Reportagen und Erzählungen. 30
"Ersatzarbeitsplätze" für das Ruhrgebiet..... 30
Nützlich, aber zu wenig 30
Armut und Armenfürsorge im Bild. 30
Ist es nutzlos, erwachsen zu werden? 30
Über Arbeit im Kapitalismus..... 31
"Leben gegen die Uhr" — gegen Schichtarbeit..... 31

Proletarisches Klassenbewußtsein: Zunehmende "Homogenität" oder Differenzierung der Lohnarbeit?..... 31

Innere Feindbekämpfung: Die faschistischen Grundlagen des politischen Strafrechts..... 32

Antisemitismus: Der Zweck der Übung gegen die Juden 34
Fassbinder und die gesellschaftliche Wahrheit 34
Lion Feuchtwangers "Jud Süß" und Fassbinders "reicher Jude"..... 35

Spezialberichte

Bundestagswahl: Durch Wirtschaftswachstum zu Beschäftigungszunahme! Wirtschaftswissenschaft weist den Weg zum Glück .. 34
Steuerpolitik unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten 37

Titelbild: Karikatur: sip, Göttingen

30 Jahre Bundeswehr

"Wir haben neuen Raum gewonnen für eine schöpferische Gestaltung unserer auswärtigen Politik" (Helmut Kohl)

In zahlreichen Orten führten Mitte November Organisationen der Friedensbewegung und der politischen Opposition Aktionen gegen die militaristischen Aufmärsche zum 30. Jahrestag der Bundeswehr durch. (1) Bei den Aktionen im Sommer gegen die Aufmärsche von Schlesien und anderen war die Regierung noch heftig angegriffen worden. Nur wenige Redner knüpften nun an dieser Kritik an, obwohl die revanchistischen Aufmärsche im Sommer genau das Kriegszielprogramm formuliert hatten, für das die westdeutschen Kapitalisten und die Bundesregierung die Bun-

deswehr aufgebaut haben und einsetzen wollen: Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937, also gewaltsame Annexion der DDR und der "ehemaligen deutschen Ostgebiete" in Polen und der UdSSR. Bei den meisten Aktionen stand stattdessen die Kritik an den USA und an SDI, oft sogar die Forderung nach Abrüstung in Ost und West, im Vordergrund. Dabei haben die Ansprachen der Regierungsvertreter zum 30. Jahrestag gezeigt, wie nötig eine solche Kritik der revanchistischen Ziele der BRD durch die Friedensbewegung ist.

**BRD wird aggressiver:
"Schutzmacht" in Europa!**

Verfassungsauftrag der Bundeswehr ist die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Diesen sowieso schon weitreichenden, sämtliche Staatsorgane zur Vorbereitung einer militärischen Aggression gegen die Staaten Osteuropas verpflichtenden Auftrag weitete Kanzler Kohl am 13.11. auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne um einen zusätzlichen Auftrag aus: Künftig soll die Bundeswehr offiziell dazu beitragen, "deutschen Einfluß" weltweit zu mehren, soll sie der Regierung bei der "schöpferischen Gestaltung" ihrer Außenpolitik helfen.

Wörtlich erklärte Kohl in Bergen-Hohne: "Die Aufstellung der Bundeswehr, unser Beitrag zur Verteidigungsgemeinschaft des Westens, war damals mit eine Bedingung für die umfassende Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. Seitdem haben wir unsere politische Handlungsfähigkeit erweitert und neuen Raum gewonnen für eine schöpferische Gestaltung unserer auswärtigen Politik --

mit dem Ziel, zum Ende dieses Jahrhunderts nach den bitteren Erfahrungen von Leid, Tod und Tränen in zwei Kriegen als Deutsche unseren Beitrag zu einer dauerhaften Friedens- und Freiheitsordnung in Europa zu leisten." Am nächsten Tag bekräftigte Kohl diese Ausführungen im Bundes-



Kohl in Bergen-Hohne: Die Bundeswehr soll "deutschen Einfluß" weltweit mehren.

tag fast wortwörtlich.

Daß die Bundeswehr so unverhüllt als außenpolitisches Machtmittel für das weltweite Auftrumpfen der BRD und speziell für die Lösung der "deutschen Frage" genannt wird, ist neu und ein beunruhigendes Zeichen für die gestiegene Aggressivität der BRD. Erst wenige Tage vor diesen Erklärungen der Bundesregierung hatte für die SPD deren langjähriger Wehrexperte Berkahn formuliert, was jahrelang als angeblicher Beweis für die Friedfertigkeit der Absichten der BRD und auch für den friedfertigen Charakter der Bundeswehr gegolten hatte: "Diese Armee verzichtete auf Bezeichnungen wie Wehr-Macht und bezieht sich schon in ihrem Namen 'Bundeswehr' auf unseren Staat und ihren verteidigungspolitischen Auftrag. Die Bezeichnung 'Wehr' zeigt uns, es geht eben ausschließlich um Abwehr und nicht um Macht." "Falsch!", stellt nun die Bundesregierung klar. Die Bundeswehr erweitert "unsere politische Handlungsfreiheit" weltweit — ist also ein weltweit einsetzbares Machtmittel.

Damit verbunden ist ein weiterer

Gericht verweigert Räume für die NPD

Die 7. Kammer des Verwaltungsgerichts Frankfurt hat entgegen ihrer bisherigen Entscheide der NPD das Recht auf Anmietung von Räumen der städtischen Saalbau AG abgesprochen. Das Gericht bezieht sich auf das "Gesetz Nr. 5 der Militärregierung Deutschlands zur Auflösung der Nationalsozialistischen Partei", das durch den Alliierten Kontrollrat erlassen worden war. Weiterhin auf den Artikel 139 des Grundgesetzes, demzufolge diese Bestimmungen unangestastet bleiben. "Dieser Verfassungsartikel enthält eine Wertentscheidung gegen den Nationalsozialismus und rechtfertigt es, Parteien, die verbotene nationalsozialistische Bestrebungen verfolgen, abweichend von anderen politischen Parteien zu behandeln, ohne daß es einer vorherigen Feststellung ihrer Verfassungswidrig-

keit durch das Bundesverfassungsgericht bedarf." Aus den Verfassungsschutzberichten des Bundes ergeben sich nach Ansicht des Gerichts "gewichtige Anhaltspunkte für die Zuordnung der NPD zum Nationalsozialismus". Die NPD kann jetzt als nächstes vor den Verwaltungsgerichtshof in Kassel gehen. — (udi)

Dienstliche Privatreise in die Republik Südafrika

Die politischen, wirtschaftlichen und moralischen Unterstützungsaktionen westdeutscher Staatsvertreter und Kapitalisten für die Burenregierung in Südafrika reißen nicht ab. Am 23. November sind für zwei Wochen nach Südafrika geflogen: der Präsident des Bundesgerichtshofes Pfeifer, der Präsident des Bundeskartellamtes Kartte, die Vorsitzende Richterin beim Westberliner Kammergericht Pfeifer, einige Kartellanwälte und Dr. Hölzler, Mitarbeiter beim BDI, der die Reise

vorbereitet hat. Die — in der Mehrheit mit kartellrechtlichen Fragen befaßte Delegation — wird westdeutsche Unternehmen in der RSA, die deutsch-südafrikanische Handelskammer und die südafrikanische Kartellbehörde besuchen. Nach einem Bericht von "Metall" hatte Kartte zunächst versucht, die Reise als Dienstreise beim Bundeswirtschaftsministerium durchzusetzen, fährt nun aber "privat". (Quelle: Metall Nr. 23, 15.11.85 — uld)

NRW-Landtagsbeschluß zu FAP

Der Innenminister NRW hat den Auftrag, zu prüfen, ob gegen die faschistische FAP ein Verbot ausgesprochen werden kann, weil "verfassungswidrige Handlungen" der FAP vorliegen. Der Beschluß des Landtages wurde von SPD und CDU bei Enthaltung der FDP gefaßt, die SPD hatte den Antrag gestellt. Der Beurteilung der FAP

Anspruch der Bundesregierung: Sie will wieder "Schutzmacht" werden! Kohl am 14.11. im Bundestag: "Dieser deutsche Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit ... schützt auch unsere westlichen Nachbarn." Noch immer in der Geschichte hat der Anspruch des deutschen Imperialismus, als "Schutzmacht" anerkannt zu werden, binnen kürzester Zeit massive Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zur Folge gehabt. Daß es für die Bundesregierung auch heute von solchen "Schutzmacht"-Ansprüchen zur Entsendung von "Schutztruppen" nur ein kurzer Weg ist, dafür hat die Bundesregierung schon Beispiele geliefert. So nahmen erst vor wenigen Wochen 1000 Mann Bundeswehrtruppen an einer der größten Luftlandeübungen der "Schnellen Eingreiftruppen" des NATO-Kommandos Europa in der Türkei teil und unterstrichen so den "Schutzmacht"-Anspruch der BRD auf die Reichtümer der Türkei.

SPD bietet Unterstützung für Aufrüstung an

Daß die Bundesregierung solche weltweiten militärischen Ansprüche und "Schutzmacht"-Absichten wieder offen formuliert, hängt auch damit zusammen, daß der SPD-Parteivorstand ihren Aufrüstungskurs weitgehend unterstützt. In der Bundestagsdebatte am 14.11. bekräftigte der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel: "Wir Sozialdemokraten bejahen ... die Bundeswehr und das Atlantische Bündnis, in das sie seit ihrer Gründung eingegliedert ist, als Instrumente der Kriegsverhütung." Der SPD-Abgeordnete Kolbow, Mitglied im Verteidigungsausschuß, betonte die Absicht der SPD, mit der Regierung zur verteidigungspolitischen "Gemeinsamkeit" zurückzufinden: "Die ins Auge gefaß-

te Wehrdienstverlängerung um drei Monate, die angesprochen wurde, muß ohne Reform der Bundeswehr Stückwerk bleiben. Bei der Beschaffungsplanung sind — das wissen wir alle — die Finanzansätze zu niedrig ... wenn wir zur Gemeinsamkeit zurückfinden wollen, dann lassen sie uns bald über eine sinnvolle Strukturreform der Bundeswehr und über eine Neufassung der Bundeswehrplanung beraten, die nicht im laufenden Haushalt mehrfach und in Höhe von mehreren Milliarden D-Mark geändert werden muß." Verteidigungsminister Wörner bedankte sich sofort: "Eines allerdings habe ich mit großem Interesse gehört: Sie, lieber Herr Kolbow, haben gesagt, die Ansätze für die Beschaffung seien zu niedrig. Das ist eine gute Erkenntnis."

Von Weizsäcker: Wehrkundeunterricht!

Je weitgespannter die aggressiven Absichten der BRD werden, umso bedeutender wird für die Reaktionen, daß ihre weltweiten Ansprüche im Innern eine möglichst große Gefolgschaft haben. Um den Ausbau dieser Gefolgschaft bemühten sich viele offizielle Redner zum 30. Jahrestag. Auch Bundespräsident von Weizsäcker meldete sich mit dieser Absicht wieder zu Wort und verlangte eine Ausweitung des Wehrkundeunterrichts an den Schulen. Nachdem er in seiner Ansprache zum "großen Zapfenstreich" vor dem Verteidigungsministerium "Tapferkeit und Pflichtgefühl" der Soldaten der faschistischen Wehrmacht gelobt hatte, forderte er mehr Bereitschaft zum Dienst: "Wer ihn leistet, muß sich von der allgemeinen Überzeugung getragen fühlen, daß es um unserer Freiheit willen notwendig ist, Lasten nicht nur in der Form des Steuerzahlens, sondern auch des persönlichen Dienstes für das Gemeinwe-

sen auf sich zu nehmen ... Dies gilt es glaubwürdig zu zeigen. Es sollte sich in bundesweit verbindlichen Richtlinien der Länder für den Unterricht und in der Schulpraxis ausdrücken." Man kann sicher sein, daß sich die CDU/CSU-Kultusminister schon bald auf von Weizsäckers Forderung nach bundesweiten und verbindlichen Richtlinien berufen werden, um ihre SPD-Kollegen zur gemeinsamen Bekräftigung des Wehrgedankens an allen Schulen aufzurufen.

Schwache Kritik von DGB und Grünen

Wie verhalten sich DGB und Grüne gegenüber diesem Kurs der Regierung? Am 22. Oktober veröffentlichte eine DGB-Delegation, bestehend aus den Vorstandsmitgliedern Breit, Fehrenbach, Brusis, Blättel, Geuenich und Zimmermann, nach einem Besuch bei Wörner eine gemeinsame Erklärung mit dem Verteidigungsminister, in der Wörner ausdrücklich die Wehrdienstverlängerung auf 18 Monate darlegen konnte. Die Stellungnahme des DGB dazu bestand aus einem einzigen Satz: "Der DGB hingegen vertrat die Auffassung, daß der Umfang der Bundeswehr kein Tabu sein dürfe." "Macht die Bundeswehr kleiner" — selbst zu einer ausdrücklichen Unterstützung dieser Losung, die noch keinerlei Kritik an dem von der Bundesregierung propagierten weltweiten Auftrumpfen der Bundeswehr formuliert, mochte sich der DGB-Vorstand nicht aufraffen. Zu befürchten ist nach dieser gemeinsamen Erklärung mit Wörner, daß der DGB-Vorstand jede ernsthafte gewerkschaftliche Kritik an der Wehrdienstverlängerung und am Rüstungsetat unterdrücken wird.

Die GRÜNEN ließen im Bundestag ihr — aus der Fraktion ausgetretenes — Mitglied General Bastian unwider-

stimmte die FDP zu, Parteiverbote seien aber kein Mittel der Auseinandersetzung. Die VVN initiiert eine Unterschriftensammlung, wonach die FAP aufgelöst werden soll entsprechend den Kontrollratsbestimmungen und Art. 139 Grundgesetz. — düb

Erziehungsgeldgesetz verabschiedet

Am 14.11. verabschiedeten die Regierungsparteien im Bundestag das Erziehungsgeldgesetz. "Teilzeitarbeit bereits ab dem dritten Monat bis unter 20 Stunden ist in demselben Betrieb möglich", hatte Geißler schon im Sommer den Kapitalisten als wichtigste Neuerung angekündigt. Das neue Gesetz fördert solche Teilzeitschäftigungen durch brutale Ausnutzung von Notlagen. Nur Frauen, die gar nicht oder weniger als 20 Stunden pro Woche arbeiten, erhalten Erziehungsgeld. Ihnen zahlt das Arbeitsamt bis zum 10. Monat nach der Geburt des

Kindes 600 DM Erziehungsgeld. Übersteigt das Familieneinkommen 29400 DM im Jahr (ca. 2450 DM im Monat), gibt's ab 7. Monat weniger. Das Mutterschaftsgeld wird mit dem Erziehungsgeld verrechnet, entfällt also. Wer "Erziehungsurlaub" nimmt, dem dürfen die Kapitalisten für jeden Monat drei Tage Jahresurlaub streichen. Nur beim Kündigungsschutz kam Geißler mit Aufweichungen nicht durch: Die Bestimmungen entsprechen denen im Mutterschaftsurlaubsgesetz. Die Grünen stimmten gegen das Machwerk, die SPD enthielt sich. — (rül)

Voran mit der Staatssicherheit!

Die Regierungsparteien schreiten zügig voran bei der Vorbereitung neuer Staatssicherheitsgesetze. Am 21.11. meldete die "FAZ", Vertreter von CDU/CSU und FDP hätten sich auf sieben Staatsschutzgesetze weitge-

hend geeinigt, die in den nächsten Wochen im Bundestag eingebracht werden sollen. Darunter sind: Ein neues Verfassungsschutzgesetz, ein Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst MAD, ein Personalausweisgesetz, ein Paßgesetz, ein Gesetz über die Nutzung der Dateien im Flensburg Kraftfahrtbundesamtes, ein Gesetz zum "Datenschutz". Schwerpunkt der Gesetze ist der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Polizeiorganen sowie zwischen Polizei- und Geheimdiensten. Ebenfalls am 21. November meldete der "Deutschland-Union-Dienst" von CDU und CSU eine Einigung der Regierungsparteien mit der SPD über den Einsatz polizeilicher Zivilspitzel und Provokateure. Am 13.11. habe die SPD im Innenausschuß des Bundestags den zuvor von der Innen- und Justizministerkonferenz verabschiedeten neuen Richtlinien für den Einsatz solcher Gestalten zugestimmt. — (rül)



Streben nach mehr "Gemeinsamkeiten" in der Verteidigungspolitik: SPD-Vorstand (links: bei der Feier im Ollenhauer-Haus am 6.11.) und Bundesregierung (rechts: Bei der Truppeninspektion am 13.11. in Bergen-Hohne).

sprochen gegen jede Kritik an der Bundeswehr polemisieren. Erneut warf Bastian der Bundesregierung vor, durch die Zustimmung zur Stationierung der Mittelstreckenraketen und zu SDI "nationale Interessen" zu vernachlässigen. Der offizielle Sprecher der Grünen Fraktion, Lange, verurteilte den Verfassungsauftrag der Bundeswehr auf Wiederherstellung des Deutschen Reiches als "nicht realistisch". Gefährlich sei vielmehr, daß die Bundeswehr "sich zu einem Instrument einer aggressiven amerikanischen Global- und Hegemonialpolitik" entwickle. Als er dann den Austritt der BRD aus der NATO forderte und ausrief: "Ich fordere die Soldaten auf: Legt die Tötungsapparate aus der Hand! Zersetzt die Wehrkraft, die auf Aggression ausgerichtet ist!", schlug ihm die Wut aller staatstragenden Parteien entgegen. Das Protokoll vermerkt eine Intervention des Bundes-

tags-Vizepräsidenten Westphal (SPD): "Herr Abgeordneter Lange, der Begriff 'Zersetzt die Wehrkraft' ist nicht akzeptabel. Das widerspricht unseren Gesetzen. (Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)".

Friedensbewegung: Wie Eingreifen in die Wahlen?

Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung in Bonn hat in seinem neuesten Rundbrief zur nächsten Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 14./15. Dezember nach Köln eingeladen. Dort soll u.a. beraten werden: "1. Was soll die Friedensbewegung im Jahre 1986 und bis zur Bundestagswahl im Jahre 1987 leisten?" Dem Rundbrief ist beigelegt eine Erklärung des Koordinierungsausschuß, die am 16.11. auf örtlichen "Friedensversammlungen" verlesen werden sollte. Darin werden die Bundesregierung und die von dieser propagierten

revanchistischen Ziele mit keinem Wort angegriffen. Auch die Verweigerungskampagne, die eine Kritik am Rüstungshaushalt und an zahlreichen Maßnahmen zur Militarisierung der Gesellschaft formulierte, wird in dem Rundbrief nicht mehr erwähnt. Wir befürchten: Wenn die Kräfte der Friedensbewegung weiterhin darauf verzichten, den westdeutschen Revanchismus und die weltweiten Ansprüchen des BRD-Imperialismus anzugreifen, wird auch ihr Eingreifen in die Bundestagswahlen wenig Wirkung haben.

Quellenhinweis: (1) Eine Übersicht über diese Aktionen erscheint in Heft 48/85 des Nachrichtenhefts Jugend, Schule, Militär, Gefängnisse des BWK. Weitere Quellen: Bulletin der Bundesregierung, 15.11.; Bundestagsprotokoll vom 14.11.; Pressemitteilung des Verteidigungsministeriums, 22.10.85; — (rül)

GRÜNE: Gesetzentwurf gegen Raketen

"Der Deutsche Bundestag wolle beschließen: Der Deutsche Bundestag lehnt den Aufbau einer westeuropäischen Raketenabwehr ab und fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland weder Raketenabwehrsysteme noch einzelne seiner Komponenten stationiert werden, keine Forschungsmittel zu diesem Zweck bereitgestellt werden." Diesen Antrag hat die Fraktion der Grünen im Bundestag eingebracht (Drucksache 10/4073). Der Antrag richtet sich nicht gegen die bereits stationierten zahlreichen Raketen-systeme in der BRD, sondern gegen Pläne einer "europäischen Raketenabwehr", wie sie von Leuten wie Strauß seit Monaten im Zusammenhang mit dem SDI-Programm gefordert werden. Die Begründung der Grünen ent-

hält zudem kein Wort der Kritik an der Bundesregierung, aber viel Gerede von "Rüstungsspirale" usw. Dennoch ist der Antrag der Grünen wichtig, richtet er sich doch gegen Raketenpläne, die von Unternehmen wie MBB und Siemens nach dem Wegfall der letzten Rüstungsbeschränkungen der WEU verfolgt werden. Spannend wird, wie sich die SPD verhält.— (rül)

Gegen die Steuererhöhung für Ausländer

Die Fraktion der Grünen hat im Bundestag die sofortige Zurücknahme der von Stoltenberg mit seinem Steuerreformgesetz verabschiedeten Steuererhöhung für ausländische Lohnabhängige beantragt (s. Politische Berichte 22 und 23/85). Am 14. November beriet der Bundestag in erster Lesung über ihren Gesetzentwurf, der verlangt, die entsprechende neue Bestimmung des Einkommenssteuergesetzes (§ 32 EStG, Abs. 2) ersatzlos zu strei-

chen. Vertreter der Regierungsparteien verteidigten die Stoltenbergsche Steuererhöhung: Diese sei aus Gründen der "Steuersystematik" nötig, Kinder im Ausland kosteten auch weniger usw. Die SPD legte sich auf nichts fest: Der Regierung bestätigte sie die "steuersystematische" Problematik, den Grünen versprach sie "faire Behandlung" ihres Antrags. Auch der DGB-Vorsitzende Breit hat die Rücknahme der Steuererhöhung verlangt.— (rül)

"Baugesetzbuch" Entwurf

Der Bundesbauminister hat einen Referentenentwurf für ein Baugesetzbuch vorgelegt, der bis Dezember 85 überarbeitet werden soll, damit er als Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht und schon am 31.1.86 dem Bundesrat vorgelegt werden kann. Noch in dieser Legislaturperiode soll das Gesetz verabschiedet werden. Das

BND— Bundestag**Kopfgeldjagd mit BND—
Unterstützung ist legal**

So lassen sich die Ergebnisse der parlamentarischen Debatte um die Zahlungen westdeutscher Kapitalisten an den Bundesnachrichtendienst (BND) für die Verfolgung von Mitgliedern der Roten Armee Fraktion durch eine Privatdetektei zusammenfassen. Einmütig billigten die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD eine Erklärung der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK). Nur die GRÜNEN traten gegen die Entschließung auf, stellten allerdings keinen eigenen Antrag, nicht einmal den auf namentliche Abstimmung, obgleich deren Dokumentation wichtig gewesen wäre. Die Erklärung der PKK hält fest:

Dem BND sind von "mehreren Unternehmen insgesamt 400000 DM zugewendet worden". Der BND habe "diesen Betrag zur teilweisen Finanzierung eines mit 842000 DM honorierten Werkvertrages mit einem Detektivbüro verwendet, das sich ... im Ausland um die Aufklärung von mutmaßlichen Terroristen bemüht hat". Die CDU/CSU-, FDP- und SPD-Fraktion halten die "Entgegennahme privater Zuwendungen für die Erledigung dienstlicher Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes nicht für angängig". "Die Bundesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, daß private Zuwendungen künftig in jedem Fall unterbleiben." Das Vorgehen von Kapitalisten und BND sei "nicht zu beanstanden", und "bei der Beurteilung des Sachverhalts und insbesondere bei der Beurteilung der Frage, ob ein Fehlverhalten vorliegt, muß die Gesamtsituation der Jahre 1978 bis 1980 gewürdigt werden".

Der ehemalige Bundesinnenminister Baum erläuterte in der Bundestagsdebatte, was 1979 geschehen war: "... es gab einen Vertrag zwischen der Versicherungswirtschaft und diesem Büro, und dieser Vertrag ist dann unter den Umständen, die Sie kennen, weitergeführt worden." Er persönlich habe sich bemüht, den BND zum Auftrag an die Detektei zu bewegen.

Aus dem im Bundestag und von der Bundesregierung Veröffentlichten geht hervor: Verschiedene Kapitalisten hatten über die Versicherungswirtschaft eine Privatdetektei mit der Verfolgung der RAF beauftragt. Deren Nachforschungen hatten nicht ausreichend Erfolg. Daraufhin gewannen die Kapitalisten den damaligen BND-Chef Kinkel und den damaligen Bundesinnenminister Baum dafür, die Umtriebe der Detektei mit dem BND-Apparat zu unterstützen, indem der BND den Vertrag mit der Detektei weiterführt und die Kapitalisten an den BND zahlen. Welche Kapitalisten im einzelnen wieviel gezahlt haben, ist im Bundestag nicht veröffentlicht worden. Außer dem Flick-Konzern waren nach Meldungen von "Bild" und "Spiegel" die VEBA AG, die Dresdner Bank und der HUK-Verband der Versicherer — und darüber eine große Zahl von Kapitalisten — beteiligt.

Regierungs- und SPD-Fraktion halten deren Vorgehen für verständlich und legal, nur soll es künftig vermieden werden, weil "nicht angängig".

Damit ist den Kapitalisten direktes Mieten von Staatsorganen erlaubt. Dem staatlichen Gewaltapparat ist ausdrücklich zugebilligt, daß er private Unternehmen beauftragt, im Inland und im Ausland Jagd auf von der Polizei Gesuchte zu machen, auch wenn oder gerade weil solche Unternehmen durch nichts zu kontrollieren und darum keinerlei Beschränkungen in ihrer

Vorgehensweise unterworfen sind. Solcherart Verknüpfung von staatlichem Auftrag und privaten Interessen ist schlicht Kopfgeldjagd mit geheimdienstlicher Unterstützung.

Der ehemalige BND-Chef Kinkel bleibt als Staatssekretär im Bundesjustizministerium im Amt — dort ist er u.a. verantwortlich für die Isolationshaftbedingungen — und kann sich weiter mit der Verfolgung und Vernichtung von RAF-Mitgliedern befassen.

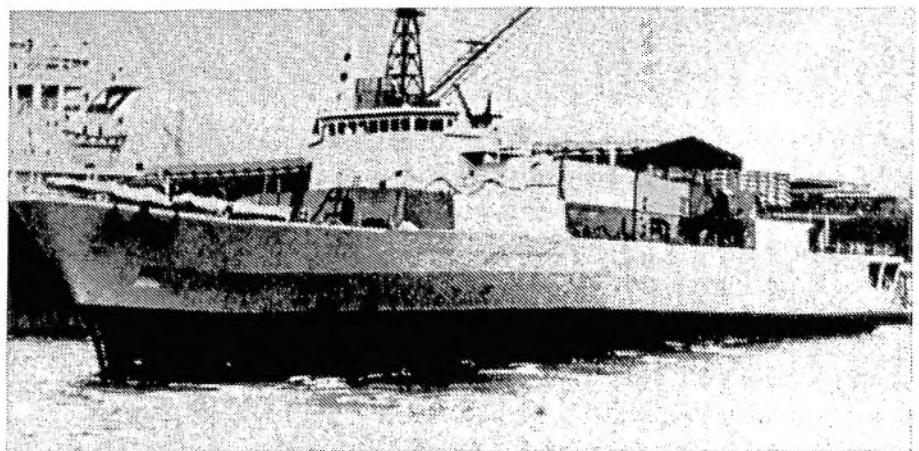
Der ehemalige Flick-Manager von Brauchitsch hat mit seiner Aussage erreicht, daß sich die Große Koalition von CDU/CSU, FDP und SPD in Sachen Innerer Sicherheit gefestigt hat, und zwar über eine Schmutzaffäre. Die staatstragenden Bundestagsparteien haben sich damit in eine Gemeinschaft verwandelt, in der jeder Dreck am Stecken hat und in der kaum einer gegen Polizeiwillkür, Geheimaktionen und staatlichen Terror auftreten kann.

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll v. 15.11.85, Nr. 10/175; Bundestagsdrucksachen Nr. 10/4253, 10/4257, 10/4262 — (uld)

Öffentlicher Dienst**Niedriglohnzone soll
zementiert werden**

Genüßlich wird in der bürgerlichen Presse konstatiert, daß die DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst 1986 die Tarifaueinandersetzungen eröffnen und der Abschluß im öffentlichen Dienst deshalb Bedeutung für alle anderen Branchen haben wird. Die Dienstherren haben sich auf diese Auseinandersetzung von langer Hand vorbereitet. Das Bundesarbeitsgericht hat rechtzeitig entschieden, daß

"Baugesetzbuch" soll die Interessen der Kapitalisten und des Bundes entsprechend den veränderten städtebaulichen Bedingungen zur Durchsetzung verhelfen. Anhaltspunkte dafür sind u.a. Wegfall der Mischfinanzierung (Bund und Land) im Wohnungsbau und der Städtebauförderung, d.h. Finanzierung wird Ländersache; Erleichterung der Bauvorhaben, insbesondere für Gewerbebauten durch Senkung der Genehmigungsvoraussetzungen, durch Einschränkung der Bürgerbeteiligung, durch Einschränkung der Sozialpläne und der informellen Planung bzw. der Begründung der Pläne; Stärkung der Verwaltung gegenüber den Ratspolitikern; Streichung des Nutzungsgebotes; Einschränkung des gemeindlichen Vorkaufsrechts, insbesondere gegenüber Wohneigentum; Verstärkung der Veräußerungspflicht von Grundstücken der Gemeinde; Erleichterung von Bauvorhaben zum "Wohl der Allgemeinheit". — (jeb)



Am 7. November lief in Hamburg die erste von vier türkischen Fregatten in Anwesenheit des Oberbefehlshabers der türkischen Marine vom Stapel (Bild). Wenn das Projekt abgeschlossen ist, hat die türkische Regierung vier neue Fregatten — und 800 Mio. DM neue Schulden bei der Bundesregierung und westdeutschen Banken. Ein weiteres "Militärhilfe"-Projekt dieser Art ist in Vorbereitung: Am 7.11. beschloß der Haushaltsausschuß des Bundestags, daß nun Portugal 400 Mio. DM für drei neue Fregatten (geliehen) erhält. — (rül)

der Streikbrechereinsatz von Beamten auf von Arbeitern und Angestellten bestreikten Arbeitsplätzen rechtmäßig ist.

Um einer dringend notwendigen besonderen Anhebung der unteren Einkommensgruppen vorzubeugen, will die Bundesregierung zum 1.1.1986 eine sogenannte Strukturreform der Beamtenbesoldung in Kraft setzen. Die allgemeine Zulage im einfachen Dienst soll um ganze 27 DM auf das Niveau des mittleren Dienstes, also auf 67 DM, angehoben werden. Fördern will die Bundesregierung mit der Strukturreform die Familien von "Besserverdienenden". Durch eine Änderung des Ortszuschlages sollen Familien bis zwei Kinder nur Pfennigbeträge mehr erhalten, während Familien, die sich drei, vier oder mehr Kinder leisten können, über 60 DM bis über 90 DM mehr erhalten werden. Mit dieser Strukturreform hat die Bundesregierung erneut, auf das Beamtenrecht gestützt, Maßstäbe für die Tarifaufeinandersetzung der Arbeiter und Angestellten gesetzt. Sie will gewerkschaftlichen Forderungen nach einer spürbaren Anhebung der unteren Einkommensgruppen einen Riegel vorschieben und die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst zwingen, die Förderung der bessersituierten Familie zu tarifieren.

Die Große Tarifkommission (GTK) der ÖTV fordert für die anstehende Tarifaufeinandersetzung Einkommenserhöhungen in einem Volumen von 6%, hat sich aber auf eine Struktur der Forderung nicht festgelegt, sondern nur der Verhandlungskommission den Auftrag erteilt, im Rahmen des sechsprozentigen Volumens eine besondere Anhebung der unteren Einkommensklassen auszuhandeln. Zwar soll diese besondere Anhebung der unteren Einkommensklassen spürbarer ausfallen als die Strukturverbesserung, die die Bundesregierung für den Beamtenbereich anpeilt, aber durchgesetzt hat sich der geschäftsführende Hauptvorstand (gHV) der ÖTV damit, daß die GTK die Verhandlungskommission nicht auf einen Fest- oder Mindestbetrag festgelegt hat. Der gHV hatte bereits im August in einem Schreiben seines Tarifsekretariats gegen besondere Anhebungen der unteren Einkommensgruppen polemisiert: "Bei jeder weiteren Erhöhung durch Sockelbeträge verschiebt sich die Struktur noch mehr zuungunsten der Facharbeiter", heißt es dort. So besteht die Gefahr, daß die von der Bundesregierung beabsichtigte Förderung der bessersituierten Familie und der Facharbeiterstandpunkt des gHV im Ergebnis zu einem bösen Kompromiß auf Kosten der unteren Einkommensgruppen führen. Weitere Beschlußfassungen, die klarstellen, daß für keinen weniger als ca. 180 DM herauskommen dürfen, sind dringend notwendig.

— (kar)

Thälmann-Mord-Prozeß

Ein treuer Diener seines Staates darf auf milde Richter hoffen

Es wundert einen, als Zuschauer im Prozeß gegen den ehemaligen Lehrer Wolfgang Otto mit anhören zu müssen, mit welcher Ruhe und Selbstverständlichkeit der ehemalige SS-Stabschef Otto über seine Verbrechen im KZ Buchenwald berichtet. Er erzählt, daß es seine Aufgabe als Leiter der Schreibstube war, auf Befehl des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) Exekutionen einzuleiten, d.h. festzustellen, ob der "Delinquent" sich im Lager befand, das Exekutionskommando zusammenzustellen, an der Exekution als Protokollant teilzunehmen, d.h. sicherzustellen, daß die angeordnete Tötungsart auch angewandt wurde, den Zeitpunkt des Todes zu notieren und nach vollzogener Tat die Erfolgsmeldung an das RSHA weiterzuleiten. Nur von der Erschießung Thälmanns will er nichts gewußt haben, geschweige denn dabeigewesen sein. Auch über seinen Werdegang vom angehenden Studenten, der 1933 in die SS eintrat, "um schneller einen

bar darangelegen, die Beihilfe zu leugnen, den Vorsatz und die Rechtswidrigkeit auszusräumen, indem er alle seine Taten als mit den faschistischen Gesetzen konform und den Befehlen entsprechend darstellt, den Vorwurf der Heimtücke und der niederen Beweggründe zunichte zu machen, indem er sich darstellt als einer, der ohne Gefühle und ohne Überzeugung nur seinen Dienst versah.

Die Stichworte dafür wurden Otto von der Staatsanwaltschaft Köln geliefert. Oberstaatsanwalt Dr. Gehrling kam als "Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen in Konzentrationslagern" in seiner Begründung vom 14.11.1974 für die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Otto zu dem Schluß, daß bei der Erschießung Thälmanns "keine mordqualifizierenden Tatbestandsmerkmale" vorgelegen hätten. "Anhaltspunkte, daß die Tötung Thälmanns grausam



Der Prozeß gegen Otto wird begleitet von Demonstrationen und Kundgebungen vor dem Landgericht Krefeld.

Studienplatz zu bekommen, nicht aus Überzeugung", der 1939 nach Buchenwald kommandiert wurde und 1945, "als das Chaos im Lager ausbrach", dieses wieder verließ, berichtet er geflissentlich. Otto gibt das Bild eines pflichtbewußten, gehorsamen Dieners seines Staates.

Otto hat offensichtlich aus dem langen Hin und Her bis zu seiner Anklage gelernt. Die Anklage lautet auf "vorsätzliche Beihilfe zu der vorsätzlich und rechtswidrig, heimtückisch und aus niedrigen Beweggründen begangenen Tötung des vormaligen Vorsitzenden der KPD und Reichstagsabgeordneten Ernst Thälmann". Ihm ist offen-

gewesen ist, liegen nicht vor. Es wäre (im Falle einer Anklageerhebung, d. Verf.) ... davon auszugehen, daß Thälmann nicht arglos gewesen ist, als er nächstens ins Krematorium des KL Buchenwald gebracht worden war ... (Die Beschuldigten, d. Verf.) hätten offensichtlich nur einem Befehl Folge geleistet, der durch Führerbefehle legitimiert schien. Es könnte sicher nicht festgestellt werden, daß sie mehr getan hätten, als ihnen befohlen war."

Nun gibt es aber den Augenzeugen Marian Zgoda, ein ehemaliger Häftling des KZ Buchenwald, der hinter einem Schlackehaufen versteckt, die

SS-Mörder: Schutz vor Strafverfolgung

SS-Oberscharführer Otto war Mitglied des Bewachungs- und Vernichtungskommandos im Konzentrationslager Buchenwald. Dieses SS-Kommando ermordete in staatlich organisierter Form Tausende von Kämpfern aus den Reihen der Arbeiterbewegung, von rassistisch und politisch Verfolgten. SS-Mörder Otto ist aber nicht angeklagt als "Mittäter", sondern nur als "Beihelfer" an der Ermordung Ernst Thälmanns, des Vorsitzenden der KPD.

Der westdeutsche Staat hatte von Anfang an abgelehnt, zur Grundlage der Strafverfolgung gegen die SS und ihre Mitglieder das Verbot der SS und ihre Erklärung zur verbrecherischen Organisation zu machen, wie sie in den Nürnberger Urteilen auch für die spätere BRD verbindlich festgelegt worden waren. Diese Ablehnung ermöglichte der Justiz in der BRD, die Konstruktion der Unterscheidung von "Täter" und "Beihelfer" zu errichten und dadurch die SS-Verbrecher weitgehend vor dem strafrechtlichen Zugriff zu schützen: Die westdeutschen Kapitalisten und ihr Staatsapparat brauchten diese Verbrecher für den Wiederaufbau.

Diese rechtliche Konstruktion sicherte dem Personal der Vernichtungsapparate die Freiheit oder zumindest die geringstmögliche Strafe. Bei dieser Sichtweise ermittelten die Gerichte als "Täter" Hitler. Seine "Mittäter" waren Himmler und Heydrich. Die anderen Mitglieder der Nazi-Mordbanden galten dann nicht als "Täter", sondern nur als "Beihilfer". Als "Täter" hätten sie ein eigenes Interesse an ihren Morden vorzeigen müssen, z.B. besonderes

Vergnügen. Bei Vorliegen eines Befehls lehnten die Gerichte regelmäßig die Strafverfolgung wegen Mordes ab. So begründete das Ulmer Schwurgericht seine geringen Strafen wegen des Mordes an litauischen Juden: "Beim Handeln auf Befehl spricht aber die Vermutung grundsätzlich dafür, daß der Befohlene nicht als Täter handelt. Der Befohlene handelt normalerweise deshalb, weil ihm befohlen worden ist und weil er dem Befehlenden Folge leisten und ihn unterstützen will." Der Bundesgerichtshof hob in der Revisionsverhandlung ein Urteil auf und ordnete das Wiederaufnahmeverfahren an, weil das erste Gericht "nicht genügend bedacht" habe, daß der SS-Täter "jeweils nur auf Befehl handelte".

Bei dieser Rechtsauffassung konnte die westdeutsche Justiz auch für eine wechselseitige Entlastung sorgen. Die Befehlsgeber waren eben nicht die Vollstrecker der Morde und konnten sich auf die "Tatheber" wie z.B. Hitler berufen. Die Vollstrecker hatten, wie juristisch konstruiert, kein eigenes Interesse und galten daher nur als "Beihilfer". Außer Hitler war demnach kaum jemand als Mörder zu belangen.

Bis 1968 war juristisch möglich, daß Schreibtischtäter in Behörden, die Mordbefehle anordneten, als Gehilfen der "Täter" (Hitler u.a.) bei schwerer Schuld wie der Täter mit der Höchststrafe verurteilt werden konnten. Die große Koalition von CDU/CSU und SPD verabschiedete 1968 die Neufassung eines Gesetzes, so daß danach solche behördliche Helfertätigkeit, wenn nur ohne "niedriges Bewußtsein", nur noch mit drei bis 5 Jahren Haftstrafe bedroht war. Ihre Strafverfolgung verjährt in 15 Jahren. Alle "ohne niedriges Bewußtsein" ausge-



"Jedem das Seine": der zynische Spruch am Tor des KZ Buchenwald. SS-Otto und andere ermordeten hier Tausende aus der Arbeiterbewegung

führten Nazi-Verbrechen waren damit rückwirkend ab 1960 verjährt, 15 Jahre nach 1945. Die damalige Bundesregierung sprach von einer "Panne", die nicht beabsichtigt gewesen sei, beschloß aber kein neues Gesetz, das diese "Panne" wieder aufhob. So unterband die große Koalition eine 1968 nicht weiter hinauszuschiebende Strafverfolgung der Mörder in der SS-Zentrale, dem Reichssicherheitshauptamt. Ein großer Teil von ihnen war in Bundesministerien und Bundesämtern untergekommen. Die Mörder im Reichssicherheitshauptamt der SS hatten auch die Ermordung von Ernst Thälmann organisiert.

Quellenhinweis: Friedrich, Jörg. Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik. Fischer-Tb 4308, 1984; VVN, Bund der Antifaschisten (Hrsg.). Statistik über NS-Prozesse, Berichtsmonate Januar-September 1984 - (gba)

Ermordung Thälmanns beobachtet und bereits 1948 in einer Aussage vor dem Amtsgericht München Otto als einen der Mörder beschuldigt hat.

Zgoda hat über die vielen Jahre bis zu seinem Tode 1967 an seiner Aussage festgehalten. Er wurde dafür von der Staatsanwaltschaft Köln in einem weiteren Einstellungsbescheid (vom 10.1. 1964) als "heimatloser Ausländer" diffamiert, dessen "Bild durch die Tatsache abgerundet wird, daß er im Jahre 1951 wegen Verteilens kommunistischer Flugblätter in Erscheinung getreten ist". Als "schlüssig und überzeugend" wurden dagegen die Aussagen des ehemaligen SS-Oberscharführers und SS-Richter a.D. Dr. Konrad Morgen angesehen, der durch ein Gespräch mit dem ehemaligen Kommandanten von Buchenwald, Pfister, den Ablauf der Ermordung Thälmanns gekannt haben will und angeblich genau wußte, daß Otto nicht daran hatte teilnehmen können. Komplizen und

Mordkumpane werden so zu Entlastungszeugen, obwohl sie selber auf die Anklagebank gehören. Derselbe Dr. Morgen, der den ehemaligen SS-Schergen aus Buchenwald entlastet, hat im KZ Buchenwald Versuche an Häftlingen vornehmen lassen, um die Wirkung eines Giftes zu testen. Nach Abschluß der Versuchsreihe wurden die Häftlinge erwürgt.

Ein anderer Schuldiger an der Ermordung Thälmanns verzehrt heute unbescholten seine Pension. Es ist der Oberlandesgerichtsrat i.R. Dr. Hans Mittelbach. Er hatte am 6.3. 1933 als Staatsanwaltsrat in Berlin den Haftbefehl gegen Thälmann ausgestellt und brüstet sich noch heute damit.

Der ganze Ablauf des bisherigen Verfahrens gegen Otto einschließlich der Tatsache, daß ehemalige SS-Angehörige ihrem Kumpanen Schützenhilfe leisten konnten, ist dem Umstand geschuldet, daß die westdeutsche Justiz, entgegen den Nürnberger

Urteilen, die SS nicht als verbrecherische Vereinigung ansieht, deren Mitglieder für ihre Taten voll verantwortlich sind und deshalb auch voll zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Doch darum muß es im Prozeß um Otto gehen. Mit der Forderung nach einer Bestrafung Ottos wird nicht einfach die Forderung nach der Bestrafung irgendeines alten Mannes erhoben, sondern es geht darum, daß auf diese Weise deutlich gemacht werden soll: "was in den Konzentrationslagern und in den besetzten Ländern geschehen ist, wird ohne wenn und aber als Verbrechen eingestuft, und es gilt, alles zu tun, daß sich so etwas niemals wiederholt!" (VVN-BdA-Broschüre)

Quellenhinweis: Die Tat/DVZ, 8. und 15.11.85; Der Mord an Ernst Thälmann und das Verfahren gegen Wolfgang Otto - Hintergründe eines Justizskandals -, AID Nr.13, hrsg. vom Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten - (rub, gba)

12. IGM-Frauenkonferenz

Beschlüsse gegen die Regierungspolitik

Zur 12. Frauenkonferenz der IG Metall waren 213 Delegierte aus dem ganzen Bundesgebiet nach Frankfurt gekommen. Erstmals waren auch Gäste aus Österreich, Schweden und der Schweiz dabei. Daß es diesen Delegierten nicht leicht war, die Interessen der 36000 weiblichen Mitglieder, die sie vertreten, in Form von Beschlüssen durchzusetzen, zeigt, daß jeder Delegierten ein hauptamtlicher Sekretär beigeordnet war. Diese versuchten, die Abstimmungen teilweise stark zu beeinflussen. So waren mit allen Bevollmächtigten und Vorstandsmitgliedern insgesamt 300 Kolleginnen und Kollegen auf der Konferenz.

In ihrem Eingangsreferat sagte Gudrun Hamacher, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, "Neue Technologien ... werden von den Unternehmern auch vorgeschoben, um umfassende Flexibilisierungskonzepte durchzusetzen. Dabei geht es um die Flexibilisierung der Arbeitszeit und des Arbeitsrechts. Die Instrumente dazu werden ihnen von der Bundesregierung frei Haus geliefert."

In einem Beschluß wandte sich die Konferenz gegen das am 1. Mai 1985 in Kraft getretene Beschäftigungsförderungsgesetz: "Dadurch werden arbeitnehmer- und besonders frauenfeindliche Arbeitszeitformen wie Kapovaz und Jobsharing gesellschaftlich salonfähig gemacht." Ebenso lehnte die Frauenkonferenz den vom Bundesarbeitsministerium vorgelegten Gesetzentwurf eines Arbeitszeitgesetzes in zwei Beschlüssen ab, "mit dem ein erheblicher Eingriff in den bestehenden Frauenarbeitsschutz vorgenommen werden soll und der eine große Mißachtung des Gesundheitsschutzes von Arbeitnehmerinnen darstellt". So soll die Nachtruhe für Arbeiterinnen zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr generell verschlechtert werden. Jetzt sollen auch Arbeiterinnen (nicht nur Schichtarbeiterinnen) bis 22.00 Uhr arbeiten können.

In mehreren Anträgen wird der Vorstand aufgefordert, in der nächsten Tarifbewegung die Anhebung der unteren Lohngruppen durchzusetzen. Ein Beschluß fordert den Vorstand und alle Tarifkommissionen auf, sich in der nächsten Tarifbewegung nachhaltig für die Abschaffung der unteren Lohngruppen einzusetzen (siehe Kasten).

Heftige Kritik gab es von den Delegierten beim Referat von Hans Mayr, 1. Vorsitzender der IG Metall, der eineinhalb Stunden über die

Geschichte der amerikanischen Streikbewegung referierte. So wurde ihm von den Frauen vorgeworfen, er habe das Thema verfehlt. Er sei hier auf einer Frauenkonferenz und nicht auf einem deutsch-amerikanischen Freundschaftstreffen. Hart wurde er angegriffen, weil er in Bezug auf die im Dezember geplante Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes auf Gespräche mit der Bundesregierung vertraue und ansonsten Abwarten riet. In mehreren Beschlüssen und Redebeiträgen wurde ausgeführt, daß die Verweigerung von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld für die indirekt von Streik und Aussperrung betroffenen Arbeiter die Gewerkschaften in ihrer Existenz bedroht. "Der Vorstand der IG Metall wird deshalb von der 12. Frauenkonferenz aufgefordert,

in keinem Punkt eine Annäherung gebracht haben, "und fordert den DGB-Bundesvorstand auf, sich künftig an solchen Gesprächen nicht mehr zu beteiligen, solange die Bundesregierung ihre zentralen Angriffe auf den Bestand und die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften nicht aufgegeben hat".

Große Empörung wurde von den Delegierten über den Regierungsentwurf zum Erziehungsgeld und -urlaub laut. Dieser richtet sich insbesondere gegen die erwerbstätige Frau. "Dies ist ein Gesetz zur Verdrängung der Frau aus dem Erwerbsleben ohne jeden Lohnersatz", sagte Gudrun Hamacher. So sollen ab 1986 600 DM pro Monat an die Mutter für ein Jahr – von der Geburt ab gerechnet – gezahlt werden, wenn sie nicht arbeitet. Dies geschieht unabhängig von der finanziellen Situation. Frauen, die in dieser Zeit über 20 Stunden arbeiten, erhalten nichts, obwohl sie es am dringendsten benötigen. Auch von Arbeitsplatzgarantie ist keine Spur. Besonders kritisierten die Delegierten



Gegen den Widerstand von Vertretern des IGM-Vorstands bekräftigten die Delegierten auf der IGM-Frauenkonferenz die Forderung nach Abschaffung der unteren Lohngruppen.

zur Verteidigung der demokratischen Grundrechte sowie der Existenz der Gewerkschaften, die durch die Veränderung des § 116 AFG bedroht wäre, die Mitglieder aufzurufen, von ihrem Streikrecht Gebrauch zu machen (Widerstandsrecht gemäß Artikel 20 Absatz 4 GG)."

Vor und während der Abstimmung dieses Antrags wurden die Delegierten durch den Vorstand und die Bevollmächtigten stark unter Druck gesetzt, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Dies hatte keinen Erfolg. In einem weiteren Beschluß stellte die 12. Frauenkonferenz fest, daß die sogenannten Spitzengespräche zwischen Vertretern des DGB und seiner Einzelgewerkschaften, den Arbeitgebern und der Bundesregie-

ten, daß die SPD-Fraktion diesem Entwurf zustimmen wolle.

Angesichts dieser zahlreichen Gesetzesvorlagen und Beschlüsse der Kohl-Regierung, die sich allesamt gegen die erwerbstätigen Frauen richten und den Sozialabbau massiv vorantreiben, herrschte auf der Konferenz eine gewisse Ratlosigkeit, wie diesen Angriffen umfassend zu begegnen sei und welche Maßnahmen Erfolge in dem Kampf gegen die Regierungspolitik bringen.

Mit Entschiedenheit wandte sich die Konferenz gegen die verstärkten Bestrebungen von konservativer Seite, die spärliche Reform des § 218 wieder in Frage zu stellen (siehe auch Kasten). Die ersatzlose Streichung des Strafparagraphen 218 wurde gefordert. – (hof)

Beschlüsse der 12. Frauenkonferenz der IG Metall

Frauententlohnung

Die Delegierten der 12. Frauenkonferenz fordern den Vorstand und zugleich alle Tariffunktionen auf, sich in der nächsten Tarifbewegung nachhaltig für die Abschaffung der unteren Lohngruppen einzusetzen. Das in den unteren Lohngruppen ausgewiesene Merkmal "Arbeiten ... mit geringen körperlichen Belastungen ..." ist nicht operational, das heißt, es ist nicht exakt festlegbar, welche körperlichen, also auch physischen Belastungen als gering anzusehen sind. Insbesondere erhöhte Anforderungen an die Sehfähigkeit, an die Konzentration und das Beobachtungsvermögen werden in der Regel bei der Eingruppierung nicht berücksichtigt. Dies führt dazu, daß insbesondere Frauen in den unteren Lohngruppen eingruppiert werden, ohne daß überprüft werden kann bzw. wird, wie hoch der tatsächliche Belastungsgrad ist. Die sich daraus ergebende Diskriminierung darf nicht hingenommen werden. Ihr kann nur durch Abschaffung der unteren Lohngruppen Einhalt geboten werden.

Arbeitszeitgesetz

Die 12. Frauenkonferenz der IG Metall möge beschließen, die Frauenausschüsse auf allen Ebenen zu beauftragen, mit breiten und öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegen das geplante Arbeitszeitgesetz vorzugehen, dabei sowohl die für den Herbst geplanten Aktionen zu unterstützen als auch einer breiten Öffentlichkeit klar zu machen, daß die Frauen nicht bereit sind, die besonders massiven Angriffe auf ihre Schutzrechte und ihre Lage hinzunehmen ... Die Nachtruhe für Arbeiterinnen zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr wird generell verschlechtert. Jetzt sollen auch Arbeiterinnen (nicht Schichtarbeiterinnen) bis 22 Uhr arbeiten können. Dies ermöglicht den Unternehmern, noch mehr sogenannte Hausfrauenschichten einzuführen. Das heißt, wenn der Mann zu Hause ist und auf die Kinder aufpassen kann, geht die Frau arbeiten, anstatt – wie es seit langem notwendig wäre – die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen zu verbessern und das Nachtarbeitsverbot auch auf weibliche Angestellte auszudehnen sowie Nacht- und Schichtarbeit für Frauen und Männer einzuschränken. Damit aber nicht genug. Die Bundesregierung öffnet dem Nachtarbeitsverbot bzw. der Sonn- und Feiertagsarbeit so viele Möglichkeiten, Ausnahmen zuzulassen, daß von Schutzbestimmungen nicht mehr gesprochen werden kann ... Angesichts der von der Bundesregierung bereits durchgeführten Maßnahmen, die gerade und besonders die Frauen betroffen haben, ist es notwendig, gegen diesen Gesetzentwurf Widerstand zu leisten und zu organisieren.

Kampf gegen Änderung des Arbeitsförderungs-gesetzes

Die 12. Frauenkonferenz der IG Metall fordert den Vorstand der IG Metall auf, über die Aktionswoche des DGB vom 14. bis 20. Oktober 1985 hinausgehend Aktionen gegen weiteren Sozialabbau und weitere Einschränkungen von Arbeitnehmerrechten durchzuführen. Insbesondere müssen wir uns mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln gegen die Änderung des Arbeitsförderungs-gesetzes wehren. Die Verweigerung von Kurzarbeitergeld bei Arbeitskämpfen durch die Bundesanstalt für Arbeit bedroht die Gewerkschaften in der Bundesrepublik unmittelbar in ihrer Existenz. Genau das ist von der Bundesregierung und den Unternehmerverbänden geplant. Wir Frauen sind der Auffassung, daß wirksamer und rechtzeitiger Widerstand gegen diesen massiven Angriff auf die Grundrechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften erfolgen muß, bevor dieses Vorhaben Gesetz wird. Der Vorstand

der IG Metall wird deshalb von der 12. Frauenkonferenz aufgefordert, zur Verteidigung der demokratischen Grundrechte sowie der Existenz der Gewerkschaften, die durch die Änderung des § 116 AFG bedroht wäre, die Mitglieder aufzurufen, von ihrem Streikrecht Gebrauch zu machen (Widerstandsrecht gemäß Artikel 20 Absatz 4 GG). Dabei können z.B. Mahnminuten und Warnstreiks Vorformen dieses Kampfes sein.

Gesetzesvorhaben zum Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub

Die Delegierten der 12. Frauenkonferenz der IG Metall unterstreichen noch einmal die bereits auf mehreren Gewerkschaftskongressen gestellte Forderung nach gesellschaftlicher Anerkennung der Erziehungsleistung von Eltern ... Die jetzigen Pläne der Bundesregierung zur Einführung eines Erziehungsgeldes und Erziehungsurlaubs werden dieser gewerkschaftlichen Forderung allerdings nicht gerecht. Die Delegierten protestieren dagegen, daß die jetzige Mutterschaftsurlaubsregelung gestrichen und die neue familienpolitische Leistung den Vollerwerbstätigen willkürlich vorenthalten werden soll. Erwerbstätige leisten beides – Erziehungsarbeit und Erwerbsarbeit – und dürfen daher nicht schlechter gestellt werden als Nichterwerbstätige ... Die Einführung des geplanten Erziehungsgeldes richtet sich insbesondere gegen die erwerbstätigen Mütter. Das Erziehungsgeld ist in dieser Form eine "Rücktrittsprämie vom Arbeitsplatz" und ein "Zuschuß zur Abdrängung in Teilzeitarbeit", weil nur diejenigen Mütter den Anspruch auf Erziehungsgeld haben sollen, die ihre bisherige Arbeitszeit auf unter 20 Wochenstunden reduzieren oder ihre Erwerbstätigkeit ganz aufgeben. Dadurch sind die Mütter benachteiligt, die im ersten Lebensjahr des Kindes an ihren Vollzeitarbeitsplatz zurückkehren. Sie gehen völlig leer aus. Die 12. Frauenkonferenz der IG Metall wendet sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß das Mutterschaftsgeld der erwerbstätigen Mütter mit dem Erziehungsgeld verrechnet werden soll. Sie sollen Erziehungsgeld erst ab dem dritten Lebensmonat des Kindes (bei Früh- und Mehrlingsgeburten erst ab dem vierten Lebensmonat) erhalten. Dagegen wird bei den Selbständigen, und damit bei einer erheblichen Zahl von Großverdienern, kein Einkommen angerechnet.

§ 218 StGB

Die 12. Frauenkonferenz der IG Metall wendet sich mit Entschiedenheit gegen die verstärkten Bestrebungen von konservativer Seite, die spärliche Reform des § 218 wieder in Frage zu stellen, sei es durch die erneut diskutierte Verschärfung des Strafrechtsparagrafen, sei es durch die befürwortete Aufhebung der Kostentragung durch die Krankenkassen, sei es durch im Widerspruch zum geltenden Recht stehende Erschwerungen des Beratungsverfahrens, ambulante Abbrüche oder durch restriktive Richtlinien von Krankenhausverwaltungen, sei es schließlich durch die Bekämpfung anerkannter Einrichtungen wie "Pro familia". Hinter diesen Bestrebungen stehen die gleichen Kräfte, die zum Inkrafttreten der geltenden Indikationslösung alles getan haben, um eine noch so geringfügige Liberalisierung des § 218 ganz zu verhindern, und die nach Verabschiedung der Reform nichts unversucht ließen, um nach dem Gesetz zulässige Schwangerschaftsabbrüche zu erschweren, wenn nicht ganz unmöglich zu machen.

Die Delegierten der 12. Frauenkonferenz der IG Metall fordern:

1. Die ersatzlose Aufhebung ... des Abtreibungsverbots...
2. Die Anerkennung der alleinigen Entscheidungskompetenz der Frau.
3. Die Aufhebung der Zwangsberatung und der Wartefristen.

Chile

Bürgerliche Opposition bietet sich zur Pinochet Nachfolge an

Die im November abgehaltenen Wahlen des chilenischen Studentenverbandes (FECH) geben einen Eindruck von den momentanen Kräfteverhältnissen in Chile. Regimetreue Parteien kandidierten nicht. Im ersten Wahlgang erhielten die Christ- und Sozialdemokraten der "Demokratischen Allianz" (AD) 32,5 %, das Linksbündnis "Demokratische Volksbewegung" (MDP), Zusammenschluß von Kommunistischer Partei, der Revolutionären Linken (MIR) und anderen linken Organisationen, 32,1 %, die rechte "Universitäre Front" (FU) 21,9 %. Zum notwendig gewordenen zweiten Wahlgang trat die MDP nicht an, um eine Blockbildung zwischen AD und FU zu verhindern. Daraufhin gewann die "Demokratische Allianz". Erstmals seit dem Militärputsch konnte die Opposition die Studentenwahlen an der katholischen Hochschule von Valparaíso 1983 gewinnen. Dies ist insofern von Bedeutung, weil die Militärdiktatur durch massive und direkte Unterstützung der alten und neuen Mittelschichten ermöglicht wurde. Noch 1980 stimmten nach Regierungsangaben dem Verfassungsreferendum, das Pinochets Militärherrschaft bis 1989 legalisieren sollte, fast 68 % zu. Trotz vielfältiger Wahlmanipulationen kann angenommen werden, daß knapp die Hälfte für Pinochet votierte. Der 1982 verstorbene Führer der Christdemokraten Eduardo Frei hatte den Militärputsch 1973 und die darauffolgenden Maßnahmen zur Unterdrückung und Isolierung der Arbeiterbewegung und zur Zerschlagung der Linken als notwendige Kurskorrektur begrüßt. Die drastischen Lohnsenkungen für Arbeiter von bis zu 60 %, Privatisierungen von Staatsunternehmen, Aufhebung von Preiskontrollen, Wegfall der Importsteuern, Einführung des Arbeitsdienstes für 1/3 des Elendmindestlohnes für fast 50000 Arbeiter, Förderung der Exportwirtschaft schufen auf der einen Seite Massenelend und ließen auf der anderen die Mittelschichten teilhaben am Reichtum des in- und ausländischen Großkapitals und der Großgrundbesitzer. Zwischen 1977 und 1981 fanden 2,6 Mio. importierte Farbfernseher und 4,5 Mio. Radios Absatz in diesen Kreisen bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 11 Mio.

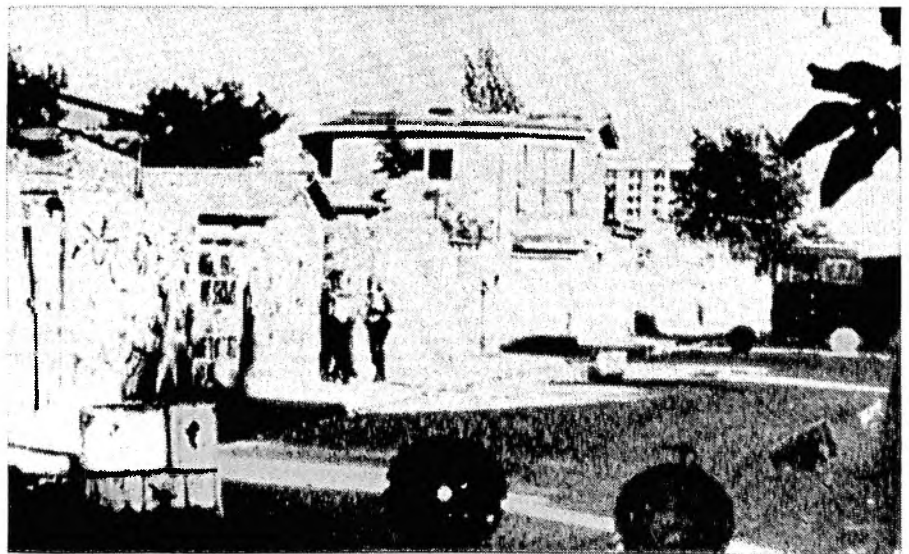
Ab Anfang der 80er Jahre kam dieses Bündnis zunehmend in Gefahr. Tausende von Klein- und Mittelbetriebe gingen Pleite, Akademiker wurden in Massen arbeitslos oder ihre Gehälter sanken drastisch. Gleichzeitig organisierte die Arbeiterbewegung nach dem Streik der Kupferbergwerksar-

beiter von "El Teniente" sich neu. Die Gewerkschaften gründeten schließlich die Nationale Arbeiterkoordination (CNT), die 1983 den ersten nationalen Protesttag gegen die Militärregierung durchführte. Schließlich formierten sich die linken Organisationen. Zwischen der Kommunistischen Partei und dem MIR kam es zu Annäherungen, die KP sprach sich nicht mehr gegen revolutionäre Gewalt aus, sondern begrüßte sie nach und nach. Die Militärdiktatur verschliss innerhalb weniger Jahre acht Regierungen. Ihre politische Basis polarisierte sich. Ein Teil gründete die bürgerliche Opposition bzw. schloß sich mit vorhandenen christ- und sozialdemokratischen Kräften zusammen. Die Rechte bildete sich ebenfalls gegen die Pinochet-Regierungen.

Die Christ- und Sozialdemokraten gründeten die "Demokratische Allianz" und schlossen ausdrücklich diejenigen aus, die "Gewalt befürworteten". Damit wandten sie sich gegen die KP. Nach dem Papst-Besuch und mit Vermittlung kirchlicher Kreise in Chile verhandelten die Christdemo-

usw. Sie konnten die Initiative und Führung der nationalen Proteste, die zwischenzeitlich die bürgerlichen Parteien übernommen hatten und die diese unter der Losung "für Demokratie und Menschenrechte" zu dominieren versuchten, wieder zurückzugewinnen. Die Lohnabhängigen der staatlichen Zwangsarbeitsprogramme führten Streiks für Lohnerhöhungen durch. Die Regierung mußte die Löhne fast verdoppeln, entließ aber Tausende. Die Studenten, Mittel- und Oberschüler streikten und demonstrierten gegen die Kürzung von Zuschüssen und gegen die staatliche Unterdrückung und bauten Vertretungsorgane auf. Sie beteiligten sich in großer Zahl an den "Nationalen Protesten". Die Bewohner der Elendsviertel, zumeist Arbeitslose, organisierten Hungermärsche und forderten Wohnungen, Wasser, Elektrizität, sanitäre Einrichtungen und Schulausbildung. Sie schlossen sich in Wohn- und Sozialgruppen und Selbstverteidigungsgruppen gegen die Terrorangriffe von Polizei und Militär zusammen. Trotz Verhängung des Ausnahmezustandes und der gezielten Unterdrückung der Linken, der Verabschiedung von Anti-Terror-Gesetzen gegen die MDP sowie des Verbotes der KP für "alle Zeiten" konnte die Militärdiktatur nicht verhindern, daß die Opposition an Einfluß gewann.

In die Auseinandersetzung zwischen



In Chile fehlen fast zwei Mio. Wohnungen. In den Elendsvierteln hat die MDP eine mächtige Basis.

kraten mit der Regierung u.a. über einen "Zeitplan zur Rückkehr zur Demokratie". Pinochet versuchte durch Aufnahme ehemaliger Minister aus den 60er Jahren in die Regierung, die bürgerliche Opposition zu binden.

Inzwischen gelang es den Organisationen der "Demokratischen Volksbewegung" ihren Einfluß zu vergrößern und neue Kräfte zu organisieren.

Gegen die Privatisierung des Sozialversicherungswesens organisierten die Gewerkschaften Kurzstreiks, Arbeit nach Vorschrift, Demonstrationen

Regierung und Opposition hatte sich bereits frühzeitig die katholische Kirche versöhnend mit Hirtenbriefen eingeschaltet. Der Erzbischof von Santiago, Fresno, griff den Vorschlag des christdemokratischen Gewerkschaftsführers Seguel auf, eine "Patriotische Kommission zur nationalen Wiederversöhnung" zu bilden. Verhandlungen mit den Militärs, der Wirtschaft und Parteien und vor allem mit Kreisen in der BRD und den USA wurden geführt. Im August 1985 legte Fresno der Öffentlichkeit die "Na-

tionale Übereinkunft zum Übergang zur vollen Demokratie" (siehe Kasten) vor. Inzwischen unterschrieben 21 Organisationen dieses Dokument, darunter die Mitgliedsparteien der "Demokratischen Allianz", der "Demokratischen Föderation" und der "Sozialistischen Föderation". Die MDP und zwei andere linke Organisationen lehnten die "Nationale Übereinkunft" ab. Der katholischen Kirche und den Christdemokraten ging es vor allem darum, die linken Organisationen zu isolieren, ehemalige Organisationen der Unidad Popular zu gewinnen sowie die sozialen Forderungen der Arbeiter und Bauern vom Tisch zu bekommen und die Mittelklassen an sich zu binden. Damit verschaffen diese Kreise der Militärdiktatur die notwendige Zeit, die Arbeiterbewegung und die linken Organisationen mit Terror zu verfolgen und den "friedlichen Übergang" vorzubereiten. Die bürgerliche Opposition begab sich nach Veröffentlichung der "Nationalen Überein-

kunft" auf Reisen in die USA und BRD. Fünf Parteiführer der "Demokratischen Allianz" erhielten die Unterstützung der CDU/CSU und FDP. Könnte doch die "Nationale Übereinkunft" aus ihrer fdGo-Feder sein. Strauß und seine CSU, als Pinochet-Freunde bekannt, kritisierten die Verletzung der Menschenrechte in Chile und verlangten die Rückkehr zur Demokratie. Er stimmte mit seinen Besuchern darin überein, daß der Übergang "friedlich" sein müsse.

Am letzten Protesttag im November beteiligten sich über 500000 Menschen, darunter alle Organisationen der Linken. Die üblen Absichten, die Gewerkschaftsbewegung und die linken Organisationen zu isolieren, scheinen in den konkreten Auseinandersetzungen und Kämpfen mit der Militärregierung wenig Wirkung zu haben. Ihre Vereitelung und der Sturz des Pinochet-Regimes wird wesentlich davon abhängen, inwieweit es der Linken gelingt, die gewerkschaftliche



Studenten gegen Polizei und Militär

Organisierung insbesondere unter den Landarbeitern und kleinen Bauern und in den kleinen Städten zu erhöhen, und inwieweit die Mittelschichten für eine Frontbildung gegen in- und ausländisches Großkapital gewonnen werden können.

Quellenhinweis: Lateinamerika-Nachrichten, Latin America Weekly Report, Tiers Monde, verschiedene Ausgaben; Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation Nr. 2; Calderon u.a.: Chile. Der Monetarismus an der Macht, 1981; — (sie)

Irland

Abkommen zum Ausbau der britischen Herrschaft

Am 15.11. unterzeichneten die britische Premierministerin Thatcher und der irische Premier FitzGerald bei Belfast einen Vertrag, in dem der Republik Irland ein "Mitspracherecht" über Nordirland eingeräumt wird, Großbritannien aber im Gegenzug weitreichende Polizeivollmachten über die Grenze hinweg, die vor allem der Vernichtung der IRA dienen sollen.

Mit diesem Vertrag erkennt die irische Regierung zum ersten Mal seit der Abtrennung Nordirlands durch Großbritannien im Jahr 1922 ausdrücklich die britische Souveränität über diesen Teil Irlands an. Dafür erklärt die Regierung Thatcher, falls irgendwann einmal die Mehrheit der Bevölkerung Nordirlands für die Einheit des Landes sei, werde sie ein entsprechendes Gesetz "im Parlament einbringen und unterstützen" — diese Mehrheit ist unwahrscheinlich, und über die Parlamentsentscheidung selbst ist nichts gesagt.

Regelmäßige Konsultationen sollen es Irland ermöglichen, Vorschläge zur Verwaltung Nordirlands anzubringen, aber Hoheit und Verantwortung blei-

"Nationale Übereinkunft zum Übergang zur ... Demokratie"

Die demokratischen Werte müssen unser Zusammenleben bestimmen ... man (braucht) eine geordnete Übergabe der politischen Macht an Autoritäten, die wieder durch vollständige und unangezweifelte demokratische Legalität ausgezeichnet sind; einen politisch-wirtschaftlich-sozialen Rahmen, der sowohl die Regierbarkeit des Landes als auch die grundlegenden Bedingungen garantiert für die gemeinsamen Anstrengungen ... und — außerdem — die Rückkehr der Streitkräfte zu ihren unentbehrlichen ständigen Aufgaben, mit vollem Respekt gegenüber ihren Werten, ihrer Würde und ihren institutionellen Forderungen. Die Versöhnung selbst fordert den vollen Respekt gegenüber dem Recht auf Leben und allen anderen ... Menschenrechten ... was bedeutet, die Gewalt, von wo immer sie auch kommt, als Methode der politischen Aktion zurückzuweisen ...

I. Verfassungsmäßige Übereinkunft

... 5. Die Verfassung soll die freie Äußerung von Ideen und die Organisation politischer Parteien garantieren. Parteien, Bewegungen oder Gruppierungen, deren Ziele, Handlungen oder Verhalten nicht die wiederkehrende Erneuerung der Regierung durch freie Wahlen, den Wechsel an der Macht, die Menschenrechte, die Gültigkeit des Legalitätsprinzips, die Ablehnung der Gewalt, die Rechte der Minderheiten und die weiteren in der Verfassung definierten Grundsätze demokratischer Herrschaft respektieren, sollen als verfassungswidrig erklärt werden. Diese Qualifizierung ist dem Verfas-

sungsgericht vorbehalten.

6. Regelung der Zustände verfassungsmäßiger Ausnahmen, die erlauben, die individuellen Freiheiten der Vereinigung, der Freizügigkeit, der Information und die Meinungsfreiheit einzuschränken, mit der Festlegung, daß in keinem Fall während ihrer Verhängung die Menschenrechte verletzt werden dürfen und daß man immer den Schutz und die Unterstützung durch die Gerichte verlangen kann.

II. Soziale Wirtschaftsordnung

... Das Land muß sich gleichzeitig einer hohen Wachstumsrate und einer ständigen Reduzierung der Chancenungleichheiten und des ungleichen Konsumniveaus verschreiben ... (Verhinderung der) Herrschaft einer sozialen Gruppe über die andere und des Staates über die Gesellschaft ...

2. Zur Erreichung der Ziele wird ein nationaler Vorschlag der ausgewogenen Verteilung von Opfern und Belohnung notwendig sein. Das bedeutet Sparsamkeit im Konsum, Solidarität und soziale Disziplin.

3. Das Recht des privaten Besitzes materieller und immaterieller Güter, einschließlich der Produktionsmittel, muß ... verfassungsmäßig garantiert sein. Das Steuersystem darf nicht als Enteignungsmechanismus benutzt werden ...

8. Die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern müssen ausgewogen sein, wodurch die Arbeit in ihren verschiedenen Formen anerkannt wird und die Arbeiterorganisationen und ihre Rechte wie Forderungen, Versammlung, Streik und andere gestärkt werden."

Quellenhinweis: Lateinamerika-Nachrichten 141

ben ausdrücklich in London.

Margret Thatcher erklärte zum eigentlichen Zweck des Abkommens: "Es stellt für uns alle eine wichtige Gelegenheit dar, die Gewalt zu einem Ende zu bringen." Wie das geschehen soll, deutet das Abkommen an:

– Enge Kooperation zwischen den Polizeitruppen, dem Militär und den Geheimdiensten, von dem Austausch von Informationen bis zur gemeinsamen Ausbildung. Seit Jahren versucht Großbritannien, das Recht zu Aktionen mit Armee und Polizei südlich der Grenze durchzusetzen. Dem Ziel ist Thatcher jetzt nähergekommen.

– Die Möglichkeit der Errichtung gemeinsamer Gerichtshöfe "für bestimmte Verbrechen". Die Absicht: Irland in die britische Anti-Terror-Gesetzgebung einzubeziehen.

– Außerdem sollen die Auslieferungsverfahren diskutiert werden. Das Ziel ist hier ebenfalls die Durchsetzung britischen Rechts in Irland.

Sinn Fein und IRA lehnen das Abkommen ab, aber ebenso die kolonialtreuen Unionisten. Doch sind die Motive der Ablehnung ganz verschieden. Die Unionisten wittern hinter den Konsultationen die Aufgabe der britischen Souveränität über Nordirland. Das verkennt die Lage völlig. Der britische Imperialismus ist mit dem Abkommen dem Fernziel seiner Irland-Politik, des Ausbaus von politischem und militärischem Einfluß über ganz Irland, erheblich nähergekommen. Dabei hat er keine einzige Position aufgeben müssen. Sinn Fein ist gegen das Abkommen, weil es den britischen Imperialismus in Irland stärkt.

Quellen: Guardian, Times, 16.11. und folgende – (hef)

Türkei

Neue Waffen für die "NATO-Südflanke"

Seit Sommer dieses Jahres ist es NATO-amtlich: Im Osten der Türkei, so berichtete im Juni die türkische Zeitung "Cumhuriyet" über einen Beschluß des NATO-Kommandos Südeuropa in Neapel, klappt, gemessen an den Aufgaben der NATO, eine "Lücke". Eine Modernisierung der türkischen Armee und ein Ausbau der NATO-Stützpunkte seien gleichermaßen unaufschiebbar.

Von offiziellen NATO-Stellen so förmlich angefeuert, hat die türkische Regierung begonnen, die Streitkräfte mit Beteiligung der USA und der BRD zu "modernisieren". Nachdem die Truppen jahrelang sich auf die Hinrichtung, Folterung usw. von Lohnabhängigen und Bauern konzentrierten, sollen sie nun mit moderneren Waffen auch gegen "äußere Feinde" ausgestattet werden. Die Bundesregierung soll dafür bereits mehrere Milliarden

DM Kredite zugesagt haben.

Im einzelnen ergibt sich bislang folgendes, unvollständiges, Bild. Die Marine soll neue Fregatten, U-Boote und Schnellboote, fast alle in der BRD oder nach westdeutschen Lizenzen in der Türkei gebaut, erhalten. Die Luftwaffe bekommt 160 US-Kampfflugzeuge F-16 und vielleicht 40 Tornados sowie neue Raketen. In Izmir werden M-48-Panzer der Armee in einer mit westdeutschen Maschinen ausgestatteten Rüstungsfabrik "modernisiert", erhalten neue Kanonen und Feuerleitwerke. Zusätzlich hat Helmut Kohl die Lieferung von 100, nach anderen Meldungen sogar von 250 Leopard-I-Panzern zugesagt. Weitere Waffen, um eine komplette türkische Division neu zu bewaffnen, sollen folgen. Dem entsprechend steigt die Zahl westdeutscher Militärausbilder in der Türkei. Allein dieses Geschäft westdeutscher Rüstungskapitalisten erreicht nach einem Bericht der "FAZ" einen Umfang von 3,5 Mrd. DM. Um seine Durchführung zu erleichtern, will die Bundesregierung auch die – nicht rückzahlbare – Militärhilfe an die Türkei von bisher 130 Mio. DM auf 200 Mio. DM im Jahr steigern.

Parallel dazu verhandelt die türkische Regierung mit der US-Regierung über ein neues Wirtschafts- und Militärabkommen. Das alte läuft im Dezember aus. Die USA drängen auf einen Ausbau der Militärstützpunkte im Osten der Türkei und auf unbeschränkte Landeerlaubnis für ihre "Schnellen Eingreiftruppen".

Für die türkische Regierung ist wichtig, daß ihr "Modernisierungs"-programm Moral und Schlagkraft der Truppen hebt, damit diese mit mehr Energie den Widerstand in den kurdischen Gebieten bekämpfen. Sie hat zu diesem Zweck u.a. in London um die Lieferung leichter Panzer und gepanzerter Personalfahrzeuge gebeten.

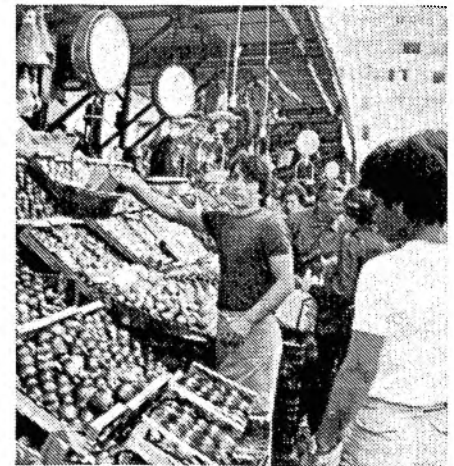
Die US-Regierung und die Bundesregierung verfolgen dagegen sehr viel weitergehende Ziele. Im August faßte der US-Sicherheitsexperte Wohlstetter diese Ziele so zusammen: "Die Türkei möchte sichergestellt wissen, daß andere wichtige Mitgliedstaaten der NATO sich auf die Seite der Türkei stellen in einer Zeit, wenn die Bedrohung noch unklar ist oder wenn türkische Einrichtungen und Streitkräfte in der Golfregion genutzt werden, um dort vitale Interessen der NATO gegen einen sowjetischen Angriff zu verteidigen." Mit anderen Worten: BRD und USA wünschen quasi als "Gegenleistung" für ihre Kredite und Waffenlieferungen die Erlaubnis, von türkischem Territorium aus militärische Angriffe gegen Staaten des Nahen Ostens zu starten, evtl. mit Beteiligung türkischer Truppen. Dafür liefert Kohl nun Panzer, Schiffe und wohl bald auch Flugzeuge.

Quellenhinweis: FAZ, 18.10., 28.10., 1.11.85; Europa-Archiv 16/85 – (rül)

Griechenland

EG-Staaten erpressen Lohnsenkung und Ruin der Bauern

Trotz einer großen Streik- und Protestbewegung der Gewerkschaften und der kleinen Selbständigen hält die Regierung Papandreou an ihren Haushaltsbeschlüssen vom 21. Oktober fest, in denen sie umfangreiche Lohnsenkungen, Sondersteuern für Selbständige und Verteuerung der Importe beschlossen hatte. Sie begründet das Programm mit dem Haushaltsdefizit und den hohen Auslandsschulden des Staates. Diese betragen nach Schätzungen etwa 15 Mrd. US-\$, ein Viertel aller Exporterlöse – das sind etwa 700 Mio. US-\$ – muß für Zins- und Kreditrückzahlungen aufgewandt



Die konservative Nea Demokratia mobilisierte kleine Selbständige gegen das Regierungsprogramm.

werden.

Am 21. November meldete die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", daß die Finanzminister der EG-Staaten einen Zahlungsbilanzkredit in Höhe von 3,9 Mrd. DM für Griechenland "mit Auflagen" genehmigt haben, die im wesentlichen die von der griechischen Regierung beschlossenen Maßnahmen umfassen. Allerdings soll Griechenland alle jetzt und früher beschlossenen Importbeschränkungen aufheben. Der Kredit muß noch von der EG-Kommission genehmigt werden. Er soll in zwei Teilen ausgezahlt werden, wobei der zweite Teil nur gezahlt wird, wenn die Regierung den Protesten nicht nachgibt und die Lohn- und Einkommensenkungen durchsetzt. BRD-Finanzminister Stoltenberg – so berichtet die FAZ – "kritisierte die bisherige Wirtschaftspolitik der griechischen Regierung, die sich von der angestrebten Konvergenz in der Gemeinschaft weit entfernt habe".

Die Pasok-Regierung wird mit dem von der EG erzwungenen Programm einen großen Teil der Lohnabhängigen ins Elend und beträchtliche Teile der

kleinen Selbständigen und Bauern in den Ruin treiben. Die Löhne und Gehälter werden ab November nicht mehr viermonatlich um die tatsächliche Inflationsrate erhöht, sondern um einen Satz, der berechnet wird aufgrund der von der Regierung geplanten Inflationsrate, die bisher immer niedriger als die tatsächliche war, von der gleich 20 Prozent für "importierte Inflation" abgezogen werden. Andere, tariflich vereinbarte Lohnerhöhungen sollen bis Ende 1987 verboten sein. Wenn die Lohnabhängigen trotzdem Kapitalisten zu besseren tariflichen Vereinbarungen zwingen können, drohen den Kapitalisten hohe Strafen bis zu fünf Prozent ihres Jahresumsatzes. Alle Selbständigen – einschließlich der Bauern – müssen für 1986 und 1987 eine Sondersteuer zahlen, die schon bei Jahreseinkommen bis 500000 Dr (8475 DM) drei Prozent beträgt. Für importierte Waren – ausgenommen sind lebenswichtige Nahrungsmittel, Rohstoffe und Investitionsgüter – müssen die Händler bei den Zollkassen die Hälfte des Warenwertes ein halbes Jahr im voraus deponieren. Die Gewerkschaften rechnen deshalb mit einer Verteuerung von importierten Gebrauchsgütern wie Elektrogeräten, Autos usw. um bis zu 50 Prozent.

Der Gewerkschaftsbund GSEE ist über den Kampf gegen das Programm gespalten. Erst nach Abwahl des Vorsitzenden konnte sich der GSEE-Vorstand auf einen Aufruf zu einer gemeinsamen Demonstration der Einzelgewerkschaften am 22. Oktober einigen, einen eintägigen Generalstreik lehnte der Vorstand ab. Am 14. November streikten die meisten Mitglieder von 30 der 84 Einzelgewerkschaften, darunter erstmals auch die Metall- und die Textilgewerkschaft, seit dem 21.10. hatten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bereits mehrere Streiks durchgeführt. Quellenhinweis: Handelsblatt vom 21.10. bis 21.11.85 – (uld)

Zinn

Imperialisten setzen Preissenkung durch

Gegenwärtig ist der Zinnhandel, der über die Londoner Metallbörse abgewickelt wird, ausgesetzt. Der Preis für eine Tonne Zinn lag zuvor bei 8140 englische Pfund. Bei Wiederaufnahme des Handels – voraussichtlich erst Mitte Dezember – wird er beträchtlich tiefer liegen. Die Imperialisten haben den bevorstehenden Preissturz darüber initiiert, daß sie dem aus 22 Ländern bestehenden Zinnrat, der die Höhe des Zinnpreises festlegt, die Kredite in Höhe von ca. vier Mrd. DM aufkündigten. Die 16 "Verbraucherländer" des Zinnrates, darunter die

EG-Staaten und Japan, wollen nicht zahlen, die sechs produzierenden Länder Australien, Indonesien, Malaysia, Nigeria, Thailand und Zaire können die Summe nicht aufbringen.

Der Zinnrat ist kein Rohstoffkartell wie die OPEC. Bei seiner Gründung 1956 haben sich die europäischen Imperialisten vor allem deshalb beteiligt, weil sie ihre Monopolstellung in der Rohstoffausbeutung ihrer z.T. ehemaligen Kolonien und in der Preisbestimmung gegenüber der imperialistischen Konkurrenz erhalten wollten. In den 70er Jahren, beeinflusst von der OPEC und Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, setzten die im Zinnrat vertretenen rohstoffproduzierenden Länder die Einrichtung eines Zinnausgleichslagers und seine Mitfinanzierung durch die "Verbraucherländer" durch. Damit konnte der Zinnpreis lange Zeit stabilisiert und letztlich erhöht werden. Dem letzten Zinnabkommen traten die USA nicht bei. Durch Teilverkäufe ihres inzwischen auf eine Weltjahresproduktion Zinn angewachsenen "strategischen Lagers" und durch Zinn-Schmuggel aller Imperialisten sollte

der Preis gedrückt werden. Malaysia, Indonesien und Thailand protestierten scharf und gründeten 1983 ein Zinn-Kartell. Gleichzeitig sank die ökonomische Bedeutung der zinnproduzierenden Länder im Zinnrat: Sie verfügen heute nur noch über 57 % der Weltproduktion. Andere Länder wie Brasilien, heute viertgrößter Produzent und drittgrößter Exporteur, traten weder dem Zinnrat noch dem Zinn-Kartell bei.

Bereits eine 30%ige Senkung des Zinnpreises würde z.B. für Bolivien Einnahmeverluste von einer halben Mrd. DM bedeuten und faktisch die Zahlungsunfähigkeit gegenüber den imperialistischen Gläubigern. Zudem steht die Hälfte der Bergwerke vor der Schließung und Zehntausende von Arbeitern vor der Entlassung. Besonders die südamerikanischen und afrikanischen Länder würden aufgrund geringerer Ergiebigkeit ihrer Minen getroffen. Aber selbst Malaysia hat bereits über 1/5 der Zinnminen geschlossen.

Quellenhinweis: Börsen-Zeitung, Handelsblatt, NZZ, verschiedene Ausgaben – (sie)

Ostasien

Südkorea und Taiwan – "Muster-ökonomien" in Schwierigkeiten

Für die Ideologen der "Freien Welt" waren Südkorea und Taiwan bislang die Vorzeigebispiele von Ländern, die innerhalb von wenigen Jahrzehnten den Sprung von Unterentwicklung zum Kreis der Industrieländer geschafft hatten – und damit alle Theorien von der Unmöglichkeit kapitalistischer Entwicklung unter dem Imperialismus und von der Notwendigkeit der sozialen Revolution als Voraussetzung für die Entwicklung der Produk-

tivkräfte widerlegt hätten. Der Aufstieg dieser Ökonomien hätte zudem die Absurdität der Forderungen nach Abkopplung vom Weltmarkt als Voraussetzung von Entwicklung gezeigt. Die Tatsache, daß in Südkorea und Taiwan vom US-Imperialismus abhängige Diktaturen herrschen, die die Länder in Zuchthäuser für die Arbeiterbevölkerung verwandelt haben, gilt den Ideologen der "Freien Welt" allenfalls als Schönheitsfehler oder wird



Das Changwon-Stahlwerk im Südkorea, finanziert mit westlichen Krediten und 1979 fertiggestellt, gilt inzwischen als gigantische Investitionsruine.



Fast 200000 Schüler und Studenten kamen am 16. November zu einer nationalen Demonstration gegen die Bildungspolitik der italienischen Regierung nach Rom. Auslöser der seit Wochen anhaltenden Bewegung war eine Vervielfachung der Studien- und Prüfungsgebühren. An den Universitäten z.B. sind jetzt 300000 Lire (450 DM) jährlich fällig. Inzwischen hat die Bewegung auch viele andere Themen— von den katastrophalen Raumverhältnissen bis zu den versteinigerten Lehrplänen— aufgegriffen. Als erstes Zugeständnis hat die Regierung umgerechnet 6 Mrd. DM für den Schulbau in den nächsten drei Jahren zugesagt. — (ulg)

Schweden: LO will Schwerpunkt auf Niedriglöhne setzen

Der schwedische Gewerkschaftsbund LO hat in verschiedenen Äußerungen seine Stoßrichtung für die Lohnverhandlungen im Jahre 1986 erläutert. Absoluter Schwerpunkt sollen hier die Niedrigstlöhne sein. Dies soll für alle 24 Einzelgewerke gelten. Eine Forderungshöhe gab er nicht bekannt. Die Arbeitszeit soll auf 38 Stunden in der Woche beschränkt werden. Eine Untersuchung der Kaufkraft fand statt. Es wurde überprüft, wie sich verschiedene Lohnhöhen von 1982 bis 1985 entwickelt haben. Ein Industriearbeiter mit einem Jahreseinkommen von 73200 Kronen machte einen Verlust von minus 0,1%. Beamte mit einem

Jahreseinkommen von 122000 Kronen dagegen haben in den drei Jahren plus 8,7% bei der Kaufkraft.— (uwb)

USA: Streik in Panzerwerken beendet

Nach sieben Wochen Streik, von der Autoarbeitergewerkschaft UAW geführt, stimmten 53,4% der 5000 Beschäftigten in zwei Panzerwerken des General Dynamics Konzerns einer neuen Tarifvereinbarung zu. Im ersten Tarifjahr 1985 bekommen die Arbeiter 2000 \$ Prämie und eine Lohnerhöhung von 2,25%, im nächsten Jahr eine Prämie von 2,25% des jeweiligen Grundlohnes, im dritten 3% mehr Lohn. Die Arbeiter bauen die neuen Panzer M1 und M1A1 für die US-Armee.— (gba)

Belgien: Neue Regierung will Renten senken

In den Verhandlungen über das Programm einer neuen Regierung haben sich Christdemokraten und Liberale in Belgien auf neue Angriffe auf die Rentenansprüche der Lohnabhängigen verständigt. Unter der Überschrift: "Kein Abbau der gesetzlichen Renten!" unterrichtete am 16.11. der belgische Gewerkschaftsbund ABVV seine Mitglieder, daß die Regierungsparteien auf Vorschlag der Liberalen künftig private Lebensversicherungen sehr viel stärker als bisher fördern wollen. Aufwendungen bis zu 120000 belgische Franc pro Jahr, das sind ca. 6000 DM im Jahr, sollen künftig vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden dürfen. Konkrete Be-



schlüsse zur Rentensenkung haben die beiden Regierungsparteien noch nicht gefaßt, doch rechnet der ABVV fest damit. Schon jetzt beziehen nach seinen Angaben 60% aller Lohnabhängigen im Rentenalter Renten unter 1000 DM im Monat. Bild: Demonstration gegen Rentensenkungen der letzten Regierung Martens, Brüssel, 1982 — (rül)

von ihnen sogar als historisch unvermeidlich gewürdigt.

In den letzten Monaten ist das Bild dieser Musterkolonien der Imperialisten jedoch durch Flecken getrübt: Das Wachstum der Exporte Südkoreas und Taiwans (gleiches gilt für Hongkong und Singapur) im ersten Halbjahr 1985 ist zum ersten Mal deutlich hinter dem Anstieg des Welthandels zurückgeblieben. Südkoreas Exporte fielen um 3,5%, Taiwans Exporte stagnierten. Diese Entwicklung ist um so schwerwiegender, weil die Entwicklung beider Ökonomien— und ihr von den Imperialisten gern zitierter Erfolg— auf einer weitgehenden Exportorientierung basierte und beide Ökonomien in den letzten 20 Jahren Exportanstiege aufwiesen, die durchschnittlich das Zweifache des Wachstums des Welthandels betrugen. Hinzu kommt: Stagnation bzw. Fall der Exporte traten ein, bevor in den USA, dem Hauptexportmarkt Südkoreas und

Taiwans, eine Reihe protektionistischer Maßnahmen wirksam wurden.

Die Exportbilanz Südkoreas und Taiwans weist aus, daß die Exporteinträge die Leichtindustrie (Textil- und Schuhindustrie), die Elektronikindustrie und die Schwerindustrie (Eisen und Stahl, Schiffbau) trafen. In beiden Ländern war es jeweils die Leichtindustrie, die durch den Einsatz billiger Arbeitskraft und schon abgeschriebener Maschinen eine rasche Akkumulation ermöglichte, die Profite der westlichen Investoren und Abnehmer und der lokalen Kompradoren explodieren ließ und die Voraussetzungen für weitere Industrialisierung schuf. Noch heute schuferten zigtausende auf Taiwan und in Südkorea unter unerträglichsten Bedingungen und ohne jede Rechte für BRD-Textilkonzerne. Allerdings ist der Hauptvorteil Südkoreas und Taiwans in diesem Sektor— niedrige Lohnkosten— dahin; zunehmend machen sich die imperiali-

stischen Investoren und Abnehmer die Öffnung Chinas für den Weltmarkt und das — im internationalen Vergleich — ebenfalls äußerst niedrige Lohnniveau in Indien und Pakistan zunutze. In einer zweiten Phase der Industrialisierung — etwa ab Ende der 60er Jahre — begannen Südkorea und Taiwan mit dem Aufbau einer Schwerindustrie. Die — vom Staat zusammen mit wenigen Kapitalmagnaten — getätigten Investitionen in der Schwerindustrie waren von vornherein so dimensioniert, daß der größte Teil der Produktion auf dem Weltmarkt abgesetzt werden mußte. Die folgenden Krisen der Weltwirtschaft sowie Verschiebungen in den Produktivkräften (zunehmender Ersatz von Stahl) ließen nur zeitweilig eine rentable Auslastung der riesigen Investitionen zu. Die Ende der 70er Jahre einsetzenden Investitionen in der Elektronikindustrie setzten auf den Markt für Konsumgüter sowie von Kleincomputern;

Schweden: Tagesmütter im Streik

Die Tagesmütter streiken gegen das neue Lohnabkommen. In dem Abkommen wird eine Klassifizierung vorgenommen, die Verluste bis zu 300 Kronen im Monat mit sich bringt. Die Tagesmütter sagen, dies würde sie Lohnmäßig um 15 Jahre zurückversetzen. Sie sollen nur für die tatsächlich vorhandene Kinderzahl entlohnt werden. Ausgenommen sind Kinder, die krank oder abwesend sind. Weiter kritisieren sie, daß man in Kinderheimen im Monat 8247 Kronen bekommt, während sie 6912 Kronen haben. — (uwb)

Der südafrik. Kirchenrat — Kampf gegen Multis?

Am 28.6.1985 hat der Südafrikanische Kirchenrat (SACC) die Forderung nach Investitionsrückzug aus Südafrika erhoben. Eine Untersuchung der Abteilung Gerechtigkeit und Versöhnung des SACC vom 13.9. beschäftigt sich mit der Rolle der Multinationalen Konzerne in Südafrika und stellt fest: Die Multis haben von der Apartheid profitiert, durch Einführung neuer Technologie Arbeitsplätze abgebaut, die "liberale" Geschäftswelt hatte immer Interesse an der Stabilität der Verhältnisse, die Multis haben Südafrikas Verschuldung nicht verhindert. Der Schluß wird nahegelegt, daß die internationalen Banken, die Südafrika völlig in der Hand haben, zugunsten der Stabilisierung noch schärfere Maßnahmen als den Ausnahmezustand befürworten könnten. — Die Kritik an den Multis basiert auf einem entscheidenden Fehlurteil: Das Monopol wird nicht als Resultat der kapitalistischen Produktionsweise angegriffen, sondern als alle nationalen Grenzen spreng-

gendes, undurchschaubares Geflecht der Machtkonzentration. Das Thesenpapier plädiert deshalb für Dezentralisierung der Multis, Teilung der Entscheidungsbefugnisse und alternative Investitionen. — (and)

USA kaufen Einfluß

Nach Berichten von Liberation, Organ der philippinischen NDF, sowie US-Zeitungen haben die USA im letzten Jahr mindestens 3 Mio. \$ v.a. über das Asian American Free Labor Institute, ein Organ des US-Gewerkschaftsbundes AFL-CIO, an verschiedene "gelbe"

Gewerkschaften und andere philippinische Organisationen gezahlt. Ziel der Aktion ist nach Auskunft eines US-Verantwortlichen: "Regionale Arbeiterführer, die Geld bekommen, werden politisch mächtig. Wenn Sie eine Million zum Verteilen an Familien haben, dann steigen Ihre Aktien schneller als die irgendeiner militanten Arbeitergruppe." Auch NAMFREL (Bürgerorganisation für freie Wahlen), die den regulären Ablauf der Wahlen für das philippinische Scheinparlament überwachte und große Resonanz in den westlichen Medien fand, ist von den USA finanziert. — (wom)



Die militärische Aktion, mit der die US-Armee das palästinensische Kommando der "Achille Lauro" in ihre Gewalt gebracht hatte, führte jetzt, wie zu befürchten war, zu einer weiteren Verschärfung im Nahen Osten. Ohne daß ernsthafte Verhandlungen über die Freilassung der Geiseln geführt worden wären, versuchten ägyptische Elitesoldaten, die Verkehrsmaschine zu stürmen, die ein Kommando der Organisation "Ägyptische Revolution" nach Malta entführt hatte. 62 Menschen fanden den Tod. Schon suchen die Imperialisten nach "Schuldigen" und spekuliert die bürgerliche Presse über Bestrafungsaktionen. Dabei konzentriert sich die Hetze — ohne irgendwelche Anhaltspunkte — auf Libyen. Ganz offensichtlich versuchen die Imperialisten, die ägyptische Regierung für ihre aggressiven Pläne gegen Libyen zu benutzen. Ägypten ließ wenige Stunden nach Beginn der Flugzeugentführung die Straßen nach Libyen sperren und massiert größere Truppenteile an der Grenze. — (scc)

daneben investierten vor allem US-Konzerne auf Taiwan, um dort Chips kostengünstiger als in den USA fertigen zu lassen. Mit zunehmender Automatisierung der Chipproduktion wie der elektronischen Industrie insgesamt schwinden allerdings die "Vorzüge" der klassischen Niedriglohnländer Südkorea und Taiwan.

Sicherlich haben der Rückgang des Wirtschaftswachstums in den USA, dem wichtigsten Absatzmarkt für Südkorea und Taiwan, und protektionistische Maßnahmen seitens der US-Regierung und der EG zu den aktuellen Exporteinbrüchen in Südkorea und Taiwan beigetragen. Andererseits bleibt aber fraglich, wieweit die verfolgte Industrialisierungsstrategie tatsächlich die Selbständigkeit und Stabilität dieser Ökonomien erhöht hat. In Taiwan und noch mehr in Südkorea betrieben die herrschenden Kompradoren zusammen mit US- und japanischen Kapitalisten die Indu-

strialisierung zu Lasten der unmittelbaren Produzenten, der Bauern und der Arbeiter. Millionen Bauern mußten die Landgebiete verlassen, die verbleibenden Bauern finanzierten die beginnende Industrialisierung, indem ihnen ihr Mehrprodukt genommen wurde. Das rabiate Bauernlegen (in Südkorea wuchs von 1960 bis 1980 der Anteil der Stadtbevölkerung von 28 auf 55%) zusammen mit dem erzwungenen Niedrighalten des Lebensstandards der Stadtbevölkerung verbesserte die Bedingungen für die Weltmarktexpansion, verhinderte aber das Entstehen eines großen inneren Marktes. Die von den Interessen der westlichen Imperialisten als Investoren, Abnehmer und Kapitalgeber bestimmte selektive Industrialisierungsstrategie verhinderte die Integration und Durchdringung der verschiedenen Industrien, so daß in Südkorea und Taiwan zwar Computer gefertigt, aber

nicht entwickelt werden und daß sich neben hochautomatisierten Produktionen Handarbeit in großem Maßstab findet.

So bleibt abzuwarten, ob diese Ökonomien denselben Aufstieg wie Japan erleben — eine weitverbreitete Spekulation. Eines ist aber jetzt schon festzuhalten — trotz gegenteiliger Behauptungen von imperialistischen Ideologen: Die in Südkorea und Taiwan stattgefunden Industrialisierung vollzog sich unter weitestgehender staatlicher Planung — und nicht "marktwirtschaftlich" — und zudem unter der Abschottung neuer Industrien vor der Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Diese Abkoppelung sicherte überhaupt das Entstehen der Industrien.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, 26.9.85; U. Menzel: Die ostasiatischen Schwellenländer, in: Prokla Heft 59 — (wom)

* Veröffentlichungen *

Glötz (SPD): Europa ist ein Geschäft!

Peter Glötz, SPD-Bundesgeschäftsführer, hat ein "Manifest für eine Neue Europäische Linke" herausgebracht. Dem Vorwort kann man entnehmen, daß das Buch auch in Italien, Österreich, Frankreich und Großbritannien erscheint. Dennoch ist das Buch vor allem ein Beitrag zur SPD-Programmedebatte.

Das Programm, das Glötz vorlegt, ist großdeutsch, sozialimperialistisch und großeuropäisch. Es knüpft an schlimme Traditionen der großdeutschen "Neuordnung Europas" an und versucht, diesen eine sozialdemokratische Anhängerschaft zu verschaffen. Ein paar Auszüge: Die Staaten Osteuropas sollen der Weltbank, dem IWF und dem GATT beitreten, also alle Schranken gegen westlichen Druck und westliche Expansion aufheben. Auch im Mittelmeerraum sieht Glötz große Geschäfte voraus: "Die weniger entwickelten Staaten böten in einem Wirtschaftsverbund Wachstumsmöglichkeiten, die von vollentwickelten Industriestaaten vorläufig nicht mehr erreichbar sind. Diese Chancen sollten genutzt werden."

Wer soll diese Chancen nutzen? Die großen westdeutschen Kapitalisten. Glötz selber spricht von einem neuen "linken Block", den die SPD mit ihrem europäischen Programm bilden will. Dieser soll umfassen: "nachdenkliche Minderheiten des fungierenden Kapitals, kapitalabhängige technische und disponierende Eliten und bestimmte Teile der mittelständigen Wirtschaft mit den Gewerkschaften und den alten Arbeiterparteien", also ein Bündnis von Kapitalisten, alten und neuen Mittelklassen mit Sozialdemokraten und Gewerkschaften. In diesem Bündnis soll die "Linke" (sprich: die SPD) den Trommler für die europäische Neuordnung machen, von Glötz dirigiert und von der Aussicht gelockt, eine neue "Prosperitäts-Konstellation" (zu) erzeugen".

Opfer dieser "Prosperitäts-Konstellation" wären z.B. die Staaten am Mittelmeer. Sie würden bei Verwirklichung des Glötzschen Programms gegenüber der BRD sehr schnell in den Status hochverschuldeter Halbkolonien gedrückt werden, so wie Mexiko gegenüber den USA. Den Staaten Osteuropas kündigt Glötz mit seinem Manifest den Versuch der BRD an, sie durch wirtschaftlichen Druck und Infiltration zu zerrütten, Anhänger für eine freie Marktwirtschaft zu sammeln und so die Überwindung der Blöcke voranzutreiben. Glötz nennt das eine "zweite Ostpolitik" und wünscht sich in Osteuropa "eine neue Form kultureller Selbstbehauptung, bis hin zur aggressiven Abgrenzung

von der 'eigenen Supermacht'."

Daß die Glötzsche "Prosperitätskonstellation" für all die Lohnabhängigen, die keine leitende Stellung in Produktion und Verwaltung einnehmen, zahlreiche Zumutungen bereithält, verhehlt Glötz auch nicht. Zu seiner "europäischen Bewegung" gehören Ziele wie die "Befreiung des anlagefähigen unternehmerischen Kapitals von bürokratischen Fesseln", die Eliteausbildung, die "steuerliche Begünstigung von Risikokapital", die Verlagerung der gesamten Steuerlast "von der Arbeit auf das Kapital (Produkte)", in Wirklichkeit also von direkten auf indirekte Steuern und damit auf die gedrücktesten Teile der Lohnabhängigen. Glötz wünscht eine "Ausweitung der personalen Dienst-



Glötz: Die SPD soll für die europäischen Geschäfte der Kapitalisten trommeln.

leistungen" und will den Kapitalisten helfen, "die Starrheit des Arbeitstages, der Arbeitswoche und der Jahresarbeitszeit zu durchbrechen".

Fazit aus 114 Seiten "Manifest": Die SPD-Parteiführung versucht, die SPD dadurch "mehrheitsfähig" zu machen, daß sie alle Rücksichten auf Interessen der Lohnabhängigen fallen läßt und statt dessen an die besser verdienenden Teile der Mittelklassen appelliert, sich den Kapitalisten für ein großangelegtes "europäisches Geschäft" zu unterwerfen. Den Kapitalisten bietet der SPD-Vorstand eine bedeutende Stärkung ihrer Stellung gegenüber allen anderen Klassen an und energische Gefolgschaft der SPD für eine "Neuordnung Europas" nach ihren Interessen. So will die SPD die Grünen vernichten helfen und irgendwo zwischen FDP und Lothar Späth eine Mehrheit finden oder, was wahrscheinlicher ist, bei Lothar Späth in einer großen Koalition unter-schlüpfen.

(Peter Glötz, Manifest für eine Neue Europäische Linke, Siedler-Verlag, Westberlin 1985, 16,80 DM – rül)

Textverarbeitung – Praxiswissen für Arbeitnehmer

Nach dem Titel erwartet der Leser sicher ein Lehrbuch über Textverarbeitung. Das Buch verbreitet sozialdemokratische Positionen zur Rationalisierung im Büro und zur Teleheimarbeit. Das beginnt mit einem "historischen Rückblick" über die Veränderung der Bürotätigkeiten durch die Schreibmaschine und die Frauenarbeit und endet mit der Darstellung der Nachteile der (Frauen-)Heimarbeit am Computer. Dazwischen stehen Informationen über Microcomputer, zugehörige Geräte, Disketten usw. und am Schluß 55 Seiten mit den wichtigsten Befehlen der verbreiteten Programme CP/M und Wordstar. Die Autoren erteilen Ratschläge, daß Büroangestellte sich für die technische Qualität der Bildschirmarbeitsplätze und gegen Eintönigkeit ihrer Arbeit und Leistungskontrollen einsetzen müssen. Von der Forderung nach gesetzlichen Mindestbedingungen für Gesundheitsschutz und Arbeitsrecht reden sie nicht. Ihr Rezept: "Es liegt (auch) an den Frauen ... Die nächste Wahl kommt bestimmt." (Bernd Passens, Ingrid Schöll, Textverarbeitung, Praxiswissen für Arbeitnehmer am Bürocomputer, rororo aktuell 5641, 10,80 DM – ulk)

CDU-Stiftung untersucht GRÜNE-Kommunalpolitik

In Vorbereitung der kommenden Landtags- und Bundestagswahlen befaßt sich das Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung mit der Politik der GRÜNEN in den Kommunalparlamenten. Die CDU-Stiftung veröffentlichte eine Studie, die auf der Auswertung der Politik von grünen und bunten Ratsfraktionen in neun Städten und Kreisen, vorwiegend aus Nordrhein-Westfalen, beruht. Sie enthält eine knappe Analyse der sozialen und politischen Herkunft der GRÜNEN und der Leute, die sie wählen. Zusammengefaßt dargestellt werden jeweils die Anträge und Aktionen der grünen Ratsfraktionen zu den Bereichen: Ökologie, Gesundheit, Energie, Frieden; Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik; Stadtentwicklung und Verkehr; Sozialpolitik; Bildung und Kultur. Die Verfasser stellen fest, daß insbesondere im Bereich Ökologie und Gesundheit, aber auch Stadtentwicklung und Verkehr, sowie in anderen Einzelfragen überhaupt keine Notwendigkeit bestehe, daß die "Volksparteien" CDU, FDP und SPD oder jedenfalls jeweils eine von ihnen die aufgestellten Forderungen den Grünen überließe. Vielmehr sei geboten, daß alle "Volksparteien" diese Forderungen aufgriffen und ihren kommunalpolitischen Programmen einverleibten, weil sie sich den – mit dem Einzug der Grünen in die Stadt- und Gemeinderäte – "ge-

wandelten kommunalen Aufgaben" stellen müßten. Eine besondere Aufgabe komme dabei der SPD zu. Auf dem Weg sollen die "Volksparteien" Spielraum gewinnen für einen generellen Angriff auf die GRÜNEN. Koalition mit ihnen komme nicht in Frage. Die Absicht ist, die GRÜNEN als Vertreter "totalitärer" Politik zu isolieren und aufzureiben. Das Stiftungs-Institut argumentiert in Richtung Verbot der GRÜNEN, wenn es ihnen vorthält, ihr Verständnis von Gemeinwohl sei undemokratisch und widerspreche der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die Stiftung hat weitere Broschüren zu diesem Thema angekündigt. (Konrad-Adenauer-Stiftung, Die GRÜNEN in der Kommunalpolitik. Erste Erfahrungen und Konsequenzen, Kommunal-Verlag, Recklinghausen — uld)

Tatsachen und Argumente gegen die Bundesregierung

Wer sich über die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Tätigkeit der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung in den letzten Jahren in einer zusammenhängenden Darstellung informieren will, sollte die von Adamy/Steffen und der Redaktion der Zeitschrift "Sozialismus" herausgegebene Broschüre "Die Wende stoppen. Tatsachen, Argumente, Alternativen zur Politik der Rechtskoalition" lesen. Die Verfasser beginnen bei der Vorbereitung des Regierungswechsels 1980/81: Die heutigen Regierungsparteien und die Kapitalistenverbände führen massive Kampagnen zu dem Thema "Staatsverschuldung/Sozialstaat" und gehen über zur "Mißbrauchs-Debatte". Sie dokumentieren die "Forderungen der Unternehmer und ihrer Politiker" (BDA 1982 und 1983; Lambsdorff-Papier; George-Papier; Albrecht-Thesen usw.). Die "konservative Sozialstaatsreform" behandeln sie in vier Bereichen: Sozialabbau und Umverteilung ("von unten nach oben"); staatliche Verantwortung weiter auf dem Rückzug; Demontage des Arbeitnehmerschutzes; Angriff auf Betriebsräte und Gewerkschaften. Adamy/Steffen u.a. beziffern die finanziellen Verluste für die Lohnabhängigenhaushalte mit 176 Mrd. DM in den letzten drei Jahren und kritisieren als Konsequenz solcherart Politik die Entstehung von Massenarbeitslosigkeit und neuer Armut unter Arbeitslosen und Rentnern. Beschäftigungsförderungs-, Schwerbehinderten-, Arbeitszeitgesetz, Änderungen in den Arbeitslosen- und Rentenversicherungen usw. werden dargestellt. Ihre Alternativen sind: 1. Minderung der Massenarbeitslosigkeit durch Beschäftigungsprogramme, 2. Sicherung von Einkommen und Arbeitszeitverkürzung, 3. Solidarische Finanzierung der sozialen Sicherung, 4. Ausbau der sozialen Sicherung bei Arbeitslosigkeit. (VSA-Verlag, 5 DM — sie)

CSU-Politik

Für verschärfte nationale Gangart gegen die Lohnabhängigen

Die CSU existiert jetzt seit 40 Jahren. Programmatisch gesehen verwandte sie die erste Phase ihrer Parteigründung darauf, die konservativ-christlichen Kräfte in Bayern nach 1945 zusammenzufassen. Das setzte eine politische Beschränkung auf mehr oder weniger "rein bayerische" Themen voraus. Dieser Prozeß war ungefähr 1955 abgeschlossen und die CSU verfolgt seit dieser Zeit stringent den Aufbau einer nationalistischen "Volksbewegung". Dieses programmatische Konzept ist langfristig strategisch angelegt und die CSU kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie innerhalb des reaktionären Lagers in der BRD an keinem einzigen Punkt in dieser Zeit abgewichen ist. Insofern sind häufig geführte Debatten, ob nun Strauß nach Bonn oder doch nicht, relativ zweitrangig. Strauß hatte nach der Wahlniederlage 1980 erklärt, das sei eine "süße Niederlage", denn immerhin hätten über 40 Prozent in diesem Land eine Änderung der "strategischen Grundpositionen" begrüßt. Damit könne er im nächsten Jahrzehnt sehr gut leben, wer immer in Zukunft Kanzler sei. Die Kritik, die die CSU ziemlich massiv an verschiedenen Maßnahmen der Regierung Kohl/Genscher übt, vollzieht sich keinesfalls auf "Bonngedanken" von Strauß, sondern ist das Bestreben innerhalb des konservativen reaktionären Lagers, den latenten Faschismus der Bourgeoisie zu fördern, hoffähig gemacht hat sie ihn schon in weiten Teilen. Sowohl hinsichtlich eines wachsenden Nationalismus und eines gerechtfertigten Expansionismus spielt die CSU ziemlich wichtige Vor-

reiterrollen, aber auch in den Maßnahmen der "Wende"-Regierung, das Eigentum zu Lasten der Arbeit zu schützen und auszubauen. Jüngere Beispiele aus dem Bereich der Außenpolitik und der Sozialpolitik geben für diese Annahme etliche Anhaltspunkte.

Teile der CDU und die FDP wollten im September auf Druck des weltweiten Protestes gegen die Politik des südafrikanischen Rassistenregimes ihrem "Unbehagen" über die Apartheidpolitik Ausdruck verleihen. Nicht etwa über wirtschaftliche Boykott- und Sanktionsmaßnahmen, sondern lediglich über die Kündigung des Kulturabkommens der BRD mit Südafrika. Die CSU ergreift die Initiative. Bereits im Vorfeld der Auseinandersetzungen innerhalb des konservativ-reaktionären Lagers hatte Strauß wissen lassen: "Im südlichen Afrika entscheidet sich die Zukunft Westeuropas in Frieden und Freiheit. Wenn die Bundesrepublik von ihren existenznotwendigen Rohstoffvorräten im südlichen Afrika abgeschnitten wird — ist der Russe der wirkliche Herr in Europa, ohne einen Schuß abzugeben ... Aufgabe einer dem Frieden und der Freiheit verpflichteten westlichen und deutschen Politik kann daher nur sein, der gegenwärtigen Regierung Südafrikas mit Staatspräsident Botha an der Spitze, zur Fortsetzung einer mutigen, gegen innenpolitische Widerstände vorangetriebenen Politik ... nachhaltige Unterstützung zu geben." Eine Umkehr der südafrikanischen Politik wäre nämlich die "Wende hin zu einer Rassentrennung", die jetzt durch Bothas Politik schon so gut wie über-



40 Jahre Parteimitgliedschaft von Strauß in der CSU: Seit 30 Jahren strategisches Wirken für die reaktionäre Sammlungsbewegung

wunden sei.

Parallel zu dieser als Leitartikel im Bayernkurier aufgemachten Erklärung liefen in Bayern etliche gemeinsame Veranstaltungen der Südafrikanischen Freundschaftsgesellschaft und der CSU an, auf denen schwergewichtig immer wieder von in Südafrika lebenden Weißen dargestellt wird, wie die Rassenpolitik bereits überwunden wäre. So verstieg sich Professor Reichert, Nachfolger des Chirurgen Barnard in Kapstadt, zu der Behauptung: Die Tatsache, daß in seinem Hospital immerhin 73 Prozent der Patienten schwarz seien, ist genug Beweis für eine "Gleichbehandlung" der Schwarzen. Der Verfall der "christlichen Sitten" in Reihen der CSU scheint weit fortgeschritten zu sein: Immerhin muß die Tatsache, daß die schwarzen Lohnabhängigen und Unterdrückten als Versuchskaninchen für Herzoperationen der weißen Ausbeuter erhalten "dürfen", als Aufhebung der Rassentrennung verkauft werden.

Eine Woche nach der Erklärung von Strauß und den entsprechenden Propagandamaßnahmen fand dann in Bonn ein Treffen einer CSU- und CDU-Delegation statt. Bekannt wurde als Ergebnis, auch unter Einschluß der Meinung Genschers selbstverständlich: "Nicht die Kündigung des Kulturbankommens wurde beschlossen, sondern seine Erweiterung im Sinne der Einbeziehung aller Volksgruppen in Aussicht genommen." Entsprechendes wurde im Bundestag dann auch beschlossen. Nicht bekannt wurde jedoch, daß die CSU die Situation dahingehend nutzte, mit der CDU grundlegendes im Umgang mit Südafrika für die nächste Zeit zu "vereinbaren":

1. Es existiert jetzt eine völlige Übereinstimmung in der Beurteilung dahingehend, daß zu keiner Zeit wirtschaftliche Sanktionen oder Boykottmaßnahmen von deutscher Seite in Frage kommen.
2. Nicht die südafrikanische Regierung sei Verursacher der Unruhen, sondern die Kommunisten im ANC, die eine Rassentrennung nach Schwarz und Weiß anstreben.
3. Eine aufgezwungene Formgleichheit (Ein Mann, eine Stimme) diene weder Gerechtigkeit noch Freiheit, sondern führe nur in das Chaos.
4. Südafrika ist auch für die Zukunft ein Prüfstein und eine Prüfung für die Handlungs- und Verantwortungsfähigkeit der Unionsparteien. Sie werden in Zukunft ihre Verantwortung noch ernster nehmen.

Der reaktionär-faschistische Flügel hat in der Union seine Positionen durchgesetzt, mit dieser "Erklärung" hat eine konservativ-liberale Richtung nicht mal mehr die Chance, sich zu artikulieren. So verkündete dann im Oktober der Bayernkurier: "Die

CSU sorgte für Klarheit: Einen dramatischen Augenblick lang hatte es den Anschein, als sei die Bonner Haltung gegenüber Südafrika unklar, als wüßten die Deutschen nicht, auf wessen Seite sie stehen. Die Kontinuität der CDU/CSU ist jetzt festgelegt: ... für Demokratie und gegen totalitäre Machtergreifung, für Gleichberechtigung und gegen Unterdrückung, für wirtschaftlichen Fortschritt und gegen Hungerdiktatur."

In der Sozialpolitik hat sich die CSU im letzten halben Jahr u.a. darauf konzentriert, die Arbeitslosenversicherung als Solidarprinzip restlos zu kappen. Für Strauß ist Sozialpolitik "freiheitliche Ordnungspolitik", deshalb müsse sich in diesem Lande auch durchsetzen, daß Sozialpolitik nur auf Eigenverantwortung des Einzelnen geleistet werden könnte. Im Frühjahr kam von der CSU der Vorschlag, aus dem Arbeitslosenheer endlich die "Unechten" auszusortieren. Dieser Frontalangriff scheiterte bereits in

zwei Millionen Arbeitslosen verbergen sich höchst unterschiedliche Schicksale. Die starre Zählung all jener, die bei den Arbeitsämtern arbeitslos gemeldet sind, gibt keinerlei Aufschluß über die jeweils unterschiedliche Betroffenheit. Aber nur wenn über das gesamte soziale Umfeld der Arbeitslosen Informationen vorliegen, ... kann den einzelnen Problemgruppen schneller und gezielter geholfen werden."

Das Ziel dabei ist klar: "Ausscheidung" der "unechten Arbeitslosen" von der Förderung, Zerstörung des Solidarprinzips der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung, das alles verpackt in vordergründig soziale materielle Hilfe für einen Teil, in diesem Fall der älteren Langzeitarbeitslosen. Das alles soll Gelder für weitere eigenschaftsfördernde Maßnahmen freisetzen: So will die CSU in nächster Zeit beschließen wissen, daß "Arbeitslose, die in Zukunft an einer beruflichen Bildungsmaßnahme teilnehmen, um



Wie die CSU sich für die Landtagswahlen 1986 in Bayern selbst sieht: Keine Chance für die SPD, das "christliche Bollwerk" zu knacken

den Reihen der Union, Widerstand kam vor allem geschlossen vom christlichen Gewerkschaftsflügel. Im Juli ergriff die CSU erneut die Initiative: Die Anspruchsdauer sollte für ältere Arbeitslose über 49 Jahre verbessert werden, also eine Verlängerung der Bezüge von zwölf auf 18 Monate. Mittlerweile ist das beschlossene Sache. Allerdings hat die CSU dabei ebenfalls ihr ursprüngliches Anliegen mit durchgekriegt: Die Unionsparteien haben sich darauf geeinigt, ein Verfahren auszuarbeiten, in dem in Zukunft für den Bezug von Arbeitslosengeld und auch der Dauer nach der "unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Betroffenheit" des Arbeitslosen gegangen werden soll, "um Leistungsverbesserungen für Arbeitslose zielgerechter zu orientieren". Die CDU hat zugestimmt, die CSU will jetzt die zwei Millionen Arbeitslosen überprüfen, denn "hinter der Zahl von

sich im Anschluß daran selbständig zu machen", aus Geldern der Bundesanstalt für Arbeit gefördert werden sollen. Die Lohnabhängigen sollen also mit ihren abgeführten Versicherungsbeiträgen die Eigentumsbildung fördern – gleichzeitig gibt es ein paar Butterbrote in diesem Fall für Langzeitarbeitslose. Das alles nach dem jetzt immer häufiger öffentlichen propagierten Motto von Strauß: Die CSU werde dafür sorgen, daß in dieser Gesellschaft endlich wieder jeder den Platz einnimmt, der für ihn bereitsteht. Die Praxis konservativer Politik schützt das Eigentum zu Lasten der Arbeit. Die CSU ist schon beim nächsten Schritt, das Recht des einen zu setzen durch den Verbrauch der anderen zu leben, und das nicht nur in der Außenpolitik, sondern in allen innenpolitischen Belangen.

Quellenhinweis: Bayernkurier März bis November 1985 – (kag)

Demonstration gegen "Großen Zapfenstreich"

München. Mit einem "Großen Zapfenstreich" feierte die bayerische Reaktion am 12. November vor der Münchner Feldherrnhalle das 30jährige Bestehen der Bundeswehr. Nach offiziellen Angaben sahen 8000 Besucher das Schauspiel, dessen Durchführung durch ein enormes Polizeiaufgebot abgesichert wurde. 25 Personen wurden als "potentielle Störer" in "Vorbeugehaft" genommen. Ehrengast war Franz Josef Strauß, von 1956 bis 1962 Bundesverteidigungsminister. Vor dem Zapfenstreich demonstrierten rund 300 Personen, die dem Aufruf der Aktionseinheit "30 Jahre Bundeswehr — kein Grund zum Feiern" folgten (vgl. PB 23/85). In zwei Reden, die von der Volksfront und der MLPD gehalten wurden, wurden der aggressive Charakter der Bundeswehr und die Kriegsvorbereitungen, die die westdeutschen Bourgeoisie gestützt auf das Grundgesetz betreibt, angeprangert. In Sprechchören wurde u.a. "Kein Pfennig mehr für die Bundeswehr" und "30 Jahre Bundeswehr — stärken wir die Gegenwehr" gerufen. Trotz einiger Polizeiprovokationen konnte die Demonstration geordnet zu Ende geführt werden. — (ror)

Späth lobt den deutschen Landser

Stuttgart. Lothar Späth hat in seinem "Grußwort" anlässlich der Feierstunde zum 30-jährigen Bestehen der Bundeswehr am 30.10. im Neuen Schloß in Stuttgart besondere Akzente gesetzt. Neben den stereotypen Aussagen zur angeblich "grundsätzlich anderen Aufgabe" der Bundeswehr gegenüber der Wehrmacht usw. kam es Späth auf eines besonders an: "Traditionspflege ist regelmäßig auf positive Ereignisse und große menschliche Taten gerichtet, darf aber dunkle Perioden der Geschichte und hier besonders der Militärgeschichte nicht verdrängen... Wenn wir die Militärgeschichte vom Standpunkt der Demokratie betrachten, ist es möglich, große militärische Leistungen als solche anzuerkennen, sofern wir sie nicht aus dem Zusammenhang der verbrecherischen Politik der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Zweiten Weltkrieg lösen. In diesem Fall gedenken wir in großer Trauer der Sinnlosigkeit solcher Leistungen" (Pressemitteilung Nr. 279/85). Ein vornehmer Lob für den deutschen Landser. Tapfer gekämpft hat er am Dnjepr, am Don und an der Wolga und dem "Ivan" das Fürchten gelehrt, und auch sonst in Europa war er allgegenwärtig. Nur haben seine "Leistungen" keine dauerhaften Ergebnisse gezeitigt; dies löst die tiefe Trauer bei Späth aus. Aber seine Botschaft ist klar: Bei gleicher "Leistung" soll's beim nächsten Mal nicht sinnlos gewesen sein. — (thk)



Ostenholz. Die "Kämpfende Jugend" führte in Ostenholz vor 200 Teilnehmern Brecht's Gedicht "Legende vom toten Soldaten" auf — in unmittelbarer Nähe der zentralen Militärparade der Bundeswehr. In Bitburg wurde die Aufführung verboten. Grußadressen kamen u.a. vom AStA Oldenburg, JUSOS Celle und Hanne Hiob. Bild: Der tote Soldat wird zum Eroberungskrieg belebt.

Ärzte-Initiative: Widerstand gegen die Kriegsvorbereitung

München. Auf einer Veranstaltung der Ärzte-Initiative Münchens, an der 600 Menschen teilnahmen, lehnten Vertreter der "Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges" (IPPNW) Katastrophenmedizin und Zivilschutz als Teil der Kriegsvorbereitung der BRD ab. Sie würden sich kein militaristisches Denken durch kriegsführende Nato-Regelungen einbläuen lassen, in denen sich die Hilfe für den Einzelnen immer militärischen, kriegerischen Gesichtspunkten unterzuordnen habe. Außerdem verwiesen sie darauf, daß die Stadt München an einzelnen Kliniken bereits sämtliche Mitarbeiter auf Grundlage des faschistischen Gesetzes vom 30.3.1935 zur "Vereinheitlichung des Gesundheitswesens" erfasse. Nach Aussagen der Stadt ist dieses Gesetz noch in Kraft, weil der "Bundestag noch keine Zeit fand, es zu überarbeiten". In der Diskussion meinten mehrere, vor allen Dingen ältere Ärzte, gegen die Kriegsvorbereitungen der BRD helfe nur noch eines: Widerstand. — (kag)

Bremer NPD-Landesparteitag im Geheimen

Bremen. Streng abgeschirmt von der Öffentlichkeit führte am Samstag, den 23.11., die NPD ihren Landesparteitag durch. Die VVN verteilte in der Innenstadt Flugblätter. Um 11.30 Uhr fand eine Demonstration statt, initiiert von einem Aktionsbündnis, einem Zusammenschluß von Linken, Autonomen: Daran beteiligten sich ca. 250 Leute (u.a. KPD, Volksfront, MLPD). Verhindert werden konnte der NPD-Parteitag nicht, da der Tagungs-ort nicht bekannt war — offensichtlich hatte die NPD diesen außerhalb Bremens verlegt. Ein Aufspüren der Nazis auf dem Abfahrtsplatz mißlang. Eine Aufforderung an den Bremer Se-

nat, den NPD-Landesparteitag zu verhindern, war von 13 Organisationen unterschrieben worden, darunter vielen Einzelgewerkschaften. Ungenügend war jedoch, daß diese sich nicht zu einer machtvollen antifaschistischen Demonstration und Kundgebung in Bremen entschließen konnten. — (gef)

"Kanal-Lebküchner" schürft im Sumpf

Heilbronn. Mittlerweile ist der zehnte Prozeßtag gegen die Entsorgungsfirma Kanal-Lebküchner vorbei. Das Urteil soll im Dezember erfolgen. Was war geschehen? Am 12.5. 1979 auf Drängen der ÖTV wird von den Beschäftigten der Firma ein Wahlvorstand für die Wahl eines Betriebsrates gewählt. Am 23.5.1979 wird einem Mitglied des Wahlvorstandes fristlos gekündigt. Am 18.10. prügelt der Chef einen Arbeiter mit einem Gummischlauch. Am 29.11. folgt eine Kündigung gegen einen Betriebsrat. Zwei Monate später erneute Prügel vom Chef gegen einen anderen Arbeiter. Mit Hilfe der ÖTV werden alle Kündigungen für nichtig erklärt. Schmerzensgeld wird gezahlt. Durch Enthüllungen in einem Flugblatt der ÖTV über nicht genehmigte Lager und illegale Entsorgung von Giftmüll kommt es zu einem Ermittlungsverfahren. Nur durch beharrlichen Druck durch die Öffentlichkeit und die ÖTV beginnt über den Umweg des Nachweises der Verschleppung durch die Staatsanwaltschaft im Oktober 1985, nach 5 Jahren (!) der Prozeß gegen Kanal-Lebküchner. Als nachgewiesen gilt bisher: Annahme von etlichen Tonnen Sondermülls, Öl und chlorierte Kohlenwasserstoffe enthaltend, aber Ablieferung nur eines erheblich geringeren Teils bei einer saarländischen Firma, Auffinden derselben Stoffe in einer Mülldeponie in einem Wasserschutzgebiet. — (thc)

Lufthansa-Streik

Die Chronik eines Streiks um das Prinzip der Tarifpolitik

Frankfurt. Wenn man in der Woche vom 12.-15. 11. die Medien verfolgt hat, so muß man glauben, daß bei der ÖTV einige "radikale Aktivisten", "Gleichmacher" etc. das Heft in die Hand genommen haben, um die Lufthansa zu bestreiken.

Wie ist zu erklären, daß die "besonders Privilegierten eines Staatsunternehmens mit Hilfe der Mitgliedsbeiträge der Müllmänner" (ein Kommentator in der ARD) wegen 75.- DM in den Streik treten? Um was ging es wirklich?

Einmal ging es um eine Vorruhestandsregelung, die auch gerade für Schichtarbeiter so attraktiv ist, daß die davon betroffenen Kolleginnen und Kollegen diese Regelung in Anspruch nehmen. Zum anderen ging es um die Tarifpolitik insgesamt bei der Deutschen Lufthansa. Nicht 75 DM

hansabeschäftigte auf bis zu 140 DM aus der Gewinnbeteiligung verzichten sollten, damit eine relativ kleine Gruppe von ca. 3000 bis zu 1800 DM erhielt.

Die ÖTV hatte in den letzten Jahren aufgrund der Tarifstruktur bei der DLH immer wieder versucht, die "Schere" zwischen Höchst- und Niedrigverdienern enger zu machen. Dies gelang ihr nur begrenzt durch abgestufte Prozentforderungen oder durch zusätzliche Sockelbeträge bzw. Einmalzahlungen ("soziale Komponenten"). Nachdem die DLH-Vorstände weder einen akzeptablen Vorruhestandstarifvertrag anboten, noch bei der Gewinnbeteiligung auf die ÖTV-Forderung eingingen, wurde vom Tarifsekretariat der "Kampf für eine gerechte Tarifpolitik" ausgerufen. Klar war zu diesem Zeitpunkt, daß der Or-

Das von Minister a.D. G. Leber ausgehandelte Ergebnis, von dem die Streikenden aus den Abendnachrichten erfuhren, (obwohl ihnen noch drei Stunden vorher gesagt worden war, daß kein Abschluß ohne Zustimmung der gewählten Gremien möglich sei) sah wie folgt aus:

- eine verbesserte Vorruhestandsregelung für Schichtarbeiter
- ein erhöhter Mindestbetrag (1060 DM) bei Akzeptierung der Auszahlungskriterien wie von DLH von Anfang an vorgeschlagen (850 DM plus 6%)
- eine unverbindliche Erklärung des DLH-Vorstandes, daß er keine Wende in der Tarifpolitik beabsichtige.

Die 6000 (von 10000) aktiv Streikenden waren empört darüber, daß der Streik abgebrochen worden war, bevor die Streikauswirkung für die Lufthansa richtig bemerkbar wurde; jedoch hatten sich früher aktiv gewesene und fortschrittliche Kollegen wieder reaktiviert, neue junge Kollegen waren aktiv im Streik und sind bereit weiterzuarbeiten. Dies sind notwendige Voraussetzungen für die kommenden Auseinandersetzungen, und viele werden beim nächsten Mal das Verhalten der ÖTV-Führung genauer beobachten und illusionsloser in die nächsten Auseinandersetzungen gehen. Damit die Bereitschaft, den Kampf gegen die Sozialpartnerschaft auch bei anderen Fragen zu führen, anhält, muß noch viel getan werden. — (E.M., KG)



mehr war das Ziel des Streiks, sondern es ging bei der Forderung um 100 DM Festgeld für alle darum, eine Wende in der Tarifpolitik insgesamt zu verhindern.

Seit mehr als zehn Jahren wurde die Gewinnbeteiligung bei der Deutschen Lufthansa AG (DLH) (wenn es eine gab) als einheitlicher Betrag ausgezahlt. In diesem Jahr wollte der Vorstand von der bisherigen Regelung abgehen. Leistung sollte sich wieder lohnen! Man wollte weg von der "Gleichmacherei", nicht nur bei der Gewinnbeteiligung, sondern auch bei den Lohnstarifverhandlungen. Laut Tarifvertrag werden bei der DLH Gehälter zwischen 1800 DM (einfache Hilfstätigkeiten) und 18000 DM (Jumbokapitän) im Monat gezahlt. Es ging also darum, um es auf einen einfachen Nenner zu bringen, ob ca. 25000 Luft-

ganisationsgrad (ca. 30%) insgesamt zu niedrig war, um die DLH langfristig zu treffen. Trotzdem wurde nach erfolglosen Verhandlungen zur Urabstimmung aufgerufen. Außer dem Ergebnis, daß 82% der ÖTV-Mitglieder sich für Streik aussprachen, waren noch ca. 1000 Neuaufnahmen in die ÖTV zu verzeichnen.

Nach erneuten Verhandlungen, bei denen von der Tarifkommission ein "Kompromiß" von 1025 DM akzeptiert worden war, wollte der Geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV (GHV) die Auseinandersetzungen eigentlich beenden. Die aktiven ÖTV-Vertrauensleute und -Mitglieder organisierten jedoch Protestkundgebungen, und unter diesem Eindruck beschloß die Tarifkommission dann, das letzte DLH-Angebot abzulehnen. So wurde der Streik ausgerufen.

Schiff der Zukunft

Rationalisierung und Senkung der Kosten

Kiel. Im Oktober 1985 wurde von der Howaldtswerke-Deutsche-Werft AG in Kiel das erste "Schiff der Zukunft", der 27250 tdw Containerfrachter "Norasia Samantha", abgeliefert. Drei weitere Aufträge liegen vor. "Wir haben in der Welt jetzt die Nase ein Stück vorn", kommentierte der HDW-Vorstandsvorsitzende Neitzke diesen Vorgang. Das Projekt "Schiff der Zukunft", seit 1980 gefördert durch das Bundesministerium für Forschung und Technik (BMFT) mit 50% der Kosten, wurde unter der Projektleitung von HDW und der Beteiligung von weiteren 30 Firmen sowie mehreren Technischen Universitäten durchgeführt. Die festgelegten Ziele waren "Rationalisierung des Schiffsbetriebes" und Kostensenkung bei der Produktion. Von 100 "Neupunkten" im Schiffbau wurden 70 bei diesem Schiff verwirklicht. Mit der Umwandlung der Brücke in eine mit allen elektronischen Geräten ausgerüstete "Schiffsführungszentrale" sowie einer "Schiffsbetriebszentrale" zur Überwachung der gesamten Maschinen soll eine Besatzungsstärke von nur noch 14

Mann erreicht werden.

Bei der Produktion des Schiffes wurden Kostensenkungen durch Veränderung der Konstruktion erreicht. Die Brücke wurde nach hinten versetzt, so daß der Motor eineinhalb Monate später eingebaut werden kann. Reparaturen am Motor können durch die Decks Luke jederzeit vorgenommen werden. Durch Konzentration der Überwachungstätigkeit beim Schiffsbetrieb, der Verbesserung der Kühlung der Aggregate und der Optimierung der Entlüftung wurden auch Installationen wie Entlüftungsröhre eingespart. Ziel des Produktionsablaufes war, die Anfertigung an Bord auf ein Minimum zu reduzieren. So wurden z.B. in der Rohrschlosserei ganze Pumpengruppen hergestellt. Bei der Elektrik wurden Kabelbahnen bereits in die vorproduzierten Sektionen eingebaut. Mit einem verfeinerten Baukastensystem konnte die Produktionszeit um 1/4 gesenkt werden. Damit sind neue Maßstäbe für die Produktionszeit gesetzt. Die IGM lobte in der Nr. 21 der Metall, auf der Lokalseite Hamburg, die Spitzenleistungen der westdeutschen Werftindustrie als Untermauerung ihrer Kritik an der Kürzung der Werfthilfe durch die Bundesregierung. Leider stellte sie nicht fest, daß diese sogenannten "Spitzenleistungen" auch Ausdruck einer verschärften Ausbeutung sind. Quellen: Kieler Nachrichten, versch. Artikel 85; Hansa 14/85. — (kaq)

"Marktgerecht entlassen"

Commodore reduziert Stammebelegschaft

Braunschweig. Entlassungen bei Commodore in den USA, aber nicht in Braunschweig, berichtete die örtliche Presse am 24.8.85. 700 Beschäftigte, ca. 15%, wurden in den USA entlassen. Im Braunschweiger Werk ist aus "heutiger Sicht" kein Personalabbau geplant, erklärte Werksleiter Joswig. 1984 machte Commodore Int. einen Umsatz von 1,129 Mrd. DM (plus 21,8%). Die Basis dafür sind Heimcomputer (VC 64), mit denen die Firma in der BRD einen Marktanteil von 70% hält. Für das Geschäftsjahr 84/85 wird ein Umsatzrückgang auf 900 Mio. DM vermeldet. Das liegt im Trend der gesamten Computerindustrie. Die deutsche Tochter hatte dagegen noch deutliche Umsatzsteigerungen von 35%. In der BRD liege man mit dem Absatz von Personalcomputern sogar vor dem Marktführer IBM, ließ Joswig verlauten.

Wieso kann Commodore seine Marktposition ausbauen? 1980 wurde die Ansiedlung des Montagewerkes mit städtischen Mitteln subventioniert. Dazu Zonenrandförderung und Gelder der BfA zur Eingliederung Ar-

beitsloser. 220 Beschäftigte hat die Stammebelegschaft. Die Montiererrinnen bekommen ca. 11 DM/Std. Ein Tarifvertrag gilt nicht. 20 bis 30 Jobber füllen regelmäßig die Lücken auf.

Die USA-Meldung war wenige Tage alt. Neun Frauen, vornehmlich aus der Montage, erhielten die Kündigung. Betroffen: alte, kranke und aktive Gewerkschafter. "Kündigungen sind etwas ganz Normales", besonders bei "schlechter Auftragslage", versuchte Joswig am 6. September zu beschwichtigen. Als ihn eine Kollegin zur Rede stellte, "warum denn Leute entlassen, wenn auf der anderen Seite Jobber ins Werk kommen", wurde sie zum Einzelgespräch gebeten. Er bot ihr einen Arbeitsplatz in einem Zulieferbetrieb an und wollte sie sogleich hinbringen. Sie lehnte ab. Am Nachmittag bekam sie ihre Kündigung.

Der Betriebsrat lehnte die Kündigungen ab. "Sie wollen eine pflegeleichte Belegschaft wie in Amerika: Wenn die Firma Arbeit hat, sollen sie reinmarschieren, und danach wieder raus." Die gefeuerten Frauen gingen mit Hilfe der IG Metall vor das Arbeitsgericht. Als die erste Kollegin eine einstweilige Verfügung auf Weiterbeschäftigung erwirkte, wurde sie vom 2. Bevollmächtigten der IGM zum Arbeitsantritt begleitet. Geschäftsführer Joswig ließ sich verleugnen. Mit der Androhung, 30000 DM Zwangsgeld zu vollstrecken, konnte die Weiterbeschäftigung bis zur arbeitsgerichtlichen Klärung durchgesetzt werden. Die massive Gegenwehr ließ die Geschäftsführung einen Teil der "betriebsbedingten Kündigungen" zurücknehmen. Die anderen sollen durchgesetzt werden. Die Gründe sind eine Farce. Denn zugleich sind Zeitverträge für 218 Montiererrinnen, eine fünfständige Spätschicht und Samstagarbeit bis Weihnachten eingeführt worden, dann ist das Geschäft gelaufen. "Marktgerecht" hat Joswig für die Zeit nach Weihnachten und Silvester Zwangsurlaub verhängt, der wie 1985 auch im Februar 1986 wieder droht.

Quelle: Metall 21, 23, BZ.— (Rok)

Karstadt

Heimwerkerlager Billbrook vor Schließung

Hamburg. Der Vorstand der Karstadt AG hat beschlossen, das Zentrallager für Heimwerkerartikel in Hamburg Billbrook zu schließen. Das Lager in Billbrook soll u.a. aufgrund seiner dezentralen Lage im Norden und der hohen Gehälter nicht kostendeckend geführt werden können. Stattdessen wird in Dortmund der Betrieb des Heimwerkerlagers Anfang 1986 aufgenommen. Dies ist ein weiterer Schritt hin auf dem Weg zum

Zentrallager in Unna. Der Karstadt-Vorstand hat in Unna bereits ein 300000 qm großes Grundstück gekauft, um dort ein Zentrallager für Stapelware zu errichten. Stapelwaren sind die Waren, die sich gut stapeln lassen. Von Unna aus sollen dann alle 157 Filialen im Bundesgebiet mehrmals wöchentlich beliefert werden. Der Vorstand erwartet von der Zentralisierung ungeheure Einkaufsvorteile, eine fast 100%ige Warenpräsenz, Umsatzsteigerung und v.a. Personaleinsparung beim Lagerpersonal in den Verkaufshäusern, aber auch in der Verwaltung. Bei der Schließung



Auch in anderen Karstadt-Häusern kam es dieses Jahr zu Protesten

des Lagers in Billbrook geht der Vorstand wie bei allen Maßnahmen davon aus, den Profit zu steigern. Das erreicht er dadurch, daß er Personal entläßt und der Lohn gesenkt wird. Knapp 40 Beschäftigte sind von Entlassung bedroht, und in Dortmund müssen die Kapitalisten weniger Lohn zahlen. Der Billbrookter Betriebsrat kämpft für die Übernahme aller Kollegen und will einen Interessenausgleich/Sozialplan abschließen. Die Geschäftsleitung hat Verhandlungen darüber zunächst mit dem Betriebsrat abgelehnt und erst nach massiven Protesten der Kollegen Verhandlungen zugestimmt. Der Betriebsrat will 1.) daß alle Kollegen in Billbrook in die Vereinbarung mit einbezogen werden sollen, 2.) daß möglichst alle in anderen Abteilungen oder Filialen untergebracht werden, 3.) daß bei einer Umsetzung keiner abgruppiert wird oder Lohneinbußen hinnehmen muß für 2 1/2 Jahre, 4.) daß diejenigen, die evtl. entlassen werden, eine Abfindung nach der Formel (Lebensalter x Betriebszugehörigkeit x Gehalt : 50) erhalten. Auf einer Betriebsversammlung haben alle Beschäftigten des Lagers Billbrook eindrucksvoll deutlich gemacht, daß sie voll hinter diesen Forderungen stehen. Nach dieser Betriebsversammlung war die Geschäftsleitung gezwungen, die Forderungen im Wesentlichen zu erfüllen. — (wos)

Bayerisches Personalvertretungsrecht

CSU-Novelle: Weiter Richtung "Betriebsgemeinschaft"

München. Im Oktober beschloß die Landtagsfraktion der CSU, einen Gesetzentwurf zur Novellierung des bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG) einzubringen. Politisch wesentlicher Inhalt ist die Herabsetzung des Unterschriftenquorums für Wahlvorschläge für den Personalrat sowie die "Anpassung der Beteiligungsrechte an den verstärkten Einsatz automatischer Datenverarbeitung im öffentlichen Dienst". Die ansonsten ziemlich umfangreichen Änderungen sollen — wie es in der Begründung heißt — "aufgetretene Zweifelsfragen klären".

Das Quorum für die Mindestzahl von Unterschriften wird herabgesetzt von bisher 10%, höchstens aber 100 Unter-

internen Querelen gebunden sei". Darüberhinaus wird kritisiert, daß "Grundsätze, die für politische Wahlen gelten, auf Personalratswahlen" unzulässig übertragen werden: "In Parlamenten sollen möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen repräsentiert sein ... Personalräte dagegen sollen die Interessen von Arbeitern, Angestellten und Beamten gegenüber dem öffentlichen Arbeitgeber vertreten. Der gemeinsame Standpunkt ist Bedingung des Erfolgs ...". Der Hinweis auf den Interessengegensatz gegenüber der beabsichtigten Einführung von Prinzipien "repräsentativer Demokratie" in die Dienststellenverwaltung ist von einigem Gewicht. Das Konzept der "Demokratisierung" ist



Ende Juni veranstalteten die ÖTV-Bezirke Bayern und Baden-Württemberg ein Seminar über Personalinformationssysteme im öffentlichen Dienst.

schriften, auf künftig 5%, höchstens aber 50 Unterschriften. Ziemlich schnell hat die CSU damit eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 16.10.84 benutzt, in der eine mit der Wahlbestimmung des BayPVG gleichlautende Vorschrift im Bundespersonalvertretungsgesetz für nichtig erklärt wurde. Mit der juristischen Begründung, daß "es für das Quorum keinen zwingenden Grund gebe", "eine übermäßige Beschränkung der Allgemeinheit und Gleichheit der Personalratswahlen" vorläge und die "Reichweite der Koalitionsfreiheit verkannt sei", sollten die Positionen von DAG, Beamtenbund u.ä. in den Personalräten gestärkt werden. Die ÖTV argumentiert demgegenüber hauptsächlich damit, daß "statt an den gemeinsamen Interessen der Beschäftigten orientierte Arbeit zu leisten, künftig die Kraft der Personalräte von

reaktionär, nicht nur weil die gelben Gewerkschaften gestärkt werden sollen. Vielmehr wird ein Schritt in Richtung offener Verneinung von Interessengegensätzen unternommen, d.h. der ständischen Betriebsgemeinschaft wird eine weitere Bresche geschlagen. Und die CSU bleibt auf diesem Weg nicht stehen. Kürzlich schlug Konrad Kobler, CSU-MdL, Mitunterzeichner der PVG-Novelle, in seiner Eigenschaft als niederbayerischer Vorsitzender der CSA vor, die reine Listenwahl des PVG zu ersetzen durch "Kommunalwahlprinzipien": Es sei "demokratischer, wenn künftig die Beschäftigten quer durch die Listen von Berufsverbänden und Gewerkschaften die Kandidaten ihres Vertrauens wählen können".

Der Grund der zweiten wichtigen Änderung des PVG, der Anpassung der Beteiligungsrechte des Personalrats

an den "verstärkten Einsatz neuer Technologien", besteht in der Absicht möglichst reibungsloser Durchsetzung umfangreicher Rationalisierungsvorhaben mittels automatischer Datenverarbeitung sowie Personalinformations- und -überwachungssystemen. Die CSU-Fraktion hat in ihrer Begründung klargestellt, daß es ihr nicht etwa um eine Verstärkung von Rechtspositionen von Personalräten gegenüber den Dienstherrn geht, sondern um "eindeutige juristische Handhabung" und "Schaffung eines höheren Maßes von Akzeptanz bei der Einführung neuer Verfahren".

Künftig soll der Personalrat ein eingeschränktes Mitbestimmungs- und Initiativrecht erhalten bei — 1. "Einführung und Anwendung technischer Einrichtungen, die dazu geeignet sind, das Verhalten oder die Leistung der Beschäftigten zu überwachen" und — 2. bei "automatisierten Verfahren zur Personalverwaltung". Der erste Tatbestand existierte bislang in etwas abgeschwächter Form als Mitwirkungsrecht, d.h. das Vorhaben mußte mit dem Personalrat "erörtert werden", entschieden wurde — bei Streit — von der übergeordneten Dienststelle. Der zweite Tatbestand wurde neugeschaffen. Die Einstufung dieser Beteiligungsrechte als "eingeschränkte" — statt als "uneingeschränkte" — Mitbestimmungsrechte hat zur Folge, daß nicht die paritätisch mit "neutralem" Vorsitzenden besetzte Einigungsstelle, sondern, unter Zwischenschaltung der Einigungsstelle, das Ministerium als oberste Dienstbehörde letztlich entscheidet. Begründet wird diese "Einschränkung" von der CSU mit der "Ministerversantwortlichkeit gegenüber dem Landtag und den haushaltsmäßigen Konsequenzen". Es ist nicht auszuschließen, daß die Christlich-Sozialen mit der Veröffentlichung des Gesetzentwurfs zum jetzigen Zeitpunkt auch noch auf die Entscheidung des Hessischen Verfassungsgerichts hofs über das novellierte hessische PVG einwirken wollten. SPD und Grüne hatten dort einen — allerdings wesentlich umfangreicheren — Mitbestimmungskatalog der Einigungsstelle zur abschließenden Entscheidung zugewiesen. Der Landesanwalt hatte daraufhin Klage erhoben mit der Begründung, "die verfassungsmäßige Verantwortung der Regierung sei beeinträchtigt".

Was letztlich die beabsichtigten Änderungen zwecks Beseitigung von "Zweifelsfragen" betrifft, so handelt es sich im wesentlichen um die gesetzliche Festschreibung bislang schon restriktiver Rechtsprechung, wie z.B. die Begrenzung bezahlter Freistellungen von Personalräten für Ausbildungsmaßnahmen auf drei bzw. fünf Tage.

Quellenhinweis: Gesetzentwurf der CSU-Landtagsfraktion; ÖTV-Magazin, div. Ausgaben. — (ola)

Volkstrauertag

**HIAG-Waffen-SS-Treffen
wurde verhindert**

Celle. Am "Volkstrauertag" mußten Alt- und Jungfaschisten am Soldatenfriedhof Essel eine Niederlage einsacken. Seit mindestens 20 Jahren treffen sich dort, im Landkreis Soltau-Fallingb., bis zu 500 Faschisten zum "Heldengedenken": HIAG, Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes, Wiking-Jugend, ANS und ausländische Faschisten.

Sie "gedenken" der "Schlacht von Essel" im April '45, wo die "SS-Panzerdivision Hitlerjugend" mit ihren "Kindersoldaten" das Vordringen der Briten über den Fluß Aller verhindern sollte. Höchste SS-Kreise wollten Zeit gewinnen, um in letzter Sekunde einen "Bündniswechsel" der westlichen Alliierten gegen die Sowjetunion hinzubekommen. Dies mißlang bekanntlich; allein in Essel starben dafür 114 Jugendliche.

Im vorletzten Jahr wurden Antifaschisten verprügelt, letztes Jahr gab es lediglich ein "Gegengedenken"; diesmal sollte sich Ähnliches nicht wiederholen. In einem gemeinsamen Aufruf-Flugblatt, getragen von den Falken Nds., verschiedenen Ortsgruppen der Grünen, Volksfront, BWK, Antifa Celle und Walsrode sowie Einzelmitgliedern der VVN, heißt es u.a.:

"Bis 1977 fand eine gemeinsame Veranstaltung (der Faschisten) mit der Gemeinde Essel auf dem Friedhof statt. Als der Esseler Bürgermeister keinen HIAG-Redner zulassen wollte, erhielt er daraufhin Drohbriefe. Als der Schwarmstedter Pastor in seiner Rede auch der sowjetischen Toten und Opfer des Nazi-Regimes gedachte, konnte dieser unter Rufen wie 'Volksverräter' und 'vergasen' vor den tätlichen Angriffen gerade noch den Platz verlassen. Seitdem sind die Faschisten unter sich, seitdem entwickelt sich Essel mehr und mehr jeweils am 'Volkstrauertag' zur Großkundgebung für faschistische Kampfziele:

— Die Errichtung des 'Großdeutschen Reiches' und der 'Neuordnung Europas' wird durch das Absingen des 'Deutschlandliedes' 'von der Maas bis an die Memel' gefordert.

— Der Eroberungskrieg 'gegen die russische Dampfwalze' wird propagiert.

— Die Zerschlagung der Gewerkschaften, der brutale Terror gegen die Arbeiter- und demokratischen Parteien, das KZ-System und die blutrünstige Ausrottung ganzer Völkerschaften werden unverhüllt gerechtfertigt."

Ebenso mobilisierten verschiedene autonome und andere antifaschistische Gruppen zur Demonstration. Die Kreisdelegiertenversammlung der ÖTV-Kreisverwaltung Nord-Ost-Niedersachsen forderte am 26.10. das



"Verbot der HIAG-Waffen SS und aller faschistischen Organisationen" sowie des "Heldengedenkens" in Essel. Der VVN-Landesverband protestierte zwar beim Innenminister gegen die Veranstaltung, rief aber als Verband nicht auf. Die Fraktion der Grünen brachte im Landtag eine Anfrage an die Landesregierung ein.

Am 17.11. demonstrierten dann 700 bis 800 Antifaschisten, "begleitet" von einigen Hundertschaften, zum Soldatenfriedhof. Der Friedhof wurde knapp fünf Stunden blockiert. Einige Faschisten holten sich eine blutige Nase, ein Trupp junger Neonazis wurde verjagt, ein anderer von der Polizei abgedrängt. Die "HIAG-Gedenkfeier" fand nicht statt. — (akl)

Volkstrauertag

**Kranzniederlegung
der NPD verhindert!**

Essen. Im letzten Jahr wurde die zentrale Feier am Volkstrauertag von faschistischen Organisationen wie der "HIAG" ("Hilfsorganisation" der Angehörigen der ehemalige Waffen-SS), der "Wiking-Jugend", heute als offizielle Jugendorganisation der "FAP" bekannt, und der NPD zu öffentlichen Auftritten genutzt. Ungehendert legten die "HIAG" und die "Wiking-Jugend" unter den Augen von OB Reuschenbach (SPD), der die Rede hielt, ihre Kränze nieder. Die NPD verteilte Flugblätter, auf denen sie "den deutschen Soldaten" als den "besten Soldaten der Welt", der in beiden Weltkriegen tapfer "die deutsche Heimat" verteidigt habe, ehrte.

In diesem Jahr wurde das Auftreten der Faschisten durch Mitglieder einer Aktionseinheit aus: Autonome Essen, BWK, DFU, DFG/VK, DKP, GAL Essen, MC Kuhle Wampe, Falken, SDAJ, Türkisches Zentrum, VVN-BdA, Volksfront und Essener Friedensforum verhindert. Vor dem Friedhof, auf dem die Feier stattfand, wurden Flugblätter mit dem Titel "Keine 'Helden-

verehrung!'" verteilt. 150 Demonstranten verhinderten eine Kranzniederlegung der NPD. Die NPDler mußten mit ihrem Kranz abziehen. Die sofort eingreifende Polizei konnte dies nicht verhindern. Später wurde die NPD-Kranzschleife verbrannt. Die offizielle Feier war mit dem Eingreifen der Demonstranten ebenfalls beendet. Die Antifaschisten versammelten sich dann an den Gräbern der in den Konzentrationslagern Ermordeten. Leider konnte nicht verhindert werden, daß die Polizei die Personalien eines Demonstranten aufnahm; die NPD hatte Strafanzeige gestellt.

OB Reuschenbach, der von der VVN-BdA aufgefordert worden war, in diesem Jahr ein Auftreten der Faschisten zu verhindern, hatte seine Teilnahme an der zentralen Feier vorher abge sagt. Er sprach auf einem Stadtteil-Friedhof. Ein Auftreten der Faschisten untersagte er nicht. Er schob die Verantwortlichkeit dafür auf den Veranstalter "Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge". Vertreter der Stadt nahmen an der Feier teil und legten einen Kranz nieder. Genau wie im letzten Jahr nahmen an der Feier teil: "Bund der Vertriebenen", Polizei, Bundeswehr mit Kampfhelmen und Maschinengewehren. Das Bundesverteidigungsministerium ließ einen Kranz mit der Aufschrift: "Den toten Kameraden" niederlegen.

In dem Flugblatt der Aktionseinheit wurde das Verbot aller faschistischen Organisationen nach Art. 139 Grundgesetz gefordert. Es wandte sich gegen Kriegsverherrlichung am Volkstrauertag durch Organisationen wie den "Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge" und den "Bund der Vertriebenen". "Uns geht es um die Ehrung gemordeter Widerstandskämpfer und Deserteure, die unter Einsatz ihres Lebens den Krieg zu verhindern bzw. zu verkürzen versuchten ..." heißt es unter anderem in dem Flugblatt. — (mab)



"Volkstrauer"-Veranstaltung 1984

Hafenstraße Hamburg

"Es geht ihnen längst nicht mehr um die Häuser, sie wollen unsere Lebensweise zerschlagen"

Hamburg. Die acht Häuser in der Hafen- und Bernhard-Nocht-Straße in Hamburg St. Pauli sind um 1980 schleichend besetzt worden. Einige der ca. 100 Bewohner haben Mietverträge mit der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft SAGA, die allerdings Dezember 1986 auslaufen. Viele der Mieter müssen von Sozial- und Arbeitslosenhilfe leben, manche haben gar kein Geld. In den letzten Jahren mußten sie sich zunehmend gemeinsam gegen Schikanen von Sozial- und Baubehörde, Polizei und Neofaschisten zur Wehr setzen. Im Frühjahr 1985 wurde auf direkte Weisung von Bürgermeister v. Dohnanyi versucht, drei Häuser für unbewohnbar zu erklären, was den sofortigen Abriß bedeutet hätte. Dies konnte durch Öffentlichkeitsarbeit der Bewohner und Unterstützung z.B. durch die autonomen Jugendwerkstätten verhindert werden. Nachstehend ein Bericht von einem langjährigen Bewohner der Hafenstraße.

In diesem Sommer, von Juni bis August, hatte die Polizei hier zwei Monate die Aktion "Raumschutz" laufen: Streifenwagen im Minutentakt auf der Straße, Streifen an den Ausgangspunkten, die uns und auch Besucher gefilzt haben. Das war hier so wie in einem bewachten Ghetto. Bei den Chaos-Tagen (Punk-Treffen im August) hat sich das dann entladen. Dabei hatten wir überall verbreitet, daß wir uns davon distanziert haben, daß es bei uns keine Schlafplätze, kein Essen und keine Fete geben würde. Das Motto war uns einfach zu lässig: "Saufen bis der Doktor kommt", das ist doch die reinste Idiotie. Trotzdem war am Freitag davor der erste Polizeieinsatz. Ein Typ hier hatte ein Blitzlicht benutzt. Wegen "Verkehrsgefährdung" sind dann gleich zwei Polizisten in das Haus rein. Dann ging die Tür zu wegen Luftzug, war innen kein Griff dran. Da haben die einfach Schieß gekriegt. Die Verstärkung stand aber schon bereit. Sie haben versucht, uns von der Straße und den Häusern wegzudrängen, dabei einer Frau einen Schädelbruch verpaßt, aber wir hatten Steine, sie kamen lange Zeit nicht in die Häuser rein. Da haben sie uns das erste Mal mit Schußwaffengebrauch gedroht, das war mit der Zentrale abgesprochen. Sie haben da willkürlich an die 30 Leute festgenommen. Insgesamt war es kein Erfolg für sie.

Am nächsten Abend hatten wir eigentlich mit einem Überfall von Skins gerechnet. Den ganzen Tag war hier ein Hubschrauber rübergefliegen, abends dann ein brutaler Polizeiüberfall. Da haben sie es geschafft, uns von den Häusern abzu drängen. Mit diesem Einsatz wollten sie uns unsere Ohnmacht zeigen angesichts ihres militärischen Apparates.

SPD stoppt Gelder

Schon Tage vor dem Tod von Günther Sare hat dann die SPD ihr sogenanntes Alternatives Baubetreuungsprogramm (ABB) gestoppt. Darüber sollten Gelder für verschiedene Wohnprojekte laufen, Chemnitzstraße, Jägerpassage, Pinnaßberg, Schmilinskystra-

ße; darüber sollten auch die Ausbildungsplätze der autonomen Jugendwerkstätten finanziert werden. Bisher hatte die SPD die Projekte genutzt, um mit staatlichen Mitteln so eine Art Heim- und Handwerkeridylle zu schaffen, wo die Leute drin versacken und sich das Wohlwollen bestimmter Kreise erkaufen. Damit soll jetzt Schluß sein. Das ABB-Programm sah einen 15%-Anteil Eigenleistung in Geld vor, vielleicht konnte das auch abgearbeitet werden, weiß ich nicht

ser.

Hatz auf die Hafenstraße nach Günthers Tod

Dann war der Mord an Günther Sare. Am Samstag war hier eine Blockade. Auf einer Wache haben da die Bullen eine schwangere Frau mit Fußtritten so schwer zusammengeprügelt, daß ihr Kind keine Herztöne mehr von sich gab. Als drei Leute von uns was dagegen gesagt haben, haben sie die mit Maschinenpistolen in Schach gehalten.

Samstag sind dann in Altona tausende Scheiben zu Bruch gegangen, das muß du symbolisch sehen. Die Wut richtete sich gegen die Sanierungspolitik, mit der sie Altona und Ottensen plattwalzen, aber auch so in der Richtung "Wenn Menschen sterben, schweigt ihr, wenn Scheiben klirren, schreit ihr". Die CDU hat alles auf die Hafenstraße geschoben und verlangt: Zerschlagen, die Leute in Knast oder Heime, den Rest über ganz Hamburg



Das kollektiv erstellte Wandbild— "ein Schandfleck" für ganz Hamburg nach Ansicht von Bürgermeister v. Dohnanyi.

sogenau. Wir sehen das aber nicht ein, daß wir mit unserer Arbeit denen ihre ruinierten Häuser wieder aufbauen. Wir lassen uns auf projektmäßige Programme des Senats jetzt nicht mehr ein. Der Senat versucht jetzt eine Spaltung in die guten und die bösen Wohnprojekte, versucht, sich politisches Wohlverhalten zu erkaufen. Ganz können sie die Projekte wohl nicht aufgeben, sonst haben sie gar keine Alternative mehr, nur die Familienideologie, das kann die CDU bes-

verteilen. Die gehen davon aus, wenn sie uns zerschlagen haben, dann haben sie Ruhe in Hamburg. Das glaube ich nicht mal, die Aktionen nach dem Tod von Günther Sare sind viel mehr von Mund-zu-Mund-Propaganda entstanden.

Auf der Bürgerschaftssitzung am 16.10. hat der Lange (Innensenator) dann gesagt, es könne noch schlimmer kommen, er rechne auch Tote mit ein. Das ist doch die direkte Drohung mit Todesschuß gegen uns. Bei der Bullen-

aktion nach der Blockade haben die hier vier Wohnungen total demoliert, Bettzeug zerschneiden, Kassetten in Klos geschmissen — echter Vandalismus war das. Lange hat da auch gesagt, solange er Innensenator wäre, werde es in Hamburg keine zweite Hafenstraße geben, auch kein Wohnprojekt Jägerpassage, in dieser Größe dürfe es nichts mehr geben.

Lochte "findet" die RAF

Auf der Innenministerkonferenz haben die sich dann auf den verstärkten Einsatz von Under-Cover-Agenten geeinigt und in Hamburg Lochte (Verfassungsschutzchef) an die Front geschickt. "Abendblatt" und "Bild"-Zeitung: "Die Gewalt bekommt Struktur — RAF-Frauen in der Hafenstraße". Und eine Woche später bringt die "taz" eine Seite Lochte am Tag der Bürgerschaftsdebatte. Da vertritt er, erst würden wir anpolitisiert von den Autonomen und auch der RAF. Fünf RAF-Leute würden hier wohnen. Mit Leuten wie uns dürften sowieso keine Wohnprojekte laufen, deshalb wären die Mietverträge sowieso ungültig. So sorgt die "taz" dafür, auch unter ihren linksliberalen Lesern den "Ausnahmestandard" für die Hafenstraße vorzubereiten, mit denen sie dann ihre "Rechtsstaatlichkeit" gänzlich über Bord werfen können. Zwei Tage nach dem "taz"-Interview mit Lochte war ein Brandanschlag auf die Häuser hier, der nur durch Zufall entdeckt worden ist, sonst hätte es hier leicht Tote gegeben. Das hat die "taz" natürlich nur unter ferner liefen gemeldet.

Drei Tage nach der Demolierung der "taz"-Redaktion ist dann die Jägerpassage geräumt worden, wo schon stillschweigend Leute eingezogen waren, Licht gelegt hatten usw. Offizieller Grund: Es wären neue Schlösser eingebaut worden. Dabei wußten die Typen von der SAGA genau, wo die neuen Schlüssel lagen. Die Verträge für die Jägerpassage waren schon zwei Monate fertig, der Senat hat nur die Unterschriften hinausgezögert. Der Stopp des ABB-Programms war der Grund und die Hetze nach den Aktionen zu Günthers Tod ein günstiger Vorwand. Sie haben dann groß einen Gasrevolver vorgeführt, um zu zeigen, daß die Leute von der Jägerpassage gewalttätig sind. Gerade gestern haben sie den Leuten von der Chemnitzstraße mit Räumung gedroht, wenn die nicht ein Solidaritätstransparent mit uns vom Haus entfernen. Vor der Räumung der Jägerpassage hatte v. Dohnanyi einen Brief an alle Wohnprojekte schicken lassen, wo die aufgefordert werden, sich von uns zu distanzieren; hat aber, soweit ich weiß, niemand gemacht.

Lage in der Hafenstraße jetzt

Hier betreiben sie jetzt Entmietungsverfahren wegen "Verstößen" gegen

Mietverträge und Mietschulden. Außerdem gibt es eine Anweisung der Sozialbehörde, daß keiner, der hier neu einzieht, Sozialhilfe in irgendeiner Form bekommen darf. Hier stehen auch Bauwagen, für die wir keine Genehmigung bekommen haben. Die sind sicher als nächstes dran. Wenn wir uns dagegen wehren, wird das der Vorwand für die Räumung sein; wenn nicht, werden sie denken, sie haben uns weichgekocht, und werden erst recht räumen. Dann kann das CDU-Konzept rollen. Das ist wie unter Hitler. Die haben hier in Altona und St. Pauli, in den Vierteln, wo sie wegen der KPD keinen Fuß reingekriegt haben, nach der Machtergreifung auch sofort viele ins KZ Neuengamme verfrachtet, in Heime oder in die Vororte umgesiedelt und die Hinterhöfe "entkernt" zur Aufstandsbekämpfung. Es geht denen ja längst nicht mehr um die Häuser, die wollen unsere ganze Lebensweise hier zerschlagen.

Hier können wir leben, kollektiv leben. Es gibt schon einige, die ziehen hier ihre Kleinfamilienidylle durch, können sie auch. Aber wir haben hier ein Plenum, wo wir die wichtigsten Sachen besprechen. Da wird solange diskutiert, bis es eine Übereinstimmung gibt, wir wollen nicht diese Mehrheits/Minderheits-Spaltung. Da kann jeder kommen, wenn er Hilfe braucht. So kleine Sachen am Bau, eine Tür versetzen oder so, da findest du sowieso meist jemanden, der dir hilft. Hier wohnen auch einige, die sonst in Heimen oder in der Psychiatrie leben

mußten, in menschenunwürdigen Zuständen. Wir unterstützen die Leute von hier, die in den Knast müssen. Wenn Geldstrafen fällig werden, wird gesammelt. Wir haben hier ein Cafe und die Volksküche, auch für Leute von außerhalb. Das Einkaufen und Kochen dort wird kollektiv gemacht, das Essen kostet 2 DM Einheitspreis. Es gibt keinen festen Plan, aber es läuft trotzdem oft. Du kannst hier auch deine Wohnung so machen, wie du willst, eine Wand versetzen oder so. Auch ohne Geld kann hier jemand überleben. Das Leben hier ist so eine Art kollektive Sozialversicherung für die Einzelnen, von denen sonst vielleicht einige untergehen würden. Und im Laufe der Jahre haben alle Leute hier Erfahrungen gemacht, ob sie das nun politisch begreifen oder nicht. Es ist so: Erst wenn du dich rührst, spürst du auch deine Ketten.

Wir sind hier jetzt aber so unter Druck, ständig beobachtet und bespitzelt, daß fast alle Energien draufgehen, uns hier zu verteidigen, so daß wir im Verhältnis untereinander nicht mehr viel tun können. Im Dezember machen wir einen Kongreß hier, Silvester, bundesweit mit anderen Wohnprojekten, wo wir über Widerstand diskutieren wollen. Wir wollen uns auch mit den NATO-Konzepten für Aufstandsbekämpfung beschäftigen. Wir machen das auch, damit nationaler Druck aufgebaut werden kann, wenn es hier zur Räumung kommt. — (mek)

Die RAF als Räumungsvorwand von "Bild" bis "taz"

"Die terroristische 'Rote Armee Fraktion' will die Führung in der Hafenstraße an sich reißen. So schätzt der sicherheitspolitische Sprecher der CDU ..., Müller, die neueste Entwicklung ein" ("Hamburger Abendblatt", 5.10.85)

"Fristlose Kündigung der Mietverträge in der Hafenstraße, Umsiedlung in andere Stadtteile, Einweisung der Jugendlichen in Heime, keine neue Unterbringung der Bewohner in größeren Gruppen", fordert die Hamburger CDU. (...) 'Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.' (Perschau, CDU; "Bild"-Zeitung, 1.10.85)

"Die Gefährlichkeit, die von dieser Anarchistenhöhle ausgeht, wächst von Tag zu Tag. Die Räumung wird immer schwieriger, weil die Gebäude von ihren kriminellen Bewohnern verbarrikadiert werden." (Müller, CDU; "Hamburger Abendblatt", 5./6.10.85)

"Aus unserer Sicht sind die Bewohner der Hafenstraße — wenn man so

will — richtungslos und leben in den Tag hinein. Und die werden nunmal aus unserer Sicht benutzt, die werden angemacht, denen wird was vor erzählt. Wenn die so einseitig auf den Trip gebracht werden, dann sehe ich im Endeffekt von der Qualität her eine größere Gewalt. Man kann doch nicht zulassen, daß sich die RAF hier weiter verbreitert und noch mehr Helfershelfer bekommt. Auch die Autonomen wollen da ein Potential gewinnen, das sie einsetzen können." (Lochte in der "taz", 16.10.85)

"Uns wurde klar, was die taz daraus gemacht hatte: das Ziel von Lochte, die Entsolidarisierung von uns in die Linke zu tragen und die aktuelle Bedrohung von uns. Psychologische Kriegsführung hat immer ein operatives und materielles Ziel. Wir können auch sagen: die taz unterstützt Lochte in die Linke rein. Und wollte uns dazu noch als Alibi benutzen, damit's keiner merkt, ihre Funktion darin nicht begriffen wird." (Aus der Erklärung der Hafenstraße vom 29.10.85)

Lohnabschluß im Erwerbsgartenbau

Nach langem Ringen ist es gelungen, mit dem Gartenbauverband Nord zu einem Tarifabschluß für die Erwerbsgärtner zu kommen. (s. Pol.Ber. 22/85). Statt der angebotenen 2,6% im Ecklohn wurden 3,1% ausgehandelt. Bis 31.12.85 gilt eine Erhöhung von 11,34 DM auf 11,64 DM. Ab 1. Januar gilt die neue Erhöhung. Der Ecklohn steigt von 11,64 DM auf 12 DM an. Außerdem wird eine einmalige Pauschale von 52 DM gezahlt. Die Ausbildungsvergütungen wurden 3,1% erhöht. — Die Gärtner im Süden mußten sich mit 2,6% und einem Tag Urlaub begnügen. — (bea)

Streiks bei den Bremer Zeitungen

Bremen. Im Pressehaus, in dem die beiden zur Bremer Tageszeitung AG gehörenden Zeitungen "Weser Kurier" und "Bremer Nachrichten" gedruckt werden, kamen an drei Tagen, am Mittwoch, den 13.11., am darauffolgenden Freitag und Samstag beide Zeitungen nicht heraus. Die Belegschaften einschließlich eines großen Teils der Redakteure streikten. Es geht darum, daß neue Techniken in die Produktion eingeführt werden sollen. Der alte

Über 10000 Einzelhandelsbeschäftigte haben in den letzten Tagen eine Unterschriftensammlung der Gewerkschaft HBV unterstützt. Die HBV fordert in dem Aufruf: "Hände weg vom Ladenschluß! 18.30 Uhr — keine Minute länger! Keine Nachtarbeit im Einzelhandel!" und stellt fest: "Eine Ausdehnung der Ladenschlußzeiten bis 22.00 Uhr bedeutet eine unerträgliche familiäre Belastung und schafft nicht einen Arbeitsplatz mehr." Bild: Demonstration in Dortmund am 19.10. — (gba)

Bleisatz soll dabei ganz entfallen, und die Redakteure und die Angestellten in der Anzeigenabteilung die Manuskripte direkt in die Maschinen eingeben; die Arbeit der Setzer würde dadurch entfallen. Die Belegschaft fordert, daß eine Betriebsvereinbarung, nach der die Setzer bis 1986 nicht entlassen werden können, verlängert wird — die Geschäftsleitung weigert sich. Gleichzeitig zu den Arbeitsniederlegungen fanden Betriebsversammlungen statt. Der Kapitalist schickte an 147 Privatadressen der Beschäftigten Briefe mit der Aufforderung zur Freitagsarbeit, anderenfalls würde er fristlose Kündigungen aussprechen. — (gef, gba)



Nun doch: Anklage gegen Streikbrecher

Stuttgart. Das Strafverfahren gegen einen Zeitungsfahrer, der während des Streiks in der Druckindustrie im Mai 1984 einen Streikposten angefahren und schwer verletzt hatte, wird nun doch eröffnet. Das hat das Landgericht auf Beschwerde gegen eine Entscheidung des Amtsgerichts vom August jetzt entschieden. Dessen Begründung damals: Der Streik sei rechtswidrige Nötigung gewesen; das Überfahren des Streikpostens dagegen Notwehr. Die IG DruPa hatte öffentlich gegen diesen Beschluß protestiert und die Eröffnung des Hauptverfahrens verlangt. — (kuh)

Samstagsarbeit bei Gruner & Jahr

Itzehoe. Bei Gruner & Jahr gilt ab 1.1.86 eine 6-Tage-Produktionswoche. Druckmittel der Geschäftsleitung war die angekündigte Rationalisierung von 70 Druckern und 120 Hilfsarbeitern. Es sollen fünf ältere Rotationen rausgeschmissen und eine neue mit 260 cm Bahnbreite aufgestellt werden. In der Weiterverarbeitung wurde der Abbau von vier Sammelheftern und zwei Klebebindern sowie die Inbetriebnahme eines neuen Sammelhefters A 301 angekündigt. Es soll jetzt eine vierte Schicht eingeführt werden. Am sechsten Produktionstag werden dann von 6 Uhr morgens bis 24 Uhr zwei 9-Stundenschichten gekloppt. Überstundenzuschläge für Samstagsarbeit entfallen, weil dieser jetzt ein norma-

ler Produktionstag ist. Andere Verlagsdruckereien werden versuchen gleichzuziehen. Der Manteltarif hat hier eine klaffende Lücke, denn er ermöglicht aus Standort- und Wettbewerbsgründen die 6-Tagewoche. — (rua)

Blohm & Voss kauft HDW-Hamburg

Hamburg. Obwohl die getrennt tagenden Aufsichtsräte bei HDW und Blohm & Voss am 22.11. noch keinen Beschluß gefaßt haben, sondern sich auf die nächste Woche vertagt haben, gilt das Geschäft als sicher: Blohm & Voss kauft das gerade von Kiel abgestoßene Hamburger Werk Howaldt-Deutsche-Werft für 54 Millionen DM. Die Betriebsräte und die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten beider Betriebe haben sich inzwischen gegen die Fusion ausgesprochen, da weitere Rationalisierungsmaßnahmen mit Entlassungen und Abbau von erkämpften Rechten zu erwarten sind. — (mie)

Streik bei Siemens

Westberlin. 19.11.85 Wegen unzureichendem Arbeitsschutz bei der Bearbeitung von Polyesterschilden stellten die Dreher im Siemens-Dynamowerk am 15. 11. für eine Stunde die Maschinen ab und gingen zum Betriebsrat, um sich zu beschweren. Bislang werden die Dreher durch eine Folie nicht ausreichend geschützt. Der Staub ist giftig und verursacht Hautjucken. Die Geschäftsleitung hatte bisher nicht für Abhilfe gesorgt. — (chk)



USA: 22000 Arbeiter und Arbeiterinnen sind von den Kapitalisten der zehn größten Lebensmittelläden-Ketten in Südkalifornien ausgesperrt worden. Die Kapitalisten hatten das Einfrieren der Löhne, die Einführung einer niedriger bezahlten Lohngruppe bei den Fleischern, die Senkung der garantierten acht Stunden Arbeit am Tag auf vier Stunden gefordert. Bei den Fahrern, Lagerarbeitern und den Schreibkräften, vertreten durch die Teamsters Gewerkschaft, wollten sie einen gespaltenen Lohn einführen. Als die Gewerkschaften Punktsstreiks durchführten, sperrten die Kapitalisten in 1100 Geschäften aus. Bild: Streikposten der Nahrungsmittelgewerkschaft UFCW. — (gba)

Berufsverbotspraxis Baden-Württemberg

Landesregierung will "Zeugen vom Hörensagen" einführen

Stuttgart. Die baden-württembergische Landesregierung kündigte nach dem saarländischen Beschluß, die Regelanfrage für Bewerber zum öffentlichen Dienst abzuschaffen, an, sie werde den "Beschluß der Landesregierung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst" vom 2.10. 1973 (Schießerlaß) umso schärfer handhaben. Die jüngste Verwaltungspraxis (1) erhellt die angestrebte Richtung:

1. Das Oberschulamt Stuttgart (OSA) stellt am Ende der Probezeit bei einem Studienassessor eine Regelanfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Baden-Württemberg, ohne daß ein "auf Tatsachen beruhender Verdacht" besteht, dieser habe "gegen die Pflicht zur Verfassungstreue" verstoßen. Damit geht das OSA weit über die Bestimmungen des Landesverfassungsschutzgesetzes hinaus, das bei bereits im öffentlichen Dienst Beschäftigten eine Anfrage nur bei offenkundigen Tatsachen erlaubt. Hierbei muß angemerkt werden, daß das Bundesverfassungsschutzgesetz eine solche Regelanfrage nicht ausdrücklich vorsieht.

2. Das Innenministerium teilt dem Oberschulamt über das Kultusministerium daraufhin "Erkenntnisse" mit, der Probezeitbeamte betätige sich in linken Gruppierungen. Als "Beweis" dienen Schriftstücke, auf denen sich Buchstabenkürzel und in einem Fall ein Name befinden, der dem des Studienassessors ähnelt. Der Name steht auf einem Papier, aus dem nicht ersichtlich ist, wer es wann und wo hergestellt hat, dem also die formelle Beweiskraft gänzlich abgeht. Dieses erpresserische Schwebematerial des Staatsschutzes lagert in einem Panzerschrank im LfV und ist der Prüfung durch die Landesdatenschutzbeauftragte entzogen, um die Quellen und die Art und Weise des Zustandekommens geheimzuhalten. Trotzdem wird es vom OSA in der Personalakte des Betroffenen abgelagert.

3. Dem zu der Rückfrage, ob denn die "Erkenntnisse" bewiesen werden können, genötigten OSA, antwortet das Innenministerium, dies könne in einem etwaigen Gerichtsverfahren durch einen "Zeugen vom Hörensagen" geschehen.

Was bedeutet nun die Einführung des "Zeugen vom Hörensagen"? Statt des eigentlichen Zeugen wird ein sog. Aussagebeamter des Staatsschutzes, in der Regel ein V-Mann-Führer, präsentiert, der als "Zeuge vom Hörensagen" vor Gericht über fremde Wahrnehmungen (z.B. eines bezahlten Under-Cover-Agenten) berichtet. Dieses u.a. beim Schmücker-Prozeß verwendete "Beweis"mittel unterliegt seit Jahren einer wachsenden Kritik besonders der Strafverteidiger. So urteilt beispielsweise der Frankfurter Staatsrechtler Klaus Lüderssen: "Die Nichtvernehmung des V-Mannes als Tatzeugen in der Hauptverhandlung nimmt den Verfahrensbeteiligten die Möglichkeit der direkten Überprüfung und damit das ihnen nach der Verfassung zustehende rechtliche Gehör; außerdem ist das Prinzip der Öffentlichkeit der Verhandlung verletzt."

Die Absicht der Exekutive ist, nicht überprüfbares, geheimdienstlich zusammengebasteltes Material zu einem wesentlichen Personalsteuerungsinstrument zu machen. Bei Stellenbesetzungen, Beförderungen, Funktionsstellen spielt die Personalakte eine entscheidende Rolle. Zudem wird die Entlassung jedes mißliebigen Beamten denkbar. Kurz nach seiner Amtsübernahme ließ Mayer-Vorfelder den Hauptpersonalrat Berufliche Schulen Baden-Württemberg persönlich wissen, daß man künftig bei Probezeitbeamten messerscharf prüfen werde, wer über die geforderte Eignung verfüge. Die Entlassungsquote hat sich seither verfünffacht. Weiterhin auffällig ist der qualitative Zusammenhang mit dem Musterentwurf für ein neues Polizeigesetz, wonach künftig jedes Telefon und jede Wohnung

von einem x-beliebigen Polizeikommando abgehört werden können.

Die o.a. Methoden zur Einleitung von Berufsverboten sind einer zentralen Kategorie des Radikalenerlasses komplementär: dem Subjektive-Zweifel-haben der Behörden, das ihnen einen willkürlichen Ermessensspielraum einräumt, der sich insbesondere bei Einstellungen einer gerichtlichen Prüfung entzieht.

Der GEW-Landesverband Baden-Württemberg hat jetzt öffentlich in der Lehrerzeitung diese Methoden kritisiert und, gestützt auf diverse Gewerkschaftstagsbeschlüsse, die Aufhebung des Radikalenerlasses gefordert sowie eine materielle und gesetzliche Verbesserung der Kontrolle des LfV. Daß die GEW ihrerseits seit 1980 ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufgehoben hatte, ist die Voraussetzung dieser Kritik. (1) vgl: Der "Zeuge vom Hörensagen" — Szenen aus Kafkas "Schloß" oder baden-württembergische Wirklichkeit?, in GEW Lehrerzeitung Baden-Württemberg vom 16.11.1985. — (zem)



30000 demonstrieren 1978 in Bonn gegen Berufsverbote.

ILO kritisiert BRD-Berufsverbote — Auf seiner Tagung vom 25.2.—1.3.1985 in Genf hat der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts den "Bericht des Ausschusses zur Untersuchung der vom Weltgewerkschaftsbund gemäß Artikel 24 der Verfassung eingereichten Beschwerde, daß die Bundesrepublik Deutschland das Übereinkommen (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958, nicht eingehalten habe, angenommen und inzwischen das offizielle Klageverfahren gegen die BRD eingeleitet. Im folgenden Auszüge:

"Es kann keine Vermutung aufgestellt werden, daß Bewerber um eine Stellung aufgrund ihrer Unterstützung der Ansichten oder Ziele einer bestimmten Partei solche allgemeinen Verpflichtungen (z.B. Einhaltung der Unterrichtspläne durch Lehrer, d.Verf.) nicht einhalten werden. Im Fall eines bereits aktiven Beamten ist die Frage, ob er diese Verpflichtungen einhält, eine Sachfrage, die aufgrund seines tatsächlichen Verhaltens entschieden werden sollte, und zwar wiederum ohne jede Vermutung, die auf seiner Unterstützung der Ansichten oder Ziele einer bestimmten Partei beruht.

40. Der Ausschuß stellt fest, daß die in der Bundesrepublik Deutschland vorgeschriebene Treuepflicht gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht auf die Erfordernisse bestimmter Beschäftigungen abzielt, sondern für jeden Beamten aufgrund seines Rechtsstatus als Beamter gilt, ohne jede Differenzierung nach seinen Funktionen... Der Anwendungsbereich der allen Beamten auferlegten Treuepflicht, wie sie gegenwärtig ausgelegt wird, geht somit offenbar über den Rahmen dessen hinaus, was nach Artikel 1 Absatz 2 des Übereinkommens zulässig ist."

Taschenbücher

Sozialpolitische Reportagen und Erzählungen

"Ersatzarbeitsplätze" für das Ruhrgebiet

Die Redakteurin Waltraut Bierwirth beschreibt in ihrem Buch "Das Ende der Stahlzeit" keineswegs nur "Reportagen aus dem Industriegebiet in der Krise", wie es im Titel des Buches heißt. Ein Teil dieser Reportagen waren auch schon in der Zeitung "metall" erschienen, so daß eine erneute Veröffentlichung andere



Zwölf ehemalige Klöckner-Beschäftigte schufen sich ihre eigenen Arbeitsplätze.

Gründe haben mußte. Die "Reportagen" beschreiben eintönig und zunehmend langweilig die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Dabei suggeriert die Autorin, daß das schlimmste Los der Arbeiterklasse fehlende Arbeitsplätze seien. Kritik an der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft beschreibt die Autorin nur zurückblickend und als moralischen Vorwand, Entlassungen als ungerecht anzugreifen, weil sich doch der Lohnabhängige hat so lange ausbeuten lassen. In den Reportagen wird auch der Widerstand der Lohnabhängigen gegen Betriebsschließungen beschrieben, dabei wird langsam deutlich, was die Autorin bezweckt: Sie läßt einen jungen Arbeiter sagen: "Betriebsbesetzungen, das entspricht nicht unserer Mentalität", und Sabotageaktio-

nen gegen neue Technologien werden abgelehnt. Die Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie wird freundlich, aber als unrealistisch und historisch überholt beschrieben. Der Autorin geht es nicht um Mindeststandards, die die Reproduktion sichern, sondern um andere kapitalistische Lösungen: Schaffung von "Ersatzarbeitsplätzen". Als Beispiel berichtet sie über zwölf Beschäftigte des Klöckner-Konzerns, die sich selbständig machen: "Was für den Klöckner-Konzern nicht mehr lukrativ genug war, sichert zwölf ehemaligen Klöckner-Beschäftigten Arbeit und Lohn." Selbstverständlich fördert die NRW-Landesregierung dieses Projekt "unbürokratisch" mit einem Neugründungskredit von 250000 DM. (Waltraut Bierwirth, Das Ende der Stahlzeit, Büchergilde, 22,50 DM – jöd)

Nützlich, aber zu wenig

Wallraff liefert in "Ganz unten" zu den Themen Ausländerfeindlichkeit und Leiharbeit eine Menge anklagendes Material, indem er als Türke Ali Levent verschiedene Rollen/Jobs annimmt. Obwohl dabei wirklich keine Neuigkeiten herauspringen, ist das Buch nützlich: Zum einen verdeutlicht es Tatsachen aus Bereichen, die eine zentrale Rolle in den Angriffen der Reaktion spielen, und macht diese einem breiteren Publikum zugänglich. Zum anderen werden Positionen innerhalb der Arbeiterklasse gegen die Flexi-Konzepte der Kapitalisten gestärkt, wird ein Verbot der Leiharbeit gefordert. In den Mittelklassen kann das Buch ebenfalls Wirkung ausüben. Der Gesetzesentwurf der Grünen zur Arbeitszeitordnung hätte bei einem früheren Erscheinen des Buches sicherlich mehr Interesse geweckt. All dies ist nützlich und dem Buch deshalb eine hohe Auflage zu wünschen. Ein rundherum gelungenes

Buch also? Nun, wohl nicht ganz. Es wird eine Art Momentaufnahme bundesrepublikanischer Verhältnisse dargeboten, ohne die gesellschaftlichen Ursachen des beschriebenen Ist-Zustandes näher zu analysieren. Das führt z.B. dazu, daß (durchaus existierende) Ausländerfeindlichkeit unter den Arbeitern mehrfach beschrieben wird, ohne die dafür ursächliche Hetze der Reaktion und deren Gründe darzustellen. Was wiederum zu dem Schluß provoziert, Ausländerfeindlichkeit sei der Arbeiterklasse immanent. Die Gewerkschaften werden kaum erwähnt. Aber gerade sie kennen schon längst die beschriebenen Verhältnisse und sind hier gefordert. Denn nur über ein starkes gewerkschaftliches Engagement können Erfolge erzielt werden. — (bek,axg)

Armut und Armen- fürsorge im Bild

Mit zeitgenössischen Darstellungen wollen die Autoren die Geschichte von Armut und Armenfürsorge in Deutschland vermitteln. Der Leser erfährt, wie in der Art der Darstellung von sozialem Elend und Reichtum verschiedene Interessen zum Ausdruck kommen. In den mittelalterlichen Bettlerdarstellungen kommen die Armen als Objekte der Taten des idealisierten Heiligen vor. Im Kupferstich "Bettler beim Mittagsschlaf" (1774) labt sich die bürgerliche Familie in gepflegter Atmosphäre, mit dem Almosen an den Bettler wird "Wohltätigkeit" vorge-täuscht. Illustrationen von Zuchthäusern und über Gewalt als Mittel der Arbeitserziehung seit der Entstehung von Manufakturen zeigen, welches Interesse die Bourgeoisie mit der Armenfürsorge verbindet. Der Band gliedert sich in Zeitabschnitte: spätes Mittelalter, Absolutismus und Zeitalter der Industrialisierung, jeweils mit einem Einführungstext zur sozialen und politischen Entwicklung. Auch wenn z.T. unkritisch Theorien wie von der "Bevölkerungsexplosion" als Ursache massenhafter Armut im Text vorkommen, ist das Buch ein guter Beitrag zur Kritik reaktionärer Ge-

schichtsschreibung. Es zeigt außerdem, wie künstlerische Ausdrucksmittel zur Kritik oder auch zur Beschönigung der bürgerlichen Gesellschaft verwendet werden. (Christoph Sachße/Florian Tennstedt (Hrsg.), Bettler, Gauner und Proleten; rororo Sachbuch. 223 Abb., DM 16,80– düb)

Ist es nutzlos, erwachsen zu werden?

Der Werdegang des heute 30-jährigen Mathias, der sich nicht angepaßt hat: Kindheit im kleinbürgerlichen Elternhaus, in der Schulzeit begeisterungsfähig für Ideale, wenn auch mehr für die Bildungsreform als für den SDS; entschlossen, Lehrer zu werden, um damit den "Grundstein für eine bessere Gesellschaft zu legen". In der Uni stellt er fest, daß die "ruhmreichen Jahre der Revolte schon lange vorbei" sind, die Tendenzwende da und die Lehrerarbeitslosigkeit vorprogrammiert ist. Als Student plagt ihn das schlechte Gewissen gegenüber den Gleichaltrigen, die in der materiellen Produktion tätig, "mit vierzehn schon Erwachsene geworden" sind. In zahlreichen Jobs wie auch im Ersatzdienst sieht er sich als Außenseiter, da er ja nur vorübergehend arbeitet. Trotzdem fühlt er sich hier wohl, wird manchmal gebraucht, während für ihn die Freiheiten des Studentenlebens auf die Nutzlosigkeit dieses Studiums hindeuten. Mathias steht zu seiner "Neigung zum Kommunismus", beteiligt sich an einer Kulturzentrums-Initiative und geht hin und wieder demonstrieren. Der Gegensatz zwischen den Demonstranten und den übrigen, den angepaßten Menschen, ist für ihn gleichbedeutend für den Gegensatz "jugendlich" und "erwachsen". Nach dem Examen beginnt Mathias sein Referendariat, das er abbricht, weil er den Leistungsdruck ohne Hoffnung auf eine spätere Stelle nicht erträgt. Danach schließt er sich der Friedensbewegung an, lebt weiterhin von Gelegenheitsjobs, nun allerdings auf der Suche nach einer Möglichkeit, sich auf die Dauer erträglich einzurichten. Auf keinen Fall will er sich wie seine Klassenkame-

raden als ein Teil dieser Leistungsgesellschaft vereinnahmen lassen. Er verdient schließlich seinen Lebensunterhalt als Auslieferungsfahrer, wo er zwar anders bleibt als seine Kollegen, sich aber mit manchen doch ganz gut versteht.

Ein vor allem für 30-jährige interessantes Buch über die Midlife-Crisis eines nicht Angepaßten. (Georg Heinzen, Uwe Koch: Von der Nutzlosigkeit, erwachsen zu werden, Rowohlt, 22 DM – ibm)

Literatur über Arbeit im Kapitalismus

Das Taschenbuch "Tatort Arbeitsplatz ... gestern und heute" des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt erschien bereits Ende 1984. Es soll im Zusammenhang mit der gewerkschaftlichen Kampagne für die 35-Stunden-Woche gesehen werden und diese unterstützen. Die Verfasser sind zumeist Schriftsteller, Journalisten und Gewerkschaftsfunktionäre. Fast 30 Kurzgeschichten und einige Gedichte

der Arbeit, also weniger Arbeitsdruck, mehr Pausen" aus. Gegen die kapitalistische Konzentration und den Kapitalexpert setzt er eine künftige "planmäßige demokratische Gestaltung der Produktion". (Fischer, 8,80 DM – sie)

"Leben gegen die Uhr" – gegen Schichtarbeit

Die Herausgeber, ein Autorenkollektiv des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt, begründen die Veröffentlichung im Vorwort: "Wir greifen ... noch einmal das Thema Schichtarbeit auf, das seit einigen Jahren aus der öffentlichen und sogar gewerkschaftspolitischen Diskussion nahezu verschwunden ist. Fast scheint es, als habe es die vielfältigen Bemühungen Mitte der siebziger Jahre um Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen für Schichtarbeiter nie gegeben. Als könne man über die Arbeitsbedingungen schon deshalb nicht mehr reden, weil es vielerorts nur noch um die bloße Sicherung der Arbeitsplätze

Proletarisches Klassenbewußtsein

Zunehmende "Homogenität" oder Differenzierung der Lohnarbeit?

Lange Jahre galt in der BRD die Herausbildung der Arbeiterklasse zu einer eigenständigen Partei als erledigt, nicht mehr notwendig, nicht mehr möglich. Die einschlägigen Sozialforscher sprachen von einer "verbürgerlichten" Arbeiterklasse, soweit sie überhaupt noch Klassen ausmachte. Daher ist es interessant, wenn der Suhrkamp-Verlag einen Autor herausbringt, der ausdrücklich von der Fortexistenz der Arbeiterklasse spricht, sich gegen die These von der "verbürgerlichten" Arbeiterklasse wendet und über Aussichten proletarischer Bewußtseinsbildung nachsinnt.

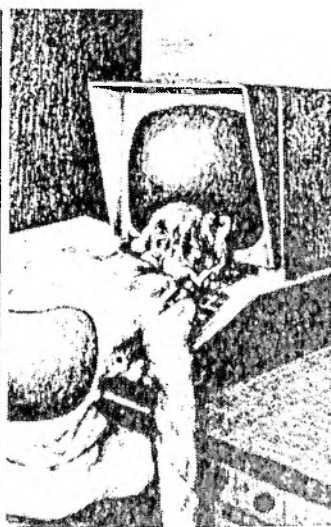
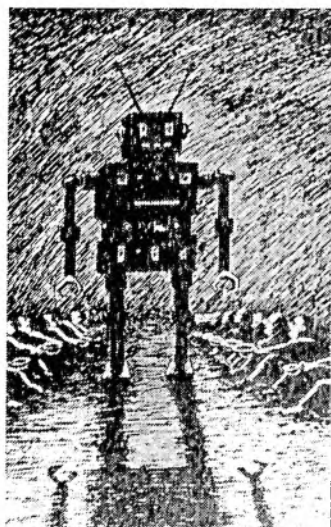
Der Verfasser J. Mooser – Historiker an der Uni Bielefeld – des 1984 erschienen Buches "Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970" (es 1259, 16,- DM) geht vom Klassenbegriff Max Webers aus: Die Arbeiterklasse sei "Erwerbsklasse" (im Gegensatz zur "Besitzklasse"), und sie sei "soziale Klasse" (Arbeiter bleibt Arbeiter im Lebensablauf, in der Generationenfolge und bei Heirat). Er faßt seine sozialstatistischen Untersuchungen so zusammen: Ein "Kontinuitätsbruch" habe in den 1960er Jahren stattgefunden, den er mit "Entproletarisierung" und "Individualisierung" bezeichnet.

"Außer einer Überwindung der alten Gestalt der 'Proletarität' wurde in der Bundesrepublik die Arbeiterschaft als soziale Klasse homogener, während der gesellschaftliche Bedeutungsgehalt der Klassenzugehörigkeit verblaßte. Die alte arbeiterspezifische 'Proletarität' – Armut und Enge in der Lebensführung und grundlegende Unsicherheit im Lebensschicksal als den Folgen der Lohnarbeit – verschwand einerseits in der Anhebung des Lebensstandards und im Ausbau der sozialpolitischen Sicherung ... andererseits in der Entgrenzung der im 19. Jahrhundert fast arbeitsexklusiven marktabhängigen und fremdbestimmten Lohnarbeit."

Zwar bestünden immer noch Differenzen zwischen Arbeitern und Angestellten (Ausbildung, Einkommen, körperliche und damit belastendere Arbeit), aber "außerbetrieblich" sei der Unterschied zur Mittelklasse gering und seit den 1960er Jahren "ein verstärkter intergenerationeller beruflicher Wechsel von Arbeitersöhnen in Angestellten- und Beamtenpositionen" erfolgt.

Was Mooser als "Entproletarisierung" und "Individualisierung" bezeichnet, war keine allgemeine "Anhebung des Lebensstandards" (er macht selbst Einschränkungen, indem er auf die Armut der ausländischen Arbeiter und die Ausbeutung von Arbeiterinnen hinweist), sondern Folge zunehmender Lohnarbeit und damit erweiterter Möglichkeiten zur Laufbahn. Die "Individualisierung" war keine im "Privaten", sondern eine in der Konkurrenz, und zwar besonders in der Laufbahnkonkurrenz, die in der bezeichneten Zeit gute Chancen bot. Wieso behauptet Mooser trotz dieser differenzierenden Konkurrenz, die Arbeiterklasse sei "objektiv homogener"?

Die "Entgrenzung der Lohnarbeit", d.h. ihre Ausdehnung auf den größten Teil der Gesellschaft, hätte zur "Homogenität" gegenüber "Fremdbestimmtheit" geführt. "Fremdbestimmt" ist aber nichts Absolutes und Gleiches. Denn trotz aller "Fremdbestimmung" ist eben ein Professor an der politischen Herrschaft und der gesellschaftlichen Leitung ganz anders beteiligt als der Fabrikarbeiter. Dem Autor bleibt verborgen, daß unter der Hülle objektiver Homogenität äußerst wirksame Differenzierungsprozesse der Mittelklasse ablaufen sowohl zu den Kapitalisten hin wie auch zu den Arbeitern. Es muß ihm auch verborgen bleiben, weil die Bestimmung der Klasse aus den Lebensumständen (der Reproduktion im engen und weiten Sinne) den Blick verstellt auf die entscheidende Stellung der verschiedenen Klassen zueinander in der Produktion (Eigentümer, Kopf- und Handarbeiter).



rund um den Arbeitsplatz werden vorgestellt. Der Leser erfährt vieles über Arbeitsbedingungen und den Alltag von Menschen, die in Fabriken und in Büros arbeiten: über harte oder monotone, schmutzige oder schikanöse Arbeit. Etwas aufgesetzt erscheinen die Versuche einiger Autoren, die 35-Stunden-Woche den Lohnabhängigen als die Lösung ihrer Probleme anzupreisen. In einem Nachwort spricht sich U. Briefs für "Maßnahmen zur Entintensivierung

um (fast) jeden Preis geht."

In 20 Beiträgen schildern Lokführer, Bahnbusfahrer, Krankenschwestern, EDV-Operatoren eindrucksvoll ihre miesen Lebensbedingungen im Schichtbetrieb. Industriearbeit wird praktisch nicht behandelt. Einige Autoren kritisieren die Arbeitszeitordnung, geben jedoch gesetzlichen Verboten keine Chance, sondern machen sich nur für tarifliche Einschränkungen stark. (Leben gegen die Uhr, Fischer TB, 9,80 DM – poj)

Mooser deutet eine Entwicklung des Klassenbewußtseins und proletarischer Parteibildung an – man kann vermuten, warnend in Richtung SPD, sich nicht einseitig auf den akademisch gebildeten Lohnabhängigen zu verlegen:

"Es kann sein, daß die 'objektiv' homogener gewordene, aber 'subjektiv' 'privatisierte Klasse' ... der Arbeiter als Resultat des sozialen Wandels der letzten Jahre wieder zu politisch wirksamen, überindividuellen Deutungsmustern ihrer Lage kommt."

Nun war auch schon der Bezug auf die Laufbahnkonkurrenz ein "überindividuelles Deutungsmuster". Wenn aber gemeint ist, proletarische Parteibildung gehe so, daß die Arbeiterklasse als Resultat des sozialen Wandels ihre Lage als eine einheitliche Lage der Lohnarbeiter und Lohnabhängigen deute – so führte das in die Sackgasse des Ökonomismus. Denn proletarische Parteibildung muß die Differenzierung bei den Lohnabhängigen wahrnehmen und politisch verarbeiten, die Arbeiterklasse muß versuchen, die Beziehungen aller Klassen zu begreifen und ihr Interesse an ihrer eigenen Emanzipation zu formulieren. – (alk)

Innere Feindbekämpfung

Die faschistischen Grundlagen des politischen Strafrechts

Die Behauptung wird verbreitet, das heutige Strafrecht sei nicht Täterstrafrecht, sondern Tatstrafrecht. Die Tat als "konkretes Geschehen", nicht aber eine "bestimmte Struktur der Täterpersönlichkeit" begründe die Strafbarkeit. Nur noch "Relikte" dieses von den Faschisten entwickelten "Täter-" oder "Willensstrafrechts" seien etwa in §§ 211, 212 ("Mörder", "Totschläger") enthalten (1). Nun enthält der "besondere Teil" des Strafgesetzbuchs als erstes das sog. politische oder Staatsschutz-Strafrecht (§§ 80ff.). In den gängigen Kommentaren zum StGB wird dieser Teil insbesondere gerechtfertigt als "Frontstellung gegen Gewalt- und Willkürregiment des totalitären Staates", als Verteidigung der fdGO. Dieses politische Strafrecht knüpft an das im Grundgesetz angelegte Konzept der "wehrhaften Demokratie" an, niedergelegt insbesondere in den Art. 9 Abs. 2 (Verbot verfassungsfeindlicher Vereinigungen), Art. 21 Abs. 2 (Verbot verfassungswidriger Parteien) und Art. 18 (Verwirkung von Grundrechten bei "Mißbrauch" gegen die fdGO). Das politische Strafrecht kriminalisiert "Bestrebungen", die gegen den "Bestand oder die Sicherheit der BRD" gerichtet sind, oder andere "verfassungsfeindliche Einwirkungen", etwa auf Bundeswehr oder Sicherheitsorgane. Dabei handelt es sich, wie zu zeigen sein wird, um eben das politische Gesinnungsstrafrecht, das in den 30er Jahren vom Reichsminister der Justiz, Gürtner, und dem damaligen Staatssekretär im Reichsjustizministerium und späteren Präsidenten des "Volksgerichtshofs", Freisler, entworfen worden war.

Grundlagen des faschistischen "Willensstrafrechts"

Gürtner entwickelt in einer Rede 1935 die Grundlagen "nationalsozialistischen Strafrechts": "Ein Gesetz, das sich damit begnügt, nur den zu strafen, der gegen eine Strafvorschrift des Gesetzes verstößt, kann nach unserer Auffassung das Ziel der Gerechtigkeit nur beschränkt erreichen: Es zwingt den Richter, überall dort zu resignieren, wo der Gesetzgeber eine Lücke gelassen hat" (2). Der Grundsatz "Keine Strafe ohne Gesetz" würde jedes Verhalten, das nicht durch Straftatbestände normiert sei, erlauben. Der Nationalsozialismus dagegen sehe "als Unrecht jeden Angriff auf die Belange der Volksgemeinschaft an", "auch da wo es kein Gesetz mit Strafe bedroht" (S. 23). Quelle des Rechts sei daher nicht mehr allein das Gesetz, sondern v.a. der hinter dem Recht stehende "Rechtsgedanke", der sich aus den Zielen der "völkischen Sitten- und Le-

bensordnung" ergäbe. Danach sei es wesentliche Aufgabe des Richters, "nicht nur Recht zu finden, sondern auch Recht zu schöpfen", indem er "an dem gesunden Volksempfinden" erkenne, was Recht und Unrecht sei (S. 25). Ein zweiter Grundsatz des neuen Strafrechts sei, daß die Rechtswidrigkeit einer Handlung nicht am Erfolg der Tat gemessen werden könne, sondern nur an der Schuld des Täters, d.h. an der Intensität des verbrecherischen Willens, unabhängig davon, ob die Tat vollendet, nur geplant oder in der Ausführung verhindert worden sei. Daher müsse die Strafzumessung im Gegensatz zum bisherigen Erfolgsstrafrecht für den Versuch die gleiche Strafe vorsehen wie für die Vollendung. So machte nach Freisler das "Willensstrafrecht" "Schluß mit dem alles verstehenden und alles verzeihenden Ansprechen des Rechtsbrechers als eines Produktes seiner Umgebung" (3). "Der Mörder" sei eben Teil des "Veranlagungsverbrechertums".

Logische Schlußfolgerung dieses "Willensstrafrechts" war u.a. auch die Sicherheitsverwahrung, die der Verbrechensbekämpfung nicht nur dadurch diene, "daß sie den Träger des verbrecherischen Willens ... selbst an gemeinschaftsschädlichem Verhalten hindert, sondern vielleicht in noch höherem Maße dadurch, daß sie durch Isolierung der Kristallisationspunkte des Berufsverbrechertums die Neubildung von Verbrecherbanden verhindert ..." (4).

Der Strafrechtsprofessor Mezger faßte 1943 die wesentlichen drei Gründe für die Einführung des "Willensstrafrechts" wie folgt zusammen: "Das Strafrecht ist ein Kampfrecht und muß den Gegner dort fassen, wo sein eigener Ausgangspunkt liegt, nämlich im verbrecherischen Willen. Der eigentliche Sinn der Strafe ist sodann Sühne, und sühnen muß der Wille, der sich gegen die Volksgemeinschaft aufgelehnt hat. Endlich will das Strafrecht auch den gesunden Elementen im Volke eine Erziehung zuteil werden lassen und damit die im Volke lebendige Rechts- und Sittenordnung festigen, eine Erziehungsarbeit, die sich an den Willen des einzelnen wendet" (5).

Das Gesinnungsstrafrecht in der BRD

Das politische Strafrecht des StGB nach 1949 knüpft an das "Willensstrafrecht" des Faschismus nahtlos an. So wie der faschistische Staatsapparat "die Verteidigungslinie vorverlegen will, nicht abwarten will, bis der Verbrecher seine Absicht verwirklicht" (6), seien in der BRD "die Staatsfeinde zu treffen und unschädlich zu machen, bevor sie in Aktion treten" könnten (Bundesjustizminister Dehler 1950 (7)).

Das politische Strafrecht der BRD gliedert sich im StGB in die Abschnitte "Hochverrat", "Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates", "Straftaten gegen Verfassungsorgane", "Widerstand gegen die Staatsgewalt" und "Straftaten gegen die öffentliche Ordnung". Dazu zählen etwa die "Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens" (§ 83) durch eine "geistige oder seelische Beeinflussung der



Roland Freisler, Mitbegründer des "Willensstrafrechts"

Bevölkerung", also "ideologischer Hochverrat" (8), das "Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen" (§ 86) oder auch die "Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole" (§ 90a).

Das "Tatbestandsmerkmal", das in all diesen Bestimmungen zum Gegenstand der Strafbarkeit erklärt wird, liegt nicht in der Ausübung unmittelbarer Gewalt, sondern schon in deren Ankündigung bzw. der Ankündigung passiven Widerstands. Bestraft wird nicht nur die ausgeführte Tat, sondern schon der Zweck, das Ziel der Handlung oder des Verhaltens. Im Gegensatz zu den sog. Erfolgsdelikten kommt es bei den hier zur Rede stehenden Bestimmungen nicht auf die Feststellung einer tatsächlich eingetretenen Gefahr etwa für die öffentliche Sicherheit und Ordnung an, sondern lediglich darauf, zu ermitteln, daß mit Wahrscheinlichkeit aus dem politischen Wirken verfassungsfeindliche Angriffe zu erwarten sind. So heißt es etwa in der Kommentierung zu § 84 ("Fortführung einer für verfassungswidrig erklärten Partei"), Mitglied einer solchen Partei sei jeder, "der mit Ein- und Unterordnung seines Willens in oder unter den Willen der Vereinigung tätig wird" und wenn "zwischen dem Täter und der Vereinigung eine selbstverständlich auch stillschweigend mögliche Willensübereinstimmung über die Zugehörigkeit zur Vereinigung und die Tätigkeit auf dieser Grundlage" bestehe. Welcher Art diese Tätigkeit ist, sei ohne Belang (9).

"Verfassungsfeindliche Einwirkung auf die Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane" (§ 89) sei jede Tätigkeit, "die auf eine entsprechende Beeinflussung abzielt" (10). Unerheblich sei, ob die Einwirkung Erfolg habe oder geeignet sei, den entsprechenden Personenkreis zu beeinflussen. Das Bundesverfassungsgericht hat gegen Einwände, diese Bestimmung widerspreche der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit, erklärt, der "Gemeinschaftswert" dieser Einrichtungen habe Vorrang vor der Meinungsfreiheit (11). Nach dieser Bestimmung wurden z.B. Westberliner Hausbesetzer verurteilt, weil sie in einem Flugblatt die Bereitschaftspolizei vor deren Kaserne aufgefördert hatten, sich nicht an der vom Senat geplanten Räumung eines Hauses zu beteiligen, den Dienst zu verweigern, sich krank zu melden: ein Jahr Freiheitsstrafe (12).

In all diesen Bestimmungen des politischen Strafrechts tauchen "Begriffe" auf wie "einwirken", "verunglimpfen", "sich dadurch absichtlich für Bestrebungen einsetzen", den "Bestand" des Staates zu "beeinträchtigen", Verfassungsgrundsätze zu "untergraben" etc., also unbestimmte Rechtsbegriffe, die jeglicher Auslegung zugänglich sind.

Dabei zielt das Instrumentarium der innerstaatlichen Feindbekämpfung insbesondere auf organisierten politischen Widerstand ab. Die Abwehr gegen "verfassungsfeindliche" Tätigkeiten richte sich nicht im wesentlichen gegen die Handlung des einzelnen, "sondern gegen die mit ihr verbundene Stärkung der Organisation" (13). Zentraler Punkt in diesem Zusammenhang ist der § 129a, der die Bildung "terroristischer Vereinigungen" und das "Unterstützen" und "Werben" für solche unter Strafe stellt.

Moderne Formen der Sicherheitsverwahrung

In der Konsequenz des Gesinnungsstrafrechts liegt, daß zunehmend Formen der Sicherheitsverwahrung, wie sie vom Faschismus entwickelt wurden, auf Inhaftierte angewendet werden. Dies erscheint umso effektiver, als den Inhaftierten bzw. Angeklagten zwar "politische Motive" zugesprochen, sie aber nicht etwa wegen Hochverrat, Landesverrat o.ä. angeklagt, sondern als "besonders gefährliche Gewaltverbrecher" darüber hinaus moralisch disqualifiziert werden (14). Die moderne Form der Sicherheitsverwahrung besteht in dem Konstrukt der "Fortsetzung der terroristischen Vereinigung in der Haft": Der Wille des Inhaftierten, an seinen politischen, "verwerflichen" Zielen festzuhalten, begründet ohne irgendein Tatbestandsmerkmal die Einleitung weiterer Ermittlungsverfahren wegen § 129a (15), indem den Inhaftierten die Beteiligung etwa an



Generalbundesanwalt Rebmann, Anwender des Gesinnungsstrafrechts

dem fehlgeschlagenen Anschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau – zu dieser Zeit waren sie bereits in Haft – gesinnungsmäßig zur Last gelegt wird.

Z.T. wird diese Art der Sicherheitsverwahrung auch im Urteil selbst schon ausgesprochen. Der Angeklagte sei "von einem tiefgehenden Haß auf unser Staatswesen ergriffen...". Die "über drei Jahre dauernde Untersuchungshaft hat auf den Angeklagten bisher keinen Eindruck gemacht... Die Schwere der Tat und die Persönlichkeit erfordern daher die Verhängung einer langen Freiheitsstrafe, wobei im Vordergrund die spezielle Abschreckung des Angeklagten und die Sicherung der Allgemeinheit vor diesem Angeklagten stand" (16).

Gesinnungsstrafrecht im Asylrecht

Auch in der Asylrechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts finden seit einigen Jahren die Prinzipien der "internationalen Terrorismusbekämpfung" zunehmend Eingang. Derjenige "politische Straftäter", der gegen den "Bestand oder die Sicherheit" seines Heimatstaates kämpft und deshalb von diesem verfolgt wird, unterliegt danach keiner politischen, sondern nur einer "rechtsstaatlichen" Verfolgung, die legitim ist: "Der Staat, der sich gegen gewaltsame Angriffe auf seinen Gebietsstand und seine Grundordnung mit den Mitteln des Straf- und Ordnungsrechts schützt, kann dies auf eine Weise tun, welche die allein asylrechtsrelevanten Merkmale des Betroffenen unberücksichtigt läßt" (17). Danach ist in der Regel z.B. ein Kurde, der für ein unabhängiges Kurdistan kämpft, vom Asylrechtsanspruch ausgeschlossen, weil er mit diesem Kampf den "Bestand" des türkischen Staates gefährdet und seine Verfolgung durch letzteren legitim ist. Zur moralischen Ächtung dieser Asylbewerber als "besonders verabscheuungswürdige Gewaltverbrecher" und zur Anwendung von Gesinnungsstrafrecht hat die Rechtsprechung hier bereits den Weg gebahnt.

Quellenhinweis: (1) z.B. Schönke-Schröder, StGB-Kommentar 1980, § 13, Rdnr. 3, 5; (2) Gürtner/Freisler, Das neue Strafrecht, Berlin 1936, S. 22; (3) Freisler, ebda., S. 72; (4) Freisler, in: Dringende Fragen der Sicherheitsverwahrung, Berlin 1938, S. 7; (5) Mezger, Deutsches Strafrecht, Berlin 1943, S. 159; (6) Dahm, Verrat und Verbrechen, in: Zeitschr. f. d. ges. Staatswissenschaft 1935, S. 291; (7) Bundestag, 12.9.1950, S. 3108; (8) Dreher/Tröndle, StGB-Kommentar 1985, § 83, Rdnr. 4; (9) Leipziger Kommentar zum StGB 1980, § 84, Rdnr. 8, 9; (10) BGHSt 4, 291; (11) BVerfGE 47, 232; (12) zit. n. Cobler, Die Gefahr geht von den Menschen aus, Westberlin 1978, S. 67; (13) BVerfGE 25, 57; (14) vgl. Preuß, Anmerkungen zum Begriff des politischen Gefangenen, in: Politische Prozesse ohne Verteidigung, Westberlin 1975, S. 12ff.; (15) vgl. Pol. Berichte 23/85, S. 4ff.; (16) LG Düsseldorf, Urteil v. 12.3.1976; (17) BVerwG, in: InfAuslR 1983, S. 230 – (ulb)

Antisemitismus

Der Zweck der Übung gegen die Juden

Den Protest der Juden gegen die Aufführung von Fassbinders Stück stellt die bürgerliche Presse dar als plötzliches Ereignis, wo die Juden mit einem befremdlichen Selbstbewußtsein auftreten gegen viele, die es seit genau vierzig Jahren so gut mit ihnen meinen.

Wir entnehmen der "Allgemeinen jüdischen Wochenzeitung", daß die Sache lang vorbereitet ist, der Plan zur Aufführung von "Der Müll, die Stadt und der Tod" seit zehn Jahren schwelt und die Juden genau so lange gegen diesen Affront kämpfen. Fassbinder selber wollte das Stück am Theater am Turm in Frankfurt auf die Bühne bringen, ließ sich aber durch Proteste davon abbringen, wenn er auch die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht einsehen konnte. Der Text des Stückes erschien im März 1976 bei Suhrkamp als Buch, wurde jedoch vom Verlag zurückgezogen und eingestampft. Fassbinder verfügte mündlich, daß das Stück in Frankfurt, New York oder Paris uraufgeführt werde solle und erst dann an anderen Bühnen gespielt werden dürfe. Wie die "Allgemeine" darlegt, ging es also bei der Verhinderung der Aufführung in Frankfurt auch darum, die vom Regisseur angeblich sehr einfühlsam gestaltete Version nicht zum Freibrief für andere Bühnen werden zu lassen, das Stück auch ganz anders zu verwenden. Mit zwei geschlossenen Aufführungen, denn als solche muß man die Generalprobe für geladene Gäste und die Sondervorführung für Theaterkritiker werten, hat sich der Intendant Rühle die Tür offengehalten, diese zur stattgehabten Uraufführung zu erklären und damit den Weg für andere Bühnen freizumachen.

Die jüdische Gemeinde in Frankfurt hat seit Jahren gefordert, daß die Aufführung unterbleibt. Zuletzt beschwerte sich Werner Nachmann, Vorsitzender des Direktoriats des Zentralrats der Juden in Deutschland, in einem

Brief an Oberbürgermeister Wallmann: "Am 21. Oktober 85 habe ich den Intendanten des Schauspielhauses Frankfurt, Herrn Dr. Rühle, in einem Brief gebeten, das antisemitische Stück 'Der Müll, die Stadt und der Tod' abzusetzen. Leider hat es Herr Dr. Rühle nicht einmal für notwendig erachtet, zu antworten. Ich appelliere an Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, mit ihren politischen Möglichkeiten das Fassbinder-Stück zu verhindern." Die einzige Reaktion der Schauspieldirektion bestand darin, den Termin der geplanten Uraufführung von dem provozierenden Datum, dem Vorabend des Jahrestages des Judenpogroms am 9. November 1938, auf den 31.10. vorzuverlegen. Die jüdische Gemeinde ist planvoll dazu getrieben worden, sich durch Verhinderung der Aufführung physisch zu exponieren, nämlich die Bühne zu besetzen und drei Stunden lang einem Publikum, das mehrheitlich das Stück sehen wollte, in der Debatte standzuhalten.

Wallmann plädierte für Nichtaufführung. In der Gedenkstunde zum 9. November führte er als Gast in der Frankfurter Synagoge aus, wie die Rechte der Juden beschaffen seien. Als Bedingung für alles weitere stellte er eingangs fest: "Die Erinnerung an den 9. November 1938 verlangt aber zunächst eine grundsätzliche Feststellung. Wir Deutschen müssen unsere ganze Geschichte annehmen. Es gibt zwar nur persönliche Schuld. Aber wir können uns nicht aus unserer Geschichte davonestehen." Er betonte: "In der Demokratie und unter dem Anspruch der Freiheit der Kunst soll man nicht alles tun, was man rechtlich tun darf ... Ich weiß, daß viele von mir mehr verlangen, nämlich die Aufführung des Stückes zu verbieten ... Aber ich darf nicht etwas tun, von dessen Verfassungswidrigkeit ich auch im Angesicht Ihrer tiefen Betroffenheit überzeugt bin ... Unser Grundgesetz stellt in Artikel 5 fest, daß die Kunst frei ist und daß es Zensur nicht geben darf." Den Begriff "verbieten" haben wir nur bei Wallmann gefunden. Die sonst verwendeten Begriffe "unterbinden", "verhindern" zielen nicht notwendig auf hoheitliche Maßnahmen. Wallmann sprach vom Verbot, um herauszukehren, die Juden verlangten von ihm einen Verstoß gegen die Verfassung, ja verstießen selber dagegen, da sie durch ihre Aktion Zensur

Fassbinder und die gesellschaftliche Wahrheit

Die Juden in der BRD, ihre Verbände und die Gemeinde in Frankfurt protestieren gegen die Aufführung des Theaterstücks von Fassbinder "Der Müll, die Stadt und der Tod", das er 1975 geschrieben hat. Sie verlangten die Absetzung des Stückes mit der Begründung, es sei antisemitisch. Der Vorwurf stimmt.

Das Stück spielt in Frankfurt. Die Hauptperson, ein jüdischer Spekulant, heißt in der Personenliste "der reiche Jude". Er und seine Kreaturen haben keinen Namen im Gegensatz zu allen übrigen Personen. Von vornherein steht er da als Typ. Er verkörpert Spekulantentum und Judentum in einem. In einem offenen Brief hatte Fassbinder 1976 sein Stück verteidigt: "Die Verhältnisse, unter denen diese Geschäfte gemacht werden können, hat er nicht geschaffen, hat er nicht zu verantworten; er benutzt diese Verhältnisse. Der Ort, an dem diese Verhältnisse entdeckt werden können, heißt Frankfurt am Main." Er erweckt mit dem Stück die Vorstellung, in Frankfurt gehe "der reiche Jude" exemplarisch vor. Er stützt sich auf ein vages öffentliches Bewußtsein, daß in Frankfurt bei Abriß und Neubebauung vor allem des Westends Kämpfe gegen die Auswirkung der Spekulation stattgefunden haben. Bei ihm erscheint das Spekulationsgeschäft nicht nur als spezielle Domäne der Juden, sondern auch als ausschließlich von ihnen betrieben. Beides entspricht nicht den Tatsachen.

Die Konstruktion des Stückes ist ideologisch. Das liegt an Fassbinders Methode, gesellschaftliche Verhältnisse,

die auf Klassen beruhen, umzuinterpretieren in persönliche Verhältnisse von Leuten, die allesamt nicht beanspruchen können, antagonistische Klassen zu repräsentieren. Weder produktive Kapitalisten noch produzierende Klasse sind vertreten. An Figuren der herrschenden Klasse treten auf der Spekulant und der Polizeipräsident. Sonst gibt es nur Personen, die, von der Teilnahme an der Herrschaft ausgeschlossen, Anhängsel und Produkte der Kapitalisten sind, also Huren, Zuhälter, Speichellecker. Verteilt man nun die Rollen von unterdrückender und unterdrückter Klasse auf diesen Personenkreis, so kommt eine Fälschung der Wirklichkeit heraus.

Es ist gesellschaftlich unwahr, daß der Vater der vom Juden erwählten Hure, sich während von seinen Auftritten als Transvestit, von der Rache des Juden verfolgt wird, weil er im Faschismus Juden, darunter wahrscheinlich dessen Eltern, umgebracht hat. Der Judenhaß entsteht nicht durch die Unterdrückung von Leuten, die wegen ihres sexuellen Empfindens außerhalb der Normalität gedrängt werden. Daß der Jude, der hier für Unterdrückung und Ausbeutung steht, auch noch zum Mörder wird, der auf Verlangen tötet, ist eine antisemitische Tat Fassbinders, die von Juden ebenfalls zu recht kritisiert wird. Der Vorgang wird um nichts besser dadurch, daß Fassbinder die Tat durch den Polizeipräsidenten decken läßt. Die dürre Aussage ist, daß der Staatsapparat im Interesse "des Juden" existiert und zur Verschleierung seiner Verbrechen da ist. In Perverbierung der Tatsache, daß der Staatsapparat die Herrschaft der Kapitalisten sichert, ist das Stück geeignet, spontanen Haß gegen den Staat wie gegen die Kapitalisten auf die Juden als Gemeinschaft zu lenken.

ausgeübt hätten. Überdies stellte er sie noch als Störer des "inneren Friedens" hin: "Ich habe auch alles zu tun, den inneren Frieden in unserer Stadt zu wahren. Diese Aufgabe habe ich gegen jedermann zu erfüllen ... Die Verhinderung der Aufführung ... kann ich nicht billigen, obwohl ich sie verstehe ... Man wird mir vorwerfen, daß ich Verstöße gegen rechtliche Bestimmungen in anderen Fällen unterbunden, in diesem Falle aber keine Maßnahmen eingeleitet habe und auch nicht einleiten werde ... Ich sage mit aller Deutlichkeit, daß es für mich einen Unterschied macht, ob Menschen nach dem Holocaust sich gegen Antisemitismus und die Verhöhnung ihrer Gefühle als Juden wehren, oder ob andere sich über geltendes Recht hinwegsetzen." Die Anmaßung, wie ein Landesfürst Gnade vor Recht gegen seine "Schutzjuden" ergehen zu lassen, ist eine Demütigung, die bewirken soll, daß die Juden in Fällen schweigen, in denen das Recht auf andere auch angewendet wird. Merken muß man sich Wallmanns Operieren mit der Freiheit der Kunst. Er unternimmt einen Vorstoß, das Grundgesetz auf weiteren Gebiete praktisch anzuwenden. Denn Recht wäre, ein antisemitisches Stück öffentlich aufzuführen.

Alle Welt wundert sich, daß der Intendant Rühle so schwankende Urteile hat. Noch zu seinen Zeiten als Kulturredakteur der FAZ fand er Fassbinders Stück schlecht und nicht aufführens-wert. Dies war seine Meinung noch vor einem Jahr. Jetzt hat er sie geändert. Auf Nachmanns Brief hat er nicht geantwortet. Nach der ersten Verhinderung der Aufführung hat er angekündigt, diese weiter zu betreiben. Erst am 11. November hat er erklärt, er verzichte auf die Aufführung, "vorerst". Im selben Atemzug steuerte er auf den Punkt los, an dem die Bourgeoisie interessiert ist, Spaltung, auch der Juden untereinander: "In dem sichtbar gewordenen Konflikt, der bis in das Verhältnis der jüdischen Bürger zueinander reicht, ist auf eine klärende und lösende Wirkung der Inszenierung nicht zu hoffen." Wir behaupten, diese Wirkung war auch nicht beabsichtigt. Eine Erklärung für Rühles Haltung wäre, daß er von Wallmann zurückgepfiffen worden ist, nachdem das Ergebnis des Tests mit den Juden feststand: Sie sind noch nicht soweit, daß sie zusammen mit Naziverbrechern die ganze deutsche Geschichte als ihre annehmen.

Die Erwartungen, die die "Allgemeine jüdische Wochenzeitung" für die Zukunft hegt, sind trübe, aber richtig: "Es wäre sehr naiv, anzunehmen, man könne, wenn der Wirbel abgeklungen ist, zur ruhigeren Tagesordnung zurückkehren. Was sich in Frankfurt abspielt, wird uns noch lange begleiten, und die Juden werden sich auf eine öffentliche Diskussion vorzubereiten haben. Dabei wird sich schnell herausstellen, ob sie dabei allein bleiben oder ob auch andere im Gedächtnis behalten haben, was aus dem Gedächtnis nicht mehr verschwinden darf."

Leider wahr, hat der Versuch, die Juden zum Eintritt in diese Debatte in der Haltung der Verteidigung zu nötigen, schon begonnen. Der "Spiegel", der in der Ausgabe vom 11.11. Bubis und Cohn-Bendit viele Seiten für ein Streitgespräch einräumte, zog in der folgenden Nummer nach, nicht mit weiterer Berichterstattung, sondern mit einem Bericht über den Willen des Zentralrats der Juden, Gemeindeglieder, die in Mischehe leben, von Funktionen fernzuhalten. Der "Spiegel" machte ein Geschrei über mangelnde Liberalität. Gleichzeitig zerrte Bundestagspräsident Jenninger auf der Gedenkfeier in Stuttgart in die andere Richtung. Es gehe um die "Überwindung von Irrtümern", um eine "Brücke vom einen zum anderen". Dabei gelte "erstmal nicht die Forderung nach Emanzipation, sondern gerade umgekehrt die Erwartung glaubensmäßiger Verwurzelung als die beste Gesprächs- und Verständigungsgrundlage".

Quellenhinweis: Allgemeine jüdische Wochenzeitung, 8. u. 15.11. 85; Der Spiegel 46/85, 47/85; W. Limmer, Rainer Werner Fassbinder, Rowohlt Spiegel-Buch 1981; Text und Kritik 79/85; Lion Feuchtwanger, Jud Süß, Fischer TB 1748; Jeske/Zahn, Lion Feuchtwanger oder der arge Weg der Erkenntnis, Eine Biographie, Stuttgart 1984 –(anl, maf)

Lion Feuchtwangers 'Jud Süß' und Fassbinders 'reicher Jude'

Die Stadt brauche, um sich verändern zu können, den Spekulanten, heißt es in Fassbinders Stück, und in diesem Gedanken wird die Verwandtschaft deutlich zu dem Buch 'Jud Süß' von Lion Feuchtwanger, das in den zwanziger Jahren entstand und ein Erfolg wurde. Feuchtwanger, 1884 in München geboren, Jude, Linksintellektueller, Antifaschist, Emigrant, zeigt in seinen Büchern den Einfluß sozialer, politischer und ideologischer Entwicklungen auf das Handeln und Denken der Menschen. Die kritische Analyse der verwesenden absolutistischen Gesellschaft Deutschlands, die er in 'Jud Süß' versucht, hat jedoch Schwächen, die erklärlich machen, warum der romanhaft aufbereitete Stoff sich ohne große Schwierigkeiten als Vorlage brauchen ließ für den antisemitischen Hetzfilm Jud Süß.

Süß hat die vielfach gespannten Verhältnisse im Lande Württemberg nicht gemacht. Er ist nicht treibende Kraft, wohl aber Katalysator, der die Zersetzung des Hergebrachten erst in Gang kommen läßt. Süß wirkt nicht nur, nicht einmal wesentlich, durch Geld, er wirkt durch seine Haltung zum Geld. Auf undurchsichtige Weise hat Feuchtwanger den kalkulierenden Rationalismus des Süß in Zu-



Judenklischees aus Veit Harlans Hetzfilm

sammenhang gebracht zu dessen Judentum. So, als hätte solche Art zu denken und zu handeln auf dem Boden der alten Gesellschaft nicht entstehen können. Feuchtwangers Analyse verläuft auf schmalstem Grat; wo er versucht, die konkrete Rolle der Juden bei der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft zu bestimmen, erweckt er auch den Eindruck, diese hätte ohne die Mitwirkung der Juden, des Judentumes usw. gar nicht stattfinden können. Wenn aber der Jude, das Judentum usw. notwendig war für die Entwicklung der Gesellschaft, dann ist es ein leichter Propagandatrick, alle gegen 'den Juden' einzunehmen, die die Entwicklung der Gesellschaft für ihr Unglück halten. Diese Wendung gelang dem Regisseur Harlan, der dabei direkt von Göbbels angeleitet wurde.

Feuchtwangers Roman wirkte durch kritische Analyse gegen den brodelnden Antisemitismus der Zeitgenossen, versuchte abzuklären. Fassbinders Stück ist eher geeignet, die alte Brühe aufzukochen, ist doch sein Spekulant Jude aus Kitzel. Für die Verknüpfung von Jude, reich, Spekulant spricht heute nicht einmal der Schein. Gerade diese Willkür versetzt Juden in Rechtfertigungszwang, so wie sie Schwule, Zigeuner, Blonde, Ausländer, Slawen, Muslimen oder sonstwen in Rechtfertigungszwang brächte. Fassbinder wird das nicht gewollt haben, denjenigen, die das mißratene Stück jetzt aufführen wollen, dürfte es klar sein.

Bundestagswahl

Durch Wirtschaftswachstum zu Beschäftigungszunahme! Wirtschaftswissenschaft weist Volk und Staat den Weg zum Glück

Langsam zeigt sich, daß die Einwände, die aus der linken Ecke gegen die Orientierung auf den 'Kampf um Arbeitsplätze' vorgetragen wurden, keineswegs sektiererisch und doktrinär waren, sondern praktische Probleme, erkennbare Aufgaben im Kampf gegen Konservatismus und Reaktion zum Ausgangspunkt hatten. Das konservative, reaktionäre Lager hat nämlich überhaupt keine Schwierigkeiten, sich der Zielsetzung: 'Arbeitsplätze her!' auftrumpfend anzuschließen. In der breiten Öffentlichkeit scheint es zwar gegenwärtig noch so, als ob die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit eine schreiende Anklage gegen die CDU/CSU/FDP-Regierung wäre, in wissenschaftlichen Kreisen jedoch arbeitet man bereits an politischen Taktiken, die aus dieser Arbeitslosigkeit ein zwingendes Argument für konservativ-reaktionäre Politik statt dagegen machen. Wir empfehlen das nebenstehend abgedruckte Dokument dringend der Lektüre unserer Leser, es ist aus einem Gutachten des wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsministeriums entnommen. Der Beirat besteht aus ca. 30 Wissenschaftlern, von Schiller, dem SPD-Wirtschaftsminister der Großen Koalition, bis Giersch, Zentralfigur neokonservativer Wirtschaftstheorie. Wenn alle als erstes und wichtigstes Beschäftigung wollen, dann weiß die Wissenschaft den Weg. Wenn gefragt wird, wie staatliche Steuerpolitik zur Beschäftigung beitragen könne, gibt die Wissenschaft die Antworten. Die Antworten laufen auf eine einmütige Parteinahme der Wirtschaftswissenschaft für die Wirtschaftspolitik von FDP und CDU/CSU hinaus und auf einen ebenso einmütigen Verriß der von der SPD angepriesenen Mittel zur Beschäftigungsförderung.

Wie soll Beschäftigungspolitik nach Meinung der SPD aussehen? Zuerst

will man die öffentlichen Einnahmen erhöhen, und zwar durch unerbittliche Verfolgung der Steuersünder und Wirtschaftsverbrecher und durch ausgeweitete Besteuerung der 'Besserverdienenden', die so ein Solidaropfer für die Arbeitslosen zu bringen hätten. Das soll Geld für Beschäftigungsprogramme einbringen. Unklar bleibt, ob an Wirtschaftsförderung gedacht ist oder direkt an staatliche Arbeitsbeschaffung.

Der Sozialdemokratie ist es wohl gelungen, die organisierte Arbeiterbewegung weitgehend auf die Forderung nach Arbeitsplätzen festzulegen. Der Erfolg machte sich in einigen Wahlen, herausragend das NRW-Ergebnis, bemerkbar. Ein SPD-Versprechen, für 'Stahlstandorte' oder auch 'die Küste' oder sonstwas Bundeszuschüsse aufzutreiben, heißt aber für den Geldbeutel der Wähler was anderes, als ein SPD-Versprechen, per Bundespolitik dafür nötige Mittel aufzubringen. Dieses Problem tut sich schon auf. Rau, der kürzlich sagte, er wolle den ganzen Sozialabbau rückgängig machen, sagte wenig später: nicht den ganzen ...

Die Arbeitsplätzeorientierung der SPD wird zu einer Bundestagswahlkampagne führen, die praktisch jedem an den Geldbeutel greift. In Wissenschafterkreisen riecht man schon, was das für ein Desaster geben muß, wohl deswegen flattern die Talare so streng in die gleiche Windrichtung.

Wer mehr Beschäftigung wolle, der wolle mehr Wirtschaftstätigkeit, und wer mehr Wirtschaftstätigkeit wolle, der wolle wohl oder übel auch Wirtschaftswachstum, und wer Wirtschaftswachstum wolle, der müsse sich vor allem mit der Beseitigung jener Faktoren befassen, die das Wirtschaftswachstum so weit gehemmt hätten, daß heute zu wenig Beschäfti-

gung da sei. Das leuchtet doch ein? – Also geht die Suche los:

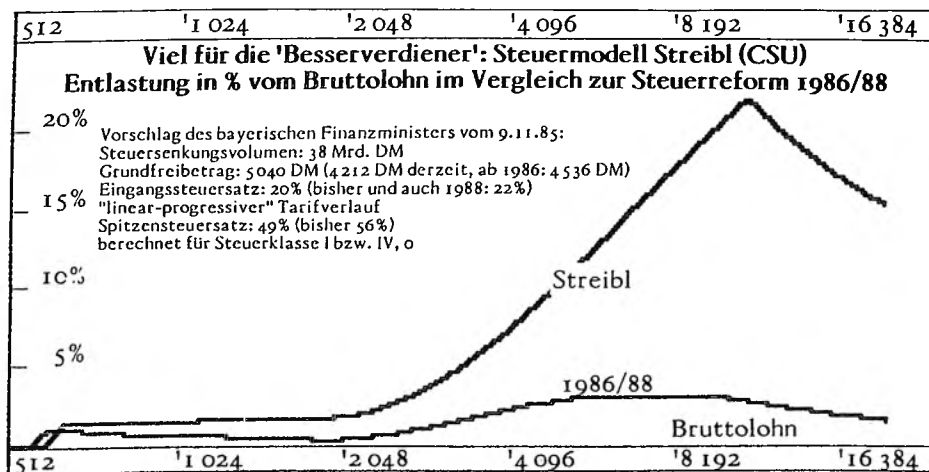
– Man habe über Jahre hin ein Ansteigen der Staatsquote zugelassen. Das Geld sei zudem noch für 'soziale Sicherung' und nicht etwa für 'Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums' ausgegeben worden. Und selbst wenn das geschehen wäre, die 'Wirtschaftssubjekte' orientierten sich in erster Linie an den ihnen zufließenden Nettoeinkommen und nicht an staatlich zur Verfügung gestellten Gütern.

Damit spricht die Wissenschaft ein Urteil über Grundlagen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, die davon ausgeht, daß das Kapital gerade durch 'staatlich zur Verfügung gestellte Güter' zum Florieren gebracht und mit der Lohnarbeit versöhnt werden könne. Die Maßnahmen, wie sie von der SPD zur Erreichung von mehr Beschäftigung angegeben werden, werden kurz und bündig als Ursache der zu niedrigen Beschäftigung dargelegt.

– Die Steuerprogression wirke leistungshemmend. Auf das Kapital, weil Extraprofiten für Neuerungen geschmälert würden und die Risikobereitschaft abnehme, so daß das vorwärtstreibende Element verschwände, das zu Sicherung der Weltmarktposition nötig sei. Auf die abhängig Beschäftigten, weil die Netto-Belohnung des Karriereaufwandes so niedrig sei, daß der Wettbewerb der Ideen erschlafe. All dies habe zur Abnahme der Arbeitsplätze beigetragen. Damit wendet man sich gegen alle Vorstellungen von 'Umverteilung' und weist nach, daß sie, weit entfernt, irgendjemandens Lage zu bessern, bloß Arbeitsplätze kostete.

– Erträge aus Kapitaleinkünften seien, beachte man steuerliche Belastung und Inflation, häufig gering, wenn nicht sogar negativ. Anlagen wie Bausparen oder Lebensversicherung würden bevorzugt, der Einstieg in die Beteiligung am (risikoreichen) Produktivvermögen werde erschwert. Mithin werde erschwert die Kapitalbildung und finde eine Kapitalfehlleitung statt. – Damit zeigt man, wie eine Orientierung auf Einkommen aus Arbeit und eine Anlage in langlebigen Konsumgütern schade, im Gegensatz etwa zu einer Beteiligung am (risikoreichen) Produktivvermögen, welche das Interesse breiter Schichten am Wirtschaftsgeschehen vital werden ließe.

– Der Hauptpunkt ist jedoch folgendes: Es sei in den letzten Jahren Kapital, d.h. zu deutsch und in gängiger Rede: Arbeitsplätze!, aus der BRD



abgeflossen. Warum? Doch wohl, weil die Rentabilität der Kapitalanlagen im Ausland besser sei. Staatliche Wirtschaftspolitik müsse deswegen, wenn sie auf Arbeitsplätze bedacht sei, auf jeden Fall die Kapitalrentabilität für in der BRD angelegtes Kapital erhöhen. Alles andere koste Arbeitsplätze.

Soweit der Chor der Wissenschaft, genaueres Studium der Argumente würde noch weiter bestätigen, daß man hier gekonnt darangeht zu zeigen, daß die Waffen, die von der SPD geschmiedet werden zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, sich schon einmal, als die SPD dran war nämlich, genau gegen die gewünschten Arbeitsplätze gekehrt hätten.

Heute weiß die Wissenschaft, welchen Weg man beschreiten muß. Es ist der Weg der "Autokonsolidierung", eine rundum feine Sache. Man muß dabei im wesentlichen die Steuerhinterziehung und die Wirtschaftsverbrehen legalisieren, muß die 'Besserverdienenden' nicht nur besser, sondern viel verdienen lassen, muß außerdem in der Bevölkerung wieder Selbstvertrauen schaffen und Anreize zum Aktiensparen, dann wird die Wirtschaft wachsen. Wenn die Wirtschaft wächst, wächst die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit nimmt ab. Dadurch nehmen die Kosten für die Sozialversicherung und die Lohnkosten der Kapitalisten ab und der Nettolohn trotzdem zu. Wenn die Steuerprogression abnimmt, nimmt bei den 'Besserverdienenden' das Geld zu, und weil es so viel ist, bilden die Kapital. Das schafft: Arbeitsplätze!...

Wie wird die SPD mit ihrer Forderung nach Solidaropfern gegen eine solche Agitation dastehen? Zumal, wenn die Wissenschaft beweist, daß sie nicht einmal Arbeitsplätze bringen könnte?

Wo ist der Pferdefuß? Wer bezahlt diesen Weg zum allgemeinen Glück? Das Kapital nicht, die 'Besserverdienenden' nicht, die in Beschäftigung kommenden Arbeitslosen sind froh, und die in Beschäftigung Stehenden haben Steuererleichterung und sinkende Sozialabgaben. Also gibt's keine Opfer?

Doch. Opfer dieser Politik sind jene, die von der öffentlichen Meinung verurteilt werden, Beschäftigungen annehmen und beibehalten zu müssen, ohne nach Lohn und Arbeitsbedingungen auch nur fragen zu dürfen. Mit ihrer Lebenskraft und ihren Lebensaussichten spielt man um den internationalen Kapitalzustrom, eben um die Arbeitsplätze. — Es wird Zeit, von der Kritik des Mangels an Arbeitsplätzen überzugehen zur Kritik der Mängel der Arbeitsplätze.

Quellenhinweis: Wissensch. Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, Steuerpolitik unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten, Auszüge s. Dokumentation — (alk, maf)



Die Wissenschaft ist auch dafür ...

Dokumentiert: Steuerpolitik unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten

II. Beschäftigungs- und wachstumshemmende Wirkungen hoher Staatsquoten und Grenzsteuersätze

(1) Zur Entwicklung der Staats-, Abgaben- und Steuerquote.

Die Staatsquote (Ausgaben des Staates einschließlich Sozialversicherung in v.H. des Bruttosozialprodukts) ist in der Bundesrepublik Deutschland, gemessen an ihrem nicht zuletzt konjunkturbedingten Höchststand im Jahre 1982, in den letzten beiden Jahren zwar leicht rückläufig. Sie ist jedoch in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten erheblich gestiegen. Sie erhöhte sich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre von 39,1 v.H. (1970) auf knapp 49,5 v.H. (1975) und verharrte dann mit leichten Schwankungen auf diesem Niveau. Bemerkenswert ist, daß in den Industrieländern, die in den letzten beiden Jahrzehnten ebenfalls ihre Staatsquote erheblich ausdehnten, das reale Wirtschaftswachstum in ähnlicher Weise rückläufig war wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Ausweitung der Staatsquote war im deutschen Fall nicht mit einer entsprechenden Erhöhung der staatlichen Investitionen verbunden. Diese sind vielmehr deutlich zurückgegangen, und zwar von 11,8 v.H. der gesamten Staatsausgaben im Jahre

1970 auf 5,4 v.H. im Jahr 1983. Die Staatsausgaben dienen vermehrt der Finanzierung eines höheren öffentlichen Konsums und vor allem höherer Transferausgaben im Rahmen des Systems der sozialen Sicherung. Staatliche Ausgaben, die zur Förderung des Wirtschaftswachstums beitrugen, erfolgten nicht in ausreichendem Maße.

Auch die Abgabenquote (Steuern und Sozialbeiträge in v.H. des Bruttosozialprodukts) stieg von 36,5 v.H. im Jahre 1970 auf 42,2 v.H. im Jahre 1983. Dieser Anstieg ist fast ausschließlich auf die Erhöhung der Sozialbeiträge zurückzuführen. Die Steuerquote blieb in dieser Zeit folglich praktisch konstant (24,0 v.H. im Jahre 1970, 24,8 v.H. im Jahre 1983, hier in der Abgrenzung der VGR (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, d.Red.)). Insofern verdient das Wachstum der Sozialabgaben unter Beschäftigungs- und Wachstumsaspekten mindestens die gleiche Beachtung wie die bestehende steuerliche Belastung. Um zu vermeiden, daß ein überproportionales Wachstum der Sozialabgaben die in diesem Gutachten vorgeschlagene Steuerpolitik konterkariert, sind grundlegende und langfristig angelegte Reformen im Bereich der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung angezeigt, die dem Anstieg der Ausgaben und der Beitragsätze Einhalt gebieten.

Dokumentiert ...

Vergleicht man die Abgabenquote (in der Abgrenzung der Finanzstatistik) mit derjenigen wichtiger Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland, so ist sie ebenfalls hoch. Während Japan und die USA im Jahre 1983 einen Anteil von 27,0 v.H. bzw. 30,0 v.H. ausweisen, liegt der Anteil der Bundesrepublik nach dieser Abgrenzung bei 39,8 v.H.; er wird übertroffen von Irland (41,4), Frankreich (44,5), Belgien (45,8), Dänemark (47,1), den Niederlanden (47,7), Norwegen (48,6) und Schweden (52,6), während Länder wie Italien (38,0), Großbritannien (35,3), Kanada (36,3) und die Schweiz (28,9 für 1982) teilweise deutlich niedrigere Quoten aufweisen.

Die Steuerquote unterlag in der Vergangenheit nur geringen Schwankungen, aber die Steuerstruktur war beachtlichen Wandlungen unterworfen, welche die Angebots- und Nachfragedispositionen auf Faktor-, Güter- und Kapitalmärkten beeinflussten und vielfältige politikbedingte Rückwirkungen auf die Effizienz der Ressourcenallokation hatten. So ist der Anteil der Steuern vom Einkommen von 40,7 v.H. (1970) auf 46,8 v.H. (1983) gestiegen, obwohl der Einkommensteuertarif in den letzten Jahren mehrfach abgesenkt wurde. Nach der Statistik der Deutschen Bundesbank belief sich 1982 die Gesamtbelastung einschließlich der ertragsunabhängigen Steuern (Anteil der Steuern am Jahresüberschuß vor Steuern) bei allen von dieser Statistik erfaßten Unternehmen auf 63,0 v.H. Für die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes betrug der Anteil sogar 72,8 v.H.

Für das Verhalten der Wirtschaftssubjekte ist jedoch nicht die Steuerquote allein, sondern die Gesamtbelastung der wirtschaftlichen Tätigkeit mit Abgaben von Bedeutung. Die materielle Inzidenz allerdings ist faktisch kaum zu ermitteln. Es spricht freilich vieles dafür, daß sich die Wirtschaftssubjekte bei zahlreichen wirtschaftlichen Dispositionen in erster Linie an den ihnen zufließenden Nettoeinkommen orientieren und daß die ihnen zur Verfügung stehenden öffentlichen Güter für ihre Leistungsbereitschaft nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Seit Beginn der siebziger Jahre hat sich infolge zunehmender Abgabenlasten die Schere zwischen Brutto-

und Nettoeinkommen weiter geöffnet. Dies gilt für die Grenzbelastung der Einkommen noch viel stärker als für die Durchschnittsbelastung. Dadurch wurden die Anreize verstärkt, solche Tätigkeiten zu bevorzugen, die entweder weniger oder überhaupt nicht besteuert werden. Ferner hat die steigende Abgabenbelastung bewirkt, daß zahlreiche wirtschaftliche Aktivitäten in Richtung steuerbegünstigter (oder auch bloß vermeintlich begünstigter) Anlagen umgelenkt wurden.

(2) Leistungshemmende Wirkungen hoher Abgabenbelastungen

Da Einkommensteuer und Sozialabgaben die Entgelte für individuelle Leistungen schmälern, bedeutet die Abgabenbelastung im allgemeinen eine erhebliche Verminderung der Leistungsbereitschaft, und zwar sowohl bei Unternehmen als auch bei unselbstständig Beschäftigten. Bei den Unternehmen wird vor allem die Innovationsneigung beeinträchtigt. Innovationen sind in besonderem Maße mit Risiken verbunden, da die Annahme der Innovation durch den Markt unsicher ist und bei Neuerungen naturgemäß nicht auf frühere Erfahrungen zurückgegriffen werden kann. Je weiter sich die Innovationen vom Althergebrachten und Bekannten entfernen, um so mehr nimmt das Marktrisiko zu; entsprechend höher müssen die Gewinnchancen sein, um einen Anreiz zur Risikoübernahme auszuüben. Da sich der Staat im Steuersystem nur begrenzt am Unternehmensrisiko beteiligt, wird die Bereitschaft der Unternehmen zur Risikoübernahme durch die steuerliche Belastung des Gewinns reduziert, mit der Folge, daß Innovationen und die zu ihrer Verwirklichung notwendigen Investitionen um so eher unterbleiben, je weiter sie in Neuland vorstoßen. Das sind jedoch die Investitionen, die die wirtschaftliche Entwicklung vorwärtstreiben und die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern.

Die Reduzierung der Leistungsbereitschaft unselbstständig Beschäftigter durch die hohe Belastung ihrer Einkommen mit Einkommensteuer und Sozialabgaben äußert sich primär darin, daß ihr Streben nach Aufstieg erlahmt, weil dem damit verbundenen Mehr an Arbeit, Verantwortung und Belastung eine nicht als angemessen angesehene Erhöhung des verfügbaren Einkommens gegenübersteht. Wegen der Steuerprogression wächst die Lähmung des Leistungsanreizes mit steigendem Einkommen.

(3) Wirkungen steuerlicher Allokationsverzerrungen auf Beschäftigung und Wachstum.

Die folgenden Hinweise auf die Wirkungen steuerlicher Maßnahmen auf die Ressourcenallokation und besonders auf die Motivation der Wirtschaftssubjekte erheben nicht den Anspruch, auch nur die wichtigsten Zusammenhänge lückenlos aufzuzeigen. Sie gehen von der bisher gut bewährten Annahme aus, daß das wirtschaftliche Verhalten stark durch die unterschiedliche Ausgestaltung der Steuersätze und Abschreibungsregeln bestimmt wird. Diese haben somit einen nachhaltigen Einfluß auf die Gesamtbeschäftigung und das Wachstum.

Volkswirtschaftlich unerwünschte Allokationswirkungen, die durch das gegenwärtige Steuersystem bedingt sind, lassen sich auf verschiedenen Ebenen beobachten:

– Die steigende Belastung wirtschaftlicher Aktivitäten mit Steuern und Abgaben hatte zur Folge, daß die Divergenz zwischen Nettolöhnen der Arbeitnehmer und der Belastung der Unternehmen durch Bruttolöhne und Lohnnebenkosten deutlich zunahm. Diese beläuft sich mittlerweile auf das Zwei- bis Dreifache der Nettolöhne.

– Die schon bei niedrigen Einkommen hohe Abgabenbelastung erhöht die Attraktivität von nicht oder gering besteuerten Aktivitäten. Zu ihnen zählen nicht nur die Freizeit im Sinne von Erholung, sondern auch Tätigkeiten in der (legalen) Selbstversorgungswirtschaft und in der (illegalen) Untergrundwirtschaft. Gleichzeitig wird durch die hohe Abgabenbelastung die Differenz zwischen den alternativen Nettoeinkommen aus erwerbswirtschaftlicher Betätigung und Transfereinkommen vermindert und so die Neigung zur Abwanderung aus besteuerten Aktivitäten verstärkt. Je stärker die Schattenwirtschaft wächst, um so höher müssen bei gegebenen Staatsausgaben die abgabepflichtigen Tätigkeiten mit Steuern belastet werden. Daraus kann ein *circulus vitiosus* entstehen, der nicht nur die Entwicklung der legalen Wirtschaft immer mehr beeinträchtigt, sondern der auch die Finanzierung notwendiger Staatsausgaben erschwert.

– Die auch in der Gegenwart nicht voll beseitigte Inflation führt zu einer Aufblähung der Einkommen und zur

kalten Progression. Die Steuersätze sind höher als diejenigen, die ohne Inflation existieren würden und vom Gesetzgeber eigentlich intendiert waren. Verzerrende Inflationseffekte zeigen sich bei den Unternehmensgewinnen insoweit, als durch die Begrenzung der Abschreibungen auf die nominalen Anschaffungswerte Scheingewinne entstehen können, deren Besteuerung zu einem Substanzverzehr führt und die Wirtschaftskraft der Unternehmen entsprechend mindert. Die Möglichkeit degressiver Abschreibungen mindert die Belastung der Investoren und wirkt der Scheingewinnbesteuerung bis zu einem gewissen Grade entgegen. Das hierin liegende Entlastungsmoment ist jedoch pauschal: Es entlastet Wirtschaftsgüter mit unterschiedlicher Nutzungsdauer in unterschiedlichem Maße, und die Entlastung reagiert nicht voll auf Änderungen der (zu erwartenden) Inflationsrate.

— Das gegenwärtige Steuersystem bewirkt mit seinem Schwerpunkt bei der Einkommensbesteuerung eine intertemporale Verzerrung zugunsten des gegenwärtigen und zu Lasten des künftigen Konsums und beeinträchtigt damit die Kapitalbildung. Die realen Erträge aus Kapitaleinkünften sind unter Beachtung ihrer steuerlichen Belastung (Einkommensteuer und evtl. auch Vermögensteuer und Gewerbesteuer) auch bei niedriger Inflationsrate häufig gering, wenn nicht sogar negativ. Zusätzlich ist zu beachten, daß die unterschiedlichen Besteuerungsverfahren bei Dividenden und Zinseinkünften verzerrte Kapitalanlagepräferenzen zu Lasten des unternehmerischen Eigenkapitals erwarten lassen.

— Das Steuersystem diskriminiert die Beteiligung am risikoreichen Produktivvermögen im Vergleich zur Begünstigung einzelner Anlagearten wie Bausparen und Lebensversicherungssparen und trägt so zur Kapitalfehlleitung bei.

— Eine Verzerrung wirtschaftlicher Dispositionen durch das Steuersystem entsteht auch durch die steuerliche Bevorzugung der Fremdfinanzierung gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung. Wegen der Höhe der Zinslast und den meist hohen Anforderungen an die Sicherheit ist die Fremdfinanzierung jedoch in der Regel nur bedingt geeignet, risikoreiche und im Erfolgsfall beschäftigungsfördernde Investitionen zu finanzieren.

— In seinem Gutachten 'Strukturwandel für Wachstum und mehr Beschäftigung' hat der Beirat darauf hingewiesen, daß Unternehmen und Arbeitnehmer immer weniger geneigt sind, die Resultate des Wettbewerbsprozesses hinzunehmen, sondern in zunehmendem Maße die strukturelle Anpassung durch staatliche Hilfen und staatlichen Schutz zu vermeiden suchen. Sowohl der Anreiz als auch der Zwang, Strukturänderungen durch Innovationen und die Eroberung neuer Märkte zu vollziehen, wird durch die Aussicht beeinträchtigt, Finanzhilfen des Staates in Anspruch nehmen zu können. Die defensive Haltung ist um so attraktiver, je mehr der Erfolg der eigenen Leistung durch Steuern belastet wird und je stärker sich Steuervergünstigungen und Subventionen bei hohen Steuersätzen auswirken. Die Steuervergünstigungen und Subventionen wiederum tragen wegen des Steuerausfalls bzw. der Erhöhung der Staatsausgaben zur Erhöhung der Steuerbelastung bei.

(4) Rückwirkungen des internationalen Wettbewerbs um knappes Kapital auf Beschäftigungs- und Wachstumsmöglichkeiten

Die deutsche Steuerpolitik darf nicht isoliert von der ausländischen betrachtet werden. In den Vereinigten Staaten wurde in den letzten Jahren die Belastung durch direkte Steuern erheblich gesenkt, vor allem durch die steuerlichen Vergünstigungen für Investitionen. Hierdurch ist die Rentabilität der Investitionen nach Steuern entsprechend gestiegen. Die günstigen Ertragsaussichten nach Steuern haben in den USA den an sich zu erwartenden negativen Einfluß hoher Zinsen offensichtlich stärker neutralisiert, als dies in der Bundesrepublik Deutschland der Fall war.

Die private Investitionstätigkeit in den USA trägt neben dem hohen amerikanischen Haushaltsdefizit zum weiterhin hohen Realzins in den USA bei. Dieser hält das amerikanische Kapital, welches früher exportiert wurde, im Inland und zieht zusätzlich ausländisches Kapital, darunter auch aus der Bundesrepublik Deutschland, an. Steuersenkungen bzw. eine verstärkte steuerliche Begünstigung von Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland würde die Investitions- und Innovationsneigung der deutschen Unternehmen und damit Wirtschaftswachstum und Beschäftigung erhöhen. Die Zunahme der Rentabilität der deutschen Investitionen nach Steuern würde gleichzeitig mehr Kapital im

Inland binden, so daß die Investitionsquote ohne Erhöhung der Sparquote steigen könnte. Wenn dagegen das Gefälle der Steuerbelastung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten zugunsten der amerikanischen Investitionen bestehen bliebe, wäre es von daher gesehen für nationale wie internationale Kapitalanleger weiterhin lohnend, ihr Geld in den USA statt in der Bundesrepublik anzulegen. Die Gründe für die Abwanderung in die USA dürften dabei zweifacher Natur sein. Geldkapitalanleger werden in der Regel ihre Entscheidung von den internationalen Zinsdifferenzen und den Wechselkurserwartungen abhängig machen, während Unternehmer sich eher durch günstigere Steuersätze zur Verlagerung von Produktionsstandorten veranlaßt fühlen. Im ersten Fall spielen steuerliche Erwägungen eine untergeordnete Rolle, im zweiten sind sie von Gewicht. Es ist zwar richtig, daß ein großer Teil des deutschen Kapitalexports in Finanzinvestitionen und nicht in Form von Direktinvestitionen erfolgte; dennoch muß daran erinnert werden, daß den Finanzinvestitionen in den USA letztlich Realinvestitionen entsprechen, die einen höheren Ertrag einbringen als in der Bundesrepublik Deutschland.

Selbst wenn der Kapitalexport in den USA vorerst nur begrenzt durch steuerliche Erwägungen bedingt sein sollte, ist zu beachten, daß auch in Zukunft mit einer Zunahme der Abwanderung von Produktionsstätten aus der Bundesrepublik an günstigere Standorte zu rechnen ist. Aus diesem Grund sind Überlegungen über eine Anpassung des deutschen Steuersystems an die Bedingungen anzustellen, die in potentiellen Standortgebieten bestehen.

Diese notwendigen Anpassungen des deutschen Steuersystems sind nicht zu verwechseln mit einem Subventionswettbewerb, der dadurch gekennzeichnet ist, daß die Länder in Konkurrenz miteinander allokative Verzerrungen einführen, die zwar kurzfristig Vorteile bringen mögen, längerfristig aber die Wachstumsbedingungen verschlechtern. Bei der Anpassung in der Steuerpolitik kommt es dagegen darauf an, die Beseitigung wachstumshemmender allokativer Verzerrungen nachzuvollziehen, damit als Ergebnis eine Verbesserung der Wachstumsbedingungen herbeigeführt wird.



Rüstungshaushalt '86

Während in der bürgerlichen Presse unter Verweis auf den Genfer Gipfel eifrig der Eindruck von westlicher Entspannungsbereitschaft geschürt wird, wollen die Regierungsparteien im Bundestag in dieser Woche abschließend den Haushalt 1986 beraten. Dabei ist von "Entspannung" keine Rede: Die "Kampfkraft der Truppe muß

steigen", also auch der Rüstungsetat, lautet die Devise der Regierung. Dem hat sich alles andere unterzuordnen: die Renten, die Arbeitslosenkasse, die Löhne im öffentlichen Dienst usw. Die FDP hat jetzt sogar den Vorschlag aufgebracht, die Schulpflicht zu verkürzen, wenn der Wehrdienst verlängert wird. Welche Schwerpunkte hat sich die Regierung mit ihrem Rüstungsprogramm gesetzt?

Gipfeltreffen Gorbatschow-Reagan

Die NATO-Staaten zeigen sich befriedigt über das Treffen Gorbatschow-Reagan, aus den RGW-Ländern verlautet Erleichterung. Doch das Genfer Treffen hat offenbar keinerlei Annäherung in strittigen Fragen gebracht, geschweige denn erste Ansätze von Einigung. Welche Gründe also gibt es für die wechselseitige Zufriedenheit? Kündigt sich eine erneute Phase begrenzter Annäherung zwischen dem US-Imperialismus und der SU an? Oder versucht die Sowjetunion, die Widersprüche zwischen den westeuropäischen NATO-Staaten und den USA zu schüren, um auf diese Weise den USA und ihrem SDI-Projekt Schwierigkeiten zu machen? Welche Konsequenzen zieht die NATO aus dem Gipfeltreffen?



Programma-Streik

Acht Wochen streikten 36 der 58 Beschäftigten der Programma GmbH, eines von der Späth-Regierung geförderten "high-tech"-Betriebes, um einen Anerkennungstarifvertrag. Die Auseinandersetzung war äußerst hart und langwierig. Das Unternehmerlager, Landesregierung, Justiz und Polizei unterstützten den Kapitalisten

Röhlich nach Kräften; ging es doch darum, einen Markstein zu setzen in der von der Reaktion angestrebten Durchlöcherung des Tarifvertragssystems. Späth selber wurde aktiv und gab praktischen Anschauungsunterricht, welchen Platz er den Arbeiterrechten in seiner "ökologisch-sozialen Versöhnungsgesellschaft" zuweisen möchte. — Wie griff die IGM ein, wie ist das Streikergebnis zu bewerten?

Ausländerpolitik

Mit dem 1965 einstimmig verabschiedeten Ausländergesetz, das die Ausländerpolizeiverordnung von 1938 ablöste, sprach der Deutsche Bundestag den Ausländern jegliche Rechtsansprüche ab und machte ihren Aufenthalt nicht mehr von ihrem subjektiven Verhalten, sondern von den "Belangen" der BRD, d.h. politischen Zweckmäßigkeitserwägungen, abhängig. Nicht nur Ausweisung wegen "Beeinträchtigung der fdGO", sondern auch Verbot der Ausreise aus dem gleichen Grund war zulässig. Wie reihen sich die jetzt geplanten Änderungen des Asylverfahrens- und des Ausländergesetzes in diese Zielbestimmung ein? Was wird von der politischen Opposition dagegen unternommen?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle — Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.